



DAS IST ECHT DAS LETZTE (vor der Sommerpause)

TATblatt

Projekt
weitageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell

MINUS 45+44 NUMMER (12/13/91)

7. August 1991

PREIS: öS 20,—

Alarmabteilung besetzt Rotstilzchen!

Die in der letzten TATblatt-Ausgabe eher kryptisch angekündigte Hausbesetzung in Wien entpuppte sich am Samstag, dem 29. Juni als Besetzung des im Herbst 1990 polizeilich geräumten Rotstilzchens. Nicht lange währte das Glück der BesetzerInnen: eine unsicht- und unhörbare Einheit der Alarmabteilung eroberte das Lokal im Nu zurück. An der Aktion gab's viel Kritik. Die BesetzerInnen wollen daher in diesem TATblatt Stellung nehmen und damit ihre Erfahrungen, gute wie schlechte, weitergeben. Auf daß beim nächsten Mal es klappe.....



Antifa:

- Das Begräbnis des Rainer Sonntag: 2.000 FaschistInnen marschieren auf
- Eine kurze Zusammenstellung über Fascho-Aktivitäten in Dresden
- Skinterror in Prag
- Faschistisches Volksbegehren in Österreich
- Für eine kämpferische Antifa-Demo in Wunsiedel

Sonst:

- Frauenstreik und Flex-Sexismus
- Kurdistan: Militär schießt gezielt auf DemonstrantInnen
- Italien: Wie mensch was gegen Militär & Staat tun und gleichzeitig noch 1 Haufen Spaß haben kann
- ein Exklusiv-Betriff von E. Z. Nowak
- Der dritte Teil der Serie über den "Kleinen Krieg" (Guerrilla) im besetzten Nordirland
- Hubschraubereinsatz und Verkehrschaos in Favoriten
- VolxVERzählung: Schon gelaufen? — Die Gemeinde Wien bleibt weiter lästig!
- EG-Karawane und Transitterror

3. Kompanie besetzt Rotstilzchen

Es hat einige Kritik an der Hausbesetzung am 29.6. gegeben. Warum gerade das Rotstilzchen und nicht ein "richtiges" Haus? Wolten sich da nur welche aus sentimental Gründen ein Beisl checken? Wir

direkt auf ihn Druck auszuüben. Wichtig dafür war nur, Zeit zu gewinnen: Möglichst lange durchhalten, die Bullen hinhalten, um womöglich über den Besitzer und/oder politische Vermittlungsinstanzen durchzusetzen, da erst

Die Besetzung

In der Anfangsphase ist dann alles so gelaufen, wie wir es geplant hatten: Die interessierten Menschen versammelten sich an den vier über Telefon erreichbaren Treffpunkten. Die vier Treffpunkte hielten wir für nötig, um die Bullen ein bißchen zu verwirren und um allen die Möglichkeit zu geben, zu einem ihnen angenehmen Treffpunkt zu kommen. Zum gleichen Zeitpunkt dringt eine Gruppe in das Haus ein. EinE AußenbeobachterIn gibt das Gelingen über Telefon an die "Zentrale" (ein Ort, der mit keinem öffentlich gemachten Telefon übereinstimmt, um das Abhörriisiko zu vermeiden) weiter. Von dort werden die Treffpunkte informiert. Uns war es wichtig, daß die Adresse erst bekannt wird, wenn die Leute davor stehen, damit auch die Bullen frühestens mit den ersten Leuten vor dem Objekt auftauchen. Da wir davon ausgegangen sind, daß die Telefone der Treffpunkte abgehört werden und das sich Zivis unter die Leute an den Treffpunkten mischen, haben wir uns zu folgender Vorgangsweise entschlossen:

— Die Adresse wird am Telefon nicht genannt. Sowohl Stilz, als auch Ersatzobjekte sind mit Code-Zahlen versehen. An den Treffpunkten sitzen Leute von uns, die sich auskennen.

— Auch nach erfolgter Besetzung wird die Adresse nicht bekannt gegeben, damit sie nicht eventuell kurz danach über den Bullenfunk schwirrt (Zivis). Die Leute werden hingeführt.

Die Gruppe im Haus sollte sich erst bemerkbar machen, wenn die ersten Leute vor dem Haus auftauchen. Soweit hat ja auch noch alles geklappt.

Jetzt die Fehler

Wir hatten uns ziemlich genau überlegt, wie wir die Bullen hinhalten können, was wir von uns aus alles versuchen können, um eine Räumung so lange wie möglich rauszuzögern. Wir hatten uns auch überlegt, was die Leute vor dem Haus machen können, wenn klar ist, es wird geräumt und wir können den Bullen dort nichts mehr entgegen setzen. Daß die Leute dann nämlich während die Bullen uns räumen, eine Demo machen oder auch zwei, halt ein bißchen Chaos in den Verkehrsstrom bringen.

Allerdings haben wir vollständig versäumt, uns damit auseinanderzusetzen was die Leute draußen während der Besetzung machen können/sollen, außer eben einfach da sein. Wie wir auf die Bullen reagieren, wenn sie kommen, hatten wir uns überlegt, aber nicht, wie wir auf die Leute reagieren, die da hinkommen. Das hat dann schon damit angefangen, daß an den Treffpunkten nichts vermittelt wurde (z.B. warum wir die Adresse nicht bekanntgeben).

Es ging weiter, als dann die Leute vor dem Haus auftauchen. Wir standen da ziemlich auf dem Schlauch, noch dazu, wo



Teile der 3. Kompanie der Alarmabteilung ohne Funkkontakt zur Zentrale kamen, sahen (bzw. filmten),....

wollen hier das nachholen, was wir bei der Besetzung versäumt haben: Vermitteln, was wir vorhatten — und welche Fehler wir dabei gemacht haben.

Warum das Rotstilzchen?

Da spielt sicher eine Rolle, daß das Lokal eine Geschichte hat, daß das eben mal unser Beisl war und das wir uns vorgenommen hatten, keine Ruhe zu geben. Jedem künftigen Besitzer muß klar sein, daß das Stilz-Haus kein Objekt ist, mit dem er ungestört machen kann, was er will. Konkret entstanden ist die Idee aber erst, nachdem wir erfahren hatten, daß nach und nach die MieterInnen aus dem Haus abgesiedelt werden, der Hausbesitzer das Haus general"sanieren" will. Ausländische MieterInnen ohne reguläre Verträge werden einfach auf die Straße gesetzt, den anderen werden unverschämt niedrige Abfindungen oder schlechte Ersatzwohnungen angeboten. Raus sollen auf jeden Fall alle.

Wir hatten zu keinem Zeitpunkt vor, nur das Stilz zu besetzen. Das war nur als erster Schritt gedacht. Erstmal das Stilz halten und dann gemeinsam überlegen, auf welchem Weg wir die leeren Wohnungen in Besitz nehmen können. Für uns zum Wohnen und als Versuch, praktisch Solidarität zu zeigen mit den verbliebenen BewohnerInnen.

Also nix Nostalgie, sondern unserer Meinung nach ein guter Grund, der durch unseren Bezug zu dem Haus verstärkt wurde.

Unser Konzept

Bei genau diesem Haus kam für uns der Vorteil hinzu, daß wir über ein paar Umwege ("gute Freunde" haha) einen Kontakt zum Hausbesitzer herstellen konnten, um

mal drinnen bleiben zu können.

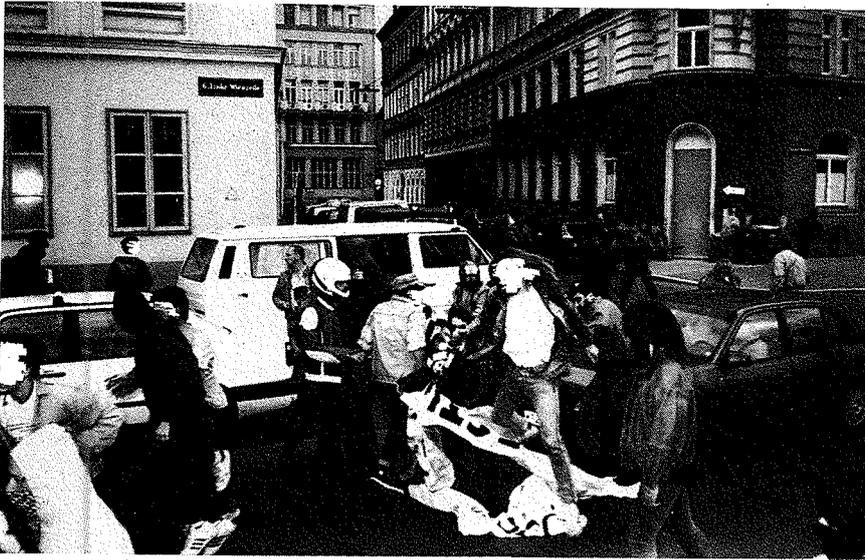
Die Idee, bereits vor der Besetzung zu plakatieren und Flugis zu verteilen — den Termin bekannt zu geben — hatte 2 Aspekte:

1. Bereits vorher öffentlich zu machen, daß wir jetzt und hier Wohnraum brauchen, Platz, wo wir gemeinsam leben können und daß es diesen Wohnraum auch gibt und wir entschlossen sind, uns den jetzt anzueignen.

2. Wir gehen davon aus, daß es wichtig ist, schnell viele Menschen zu einem besetzten Haus zu mobilisieren. Und das ließ sich am einfachsten realisieren, indem wir vorher bekannt gaben, daß wir dann und dann ein Haus besetzten und daß Leute, die sich beteiligen wollen, sich dort und dort treffen können.



....und stürmten schließlich in einer Blitzaktion das Rotstilzchen.



Die der Stürmung folgende Spontandemonstration wurde auf der linken Wienzeile (gegen die "Fahrtrichtung" gehend) von der Polizei angegriffen....

weit und breit keine Bullen zu sehen waren. Wir hatten uns zu der ganzen Situation — wir drinnen, eine Menge Menschen draußen — viel zu wenig bis gar nix überlegt. Und statt über Megaphon ein bißchen was zu erzählen, bis die Bullen kommen zu dem Warum und was wir uns jetzt weiter vorstellen, kam dann eine Kurzschlußhandlung, um überhaupt einen Kontakt zwischen drinnen und draußen herzustellen: Wir brauchen die Tür zur Straße auf. Zu diesem Zeitpunkt gab es aber noch keine Flugis, auf denen zu lesen gewesen wäre, warum wir gerade das Rotstülzchen besetzten und wie wir uns das vorstellten, und vor allem: welch Unterstützung wir uns von den Menschen vor dem Haus/Lokal erwarteten. Wir hatten ja nicht sicher sagen können, in welchem der "vorbereiteten" Häuser die Besetzung klappen würde und hatten daher nur ein Blanko-Flug vorbereitet, in das die richtige Adresse nach erfolgter Besetzung reingeschrieben werden und das dann kopiert werden sollte. Aber genau das Kopieren verbrauchte mehr Zeit, als wir zu warten ertrugen!

Und weil wir aber eben gar nix vermittelt haben, sind die Leute dann eben nicht in Massen zu uns reingekommen, sondern eher unschlüssig rumgestanden. Dafür war die Tür offen und als die Bullen kamen, brauchten sie nur noch reinzuspazieren. Wir hatten mit der aufgebrochenen Tür unser ganzes Konzept über den Haufen geworfen.

Das einzig gute, das dann noch kam, war der Versuch, ein bißchen gemeinsam spazieren zu gehen. Erschreckend daran und auch an der Räumung war es allerdings anzusehen, wie sich ganze Gruppen von Leuten von ein oder zwei Bullen in Schach halten lassen.

Zu den Bullen

Es hat sich bei den ersten Bullen am "Tator" offensichtlich um eine Einheit gehandelt, deren Auftrag es war, jede Hausbesetzung bereits im Ansatz und unter allen Umständen zu beenden. Angeführt wurde diese Einheit vom Kompaniekommandan-

ten der 3. Kompanie. Hauptmann Franz WARISCH.

Beim Einsatz selbst fielen einige Besonderheiten auf:

1. In den ganzen ersten ca 20 Minuten kam nicht einmal ein normaler Streifenwagen vorbei, war nur diese eine Einheit vorhanden. Wer öfter in der Gegend spazieren geht weiß, daß in der Straße zu normalen Zeiten öfter Einsatzfahrzeuge durchfahren. Nach unseren Informationen hatten die Bullen aber das Stütz bereits im Auge. Und wenn wir dann noch davon ausgehen, daß sich mit Sicherheit irgendwelche Anwohne-



....und an den Fahrbahnrand gedrängt. Nach kurzer Pause gings aber weiter. Keine Festnahmen und keine Verletzten; und das, obwohl sich die Polizei wirklich sehr bemühte!

rInnen finden, die die Bullen anrufen, wenn sie größere Gruppen Vermummter auf der Straße sehen und daß die Bullen dann dahin fahren und dafür 3-5 Minuten brauchen, ist das fast unerklärlich — aber eben nur fast.

2. Die Einheit von Franz Warisch hatte keinen Funkkontakt, jedenfalls nicht auf den offiziellen Kanälen. Die Räumung ist also nicht auf Funk dokumentiert.

3. Es gab in den ersten 20 Minuten auch keine Stapos. Die Einheit verfügte über eine eigene Kamera und hat ihren Einsatz selbst gefilmt.

4. Es gab für uns keine Ansprechperson, niemand hat sich als Einsatzleiter zu verstehen gegeben. Die kamen rein, mit dem Knüttel in der Hand und haben sofort klar gemacht, daß sie nicht mit uns reden, sondern nur zum Räumen da sind.

Wir schließen daraus, daß diese Einheit an diesem Tag den speziellen Auftrag hatte, jedes besetzte Objekt sofort zu räumen. Dafür hatten sie 20 Minuten Zeit. In dieser Zeit kommen mit Sicherheit keine anderen Bullen vorbei. Sie sind also unkontrolliert, machen alles selbst und können das machen, wie sie wollen. Hauptsache, sie räumen und besetzen anschließend das Objekt, bis andere Einheiten auftauchen und sich um die Leute vor dem Haus kümmern.

Der besondere Vorteil einer solchen Vorgangsweise: Sie findet in den Akten nicht statt, wird bestenfalls von SympathisantenInnen wahrgenommen und können daher nicht zu irgendwelchen Problemen für die Polizei führen. In Zukunft wird es für HausbesetzerInnen wichtig sein, den Angriff dieser "spurenlosen" Sonderkommandos bereits frühzeitig zu behindern!

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß wir eine Menge Fehler gemacht haben, die letztlich ein Gelingen verhindert haben. Der größte war die fehlende Vermittlung von dem, was wir wollten. Aber das wollen wir noch immer: Die leeren Häuser in Besitz nehmen, uns holen, was uns zusteht. Wir brauchen Wohnraum, um zu wohnen — aber auch, um miteinander nach unseren Vorstellungen zu leben. Vorstellungen zu

entwickeln und voneinander zu lernen. Das sind noch immer unsere Ziele und die Besetzung sehen wir als einen Schritt in diese Richtung. Über die Fehler, die wir hier angeschnitten haben und auch über die, die andere sehen, wollen wir mit vielen diskutieren, um sie beim nächsten Mal vermeiden zu können, um gemeinsam zu einem neuen Anlauf zu kommen.

**SCHAFFT 1, 2, VIELE
AUTONOME ZENTREN!!!
GEMEINSAM LEBEN UND
GEMEINSAM KÄMPFEN!!!**

Volkszählung '91: Schon gelaufen?

Es ist still geworden, um die Volkszählung in Österreich. Keine spektakulären Meldungen mehr in den Tageszeitungen, aber auch keine Erfolgsmeldungen vom Statistischen Zentralamt. Die Sache scheint gelaufen zu sein. Doch nicht ganz.

(TATblatt-Wien)

„Ist doch schon längst gelaufen!“, mußten sich die Handelnden einer VZ-Boycott-Aktion am 25. Juni in der Wiener Kärntnerstraße anhören, als sie dort ca 500 VZ-Bö-

VZ-Information

Das VolksVERzählungsbüro, das VolksVERzählungstelefon und auch die Boycott-Gruppe machen (zumindest) während der Sommermonate Urlaub. Je nach Bedarf wird es sie im Herbst wieder geben oder auch nicht.

WelcheR just in dieser Zeit Schwierigkeiten bekommt und Information/Beratung braucht, kann sich an die ARGE DATEN (1090 Wien, Liechtensteinstraße 94; Telefon: 0222/31 89 73) wenden.

Schönen Urlaub!

gen von Totalboycottierenden nebst einem Transparent „Keine Volxzählung!“ auf Wäscheleinen aufhängen. Doch das stimmt nicht ganz.

Gelaufen mag sie — vielleicht — für die einzelnen, zu zählenden Personen sein (und das ist noch nicht sicher). Nicht gelaufen ist

sie allerdings für die Statistiker. In Wien fehlen noch an die 100.000 Personenbögen (etwa 20% aller Bögen), hier wird noch zumindest bis Ende Juli weitergesammelt. In Tirol sind bisher 3.000 Boycottierende bekannt und die Dunkelziffer ist hier wie da extrem hoch.

Nicht alle, die mit der Volkszählung nicht zufrieden waren, haben sich zum Totalboycott entschlossen. Der weitaus größere Teil füllte wohl falsch aus und/oder schickte die Bögen an verschiedene Adressen (bevorzugt war das Statistische Zentralamt) und machte dadurch den Organisatoren das Leben schwer. Die Auswertung wird jedenfalls noch eine Zeit lang auf sich warten lassen — falls sie überhaupt jemals brauchbar sein wird.

Diese Volkszählung wird wohl die letzte gewesen sein — in dieser Form. Was danach auf uns zukommen könnte, ist noch schlimmer: die totale Computerfassung (wie in den skandinavischen Ländern). Von Geburt an wird dein Leben im Computer gespeichert, von der Impfkarte über die Sozialversicherung bis zum Strafregister: alles unter deiner „persönlichen“ Nummer abgespeichert.

Also, es bleibt keine Zeit zum Ausruhen: (Schade, d'S) Schön die Augen offen halten und zu neuen Taten bereit sein! ●

Hubschraubereinsatz

(TATblatt-Wien)

Mittwochabend den 3. Juli sendete wie gewohnt Radio Boiler. Auf Ersuchen des Fernmeldebetriebsamts stellte das Innenministerium einen Hubschrauber zur PiratInnenjagd zur Verfügung. In einer Höhe von nur 30, 40 Metern knatterte die „Libelle“ über dichtbewohntes Gebiet. Ob des Lärm erzürnte AnrainerInnen bekamen keine Auskunft bei den Polizeistellen. So wie die letzten Male auch, war der ganze Einsatz erfolglos — die PiratInnen wechselten den Standort oder die Sendestation, wenn der Hubschrauber über ihnen knatterte.

Nicht vergessen:

**jeden Mittwoch im Raum
Wien — Piratenradio
ab 20 Uhr auf 103,3 MHz**

ACHTUNG GAS- VERGIFTUNG!

in der nacht von pfingstsonntag (19.5.) auf pfingstmontag (20.5) wurde in eiliger andacht die facade der imbißtube „fleisch-laberl“ mittels sprühlack (anm. Tip. hoffentlich ohne FCKW) folgendermaßen den tatsachen angeglichen:

„dont eat here, youll get poisoned by gas!“

„achtung wirt schießt mit gas!“

„achtung gasvergiftung“

• die scheiben blieben unbeschriftet, da sie ohnehin eingeschlagen wurden.

das ganze bezieht sich auf das tätat des dortigen wirts: vor einigen wochen betraten eine 18jährige frau und ihr begleiter ebendiese imbißtube, um essen und getränke zu kaufen. wenig später zückte der wirt knüppel und gaspistole (was wohl zufällig bereit lag) und feuerte die pistole unmittelbar in das gesicht der beiden. die frau mußte mit schweren gasverätzungen sofort ins krankenhaus, ihr begleiter wurde erst noch völlig benommen und halbblind wurde gegen ihn wurde anzeige erstattet. der wirt ging straffrei aus. kein wort davon in den zeitung. kein schwein regt sich auf. alles bestens, alles rechtens, alles ganz normal - können jetzt also alle hergehen und drauflos schießen, wenn sie sich nicht „mehr zu helfen wissen“... dann müßten wir ja dauernd... „es sind so viele auf dieser welt, ich schlage jeden, der mir nicht gefällt“ oder so ähnlich.... na dann: wer im glashaus sitzt, sollte nicht mit gas schießen!

Anm. TATblatt: Wir würden uns sehr über mehr und aktuellere Infos aus Salzburg freuen.

Magistrat der Stadt Wien
Magistratisches Bezirksamt f.d.
Wien,

Sehr geehrter Haushaltsvorstand

Da von Ihrem Haushalt sowie den dazugehörigen Personen noch keine Unterlagen betreffend Großzählung 1991 h.a. eingelangt sind, werden Sie hiemit aufgefordert, beiliegende Formulare auszufüllen und im Magistratischen Bezirksamt für den Bezirk, Wien, , persönlich abzugeben oder im beiliegenden grauen Kuvert per Post zu übermitteln.

Tel.

Vielen Dank!

Gemeinde Wien weiter lästig!

Letzte Woche fand sich in einem Wiener Briefkasten ein großformatiges Kuvert des zuständigen Magistratischen Bezirksamts. Darin enthalten: VZ-Bögen, ein Rückkuvert und eine höfliche Aufforderung (siehe Faksimile) sich doch noch an der Volkszählung zu beteiligen. Dieser Brief kam nicht eingeschrieben (trotz der vielfältigen Gefahren des Postverlustes). Auch die VZ-Bögen müssen nicht eingeschrieben zurückgesandt werden!!!!

Zum Schluß ein rechtlicher Hinweis: Falls ihr in nächster Zeit in den Urlaub fahrt, unbedingt beim zuständigen Postamt abmelden! Dann werden eingeschriebene Briefe (z.B. Behördliche — wegen Volkszählung) an den Absender zurückgesandt. Ansonsten werden die Briefe beim Postamt hinterlegt. Das gilt rechtlich als Zustellung und die Einspruchsfristen beginnen zu laufen.

ZDG-Novelle: Zivildienner als "Wachmänner"

"Gibt's die Zivildienstkommission noch?" ist eine der häufigsten Fragen, mit denen ZivildienstberaterInnen in den letzten Monaten konfrontiert wurden. Die Zivildienstkommission gibt's noch! Das, aber auch sehr viel anderes, wird sich ändern, wenn der Entwurf für ein neues Zivildienstgesetz, den das Innenministerium kürzlich zur Begutachtung aussandte, Gesetzeskraft erlangen sollte.

Zivildienstkommission Zivildienstantrag

Zivildienstkommission und Zivildienstantrag sollen abgeschafft werden. Ein einfacher Wisch, in dem man erklärt, bei der Anwendung von Waffengewalt gegen Menschen in Gewissensnot zu geraten, soll in Zukunft den Zugang zum Zivildienst ermöglichen.

Diese Erklärung soll "die maßgebenden Gründe" der Ablehnung von Waffengewalt gegen Menschen darlegen, die Bereitschaft signalisieren, den Zivildienst auch ordentlich zu erfüllen, und bei der Stellungskommission oder binnen 14 Tagen nach Erhalt des Einberufungsbefehls beim zuständigen Militärkommando abgegeben werden.

Militärischer Hilfsdienst im Verfassungsrang

Neu ist aber, daß das Militärkommando bzw. die Stellungskommission prüfen dürfen, ob die Erklärung den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Gegen einen abweisenden Bescheid kann Berufung erhoben werden.

Diese direkte Unterordnung des Zivildienstes unter den militärischen Kriegsdienst ist zwar neu, liegt aber durchaus in der "Logik" der letzten Entwicklungen des Zivildienstgesetzes. Mit dem neuen Gesetz wird es keine "Wehrdienstbefreiung" mehr geben. Der Zivildienst soll auch in der Verfassung nur mehr als "Ersatzdienst" erwähnt werden: *"Jeder männliche österreichische Staatsbürger ist wehrpflichtig. Wer behauptet, aus Gewissensgründen die Wehrpflicht nicht erfüllen zu können, hat einen Ersatzdienst zu leisten. Der Ersatzdienst kann die Dauer des Wehrdienstes übersteigen. Das Nähere bestimmen die Bundesgesetze. Sie haben dafür Sorge zu tragen, daß die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres jederzeit gewährleistet ist"* (Art. 9a Abs.3 B-VG).

Durch die gemeinsame Nennung von Wehrpflicht, Ersatzdienst und dem Gebot der Gewährleistung der Einsatzbereitschaft des Bundesheeres in einem Artikel der Verfassung wird nicht nur die Unterordnung des Zivildienstes, sondern gleich auch das Hauptzweck des Ersatzdienstes festgelegt: Die Aufrechterhaltung der Einsatzbereit-

schaft des Bundesheeres!

"Dienstgruppen"

Das neue Gesetz soll dem Innenminister auch die Möglichkeit geben, sogenannte "Dienstgruppen" aus Zivildiennern zu bilden, die zu besonderen Tätigkeiten herangezogen werden sollen. Diese besonderen Tätigkeiten müssen nicht aus den im Zivildienstgesetz aufgezählten Bereichen stammen und können auch zu kurzfristigen Zwecken aufgestellt werden. Einziges Kriterium: Sie müssen ohne Waffengewalt durchgeführt werden können.

Denkbar wäre also eine besondere Dienstgruppe von Zivildiennern, die etwa während Großdemonstrationen den Straßenverkehr regeln soll, um keine Polizisten zu binden, die zum Angriff auf DemonstrantInnen benötigt werden. Im Zusammenhang mit der weiter oben erläuterten Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft des Bundesheeres können Zivildienner auch zu Diensten im Bereich militärischer Nachschub, Funkbetrieb usw. herangezogen werden.

Der vorliegende Entwurf hätte, so er Gesetz wird, eine umfassende Militarisierung des "Zivildienstes" zur Folge.

Sonstiges

Das mit der Erklärung, die allein reichen soll, um Zivildienst leisten zu können, ist auch nicht so ganz klar. Es stellt sich unter anderem die Frage, wozu in der Erklärung die "maßgebenden Gründe" für die Verweigerung des Waffendienstes dargelegt werden sollen, wenn das Bundesheer doch nur die Erfüllung formaler Kriterien prüfen darf. Ob dies nur ein Vorgriff auf zukünftige Gesetzesverschärfungen oder bereits die Drohung mit einer amtlichen Prüfung der "wesentlichen Gründe" durch das Bundesheer ist (Stellungskommission oder Militärkommando), wird die Praxis zeigen, denn das Gesetz läßt beide Möglichkeiten offen.

In jedem Fall kann der Bescheid, mit dem jemand zum Zivildienner gemacht wird, widerrufen werden, wenn "ein Verhalten des Zivildienstpflichtigen eindeutig erkennen läßt, daß dieser die Anwendung von Waffengewalt gegen andere Menschen (...) nicht ablehnt".

Die Universität im Fieber

Seit einem halben Jahr gibt es die neue
pBlattform

Die pBlattform ist eine andere StudentInnenzeitung. Die pBlattform bietet Standpunkt statt "Ausgewogenheit". Ob auf besetzten Baukränen oder zwischen Studienplänen, die pBlattform sitzt mittendrin. In der pBlattform wird nicht über Betroffene geschrieben, in der pBlattform schreiben Betroffene. Ohne pBlatt vorm Mund.



Die pBlattform im Abo

In erster Linie ist die pBlattform die monatliche Zeitung der Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität für Bodenkultur. Als solche hat sie sich zum Ziel gesetzt, Kommunikationsstrukturen zwischen den Bereichen Stadt - Region - Dorf, zwischen Uni und Umfeld und zwischen den StudentInnen aufzubauen. Deshalb gibt's die pBlattform im Abo. Sie ist zur Benützung freigegeben.

Die Themen der pBlattform:

BOKU ★ Studium ★ Leben mit Uni ★
Landschaftsplanung ★ Agrarwirtschaft ★ Umwelt &
Ökologie ★ Agrarpolitik & Regionalentwicklung ★
"3. Welt" ★ Frauen ★ Kultur ★ Politik ★
Wissenschaftskritik ★ StudentInnenbewegungen ★ ÖH

Also: Keine Panik - Abo bestellen!

Ich bestelle:

- Ein Probeexemplar (gratis)
- Ein Abo für ein Jahr zu S 100.-
- Ein Förderabo für das Projekt pBlattform zu S 300.-

Name

Adresse

Plz., ÖH

Unterschrift

Bitte einsenden an
pBlattform, ÖH-BOKU
Gregor-Mendel-Str. 33, 1180 Wien

Profit durch Umweltzerstörung

Von Straßenbauten und denen, die daran verdienen...

Die Umweltzerstörung durch den Bau von Autobahnen nimmt überhand. Der Straßenverkehr ist von 1970 bis 1987 um 94% gewachsen, auf Autobahnen sogar um 151%. Jetzt sollen noch 220 km Autobahnen, vorwiegend Transitrouten, gebaut werden!

Umweltzerstörung durch Straßenbau ist ein enormes Geschäft. Dahinter steht ein Filz aus Bau-, Auto- und Mineralölindustrie, Banken und Politikern — eine prosperierende Glaubensgemeinschaft.

(Greenpeace Österreich)

Der Mechanismus: Lobbyorganisationen und Interessensvertretungen, die vielfach über Nahverhältnisse zu Landes- und Bundespolitikern verfügen, deponieren ihre Wünsche beim Wirtschaftsministerium, bei Landesregierungen und bei Parlamentariern.

Zum Beispiel ist der Bauindustrielle Leopold Helbich auch gleichzeitig ÖVP-Nationalratsabgeordneter und Vizepräsident der Straßen-Lobbyorganisationen ÖGS ("Österreichische Gesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen"). Johannes Dietz sitzt im Aufsichtsrat bei der STUAG Bau AG, sein Kollege Josef Kerschbaumer ist Betriebsrat bei der UNIVERSALE Bau AG und Leopold Maderthander ist im Aufsichtsrat der "Neuen Reformbau" und Präsident des Wirtschaftsverbands. Mit Staatssekretärin Maria Fekter sitzt sogar eine Vertreterin der Straßenbauer in der Regierung. Eine zentrale Rolle im österreichischen Autobahnbau spielen die Staatsbanken, die zum Teil mehrheitliche Besitzer der größten Baufirmen sind.

Bau, Planung und Erhaltung der Bundesstraßen werden von den jeweiligen Landesregierungen durchgeführt. Die Länder

SONDERFINANZIERUNG

Die ASFINAG nimmt bei in- und ausländischen Banken, unter anderen bei der CA und der Länderbank, Kredite auf. Etliche der größten Baufirmen Österreichs sind aber im Besitz ebendieser Banken. So hält etwa die CA 70% der Universal Bau AG, die Länderbank 25% der Porr AG und 48% der STUAG Bau AG. Die Banken-Imperien verdienen an den Gewinnen der Baufirmen und an den Zinsen für die gewährten Kredite, profitieren also von der politisch überhitzten Straßenbaukonjunktur doppelt. "Sponsoren" dieses Umweltzerstörungskarussells sind die Menschen in Österreich ...

Neuerdings wollen CA und STUAG sogar Subventionen für den Autobahnbau in Jugoslawien: Die Kontrollbank soll die Ausfallhaftung übernehmen. ●

erhalten dafür 10% der Bausumme als "Honorar". Daher werden die Bundesstraßen immer mehr, breiter und teurer.

Lobbyorganisationen wie die ÖGS haben direkten Einfluß auf das Wirtschaftsministerium. Über einige Beamte, wie den Bundesstraßen-Sektionschef Freudenreich, bestimmen sie die Baupolitik des Wirtschaftsministers maßgeblich mit. Die alle paar Jahre erstellte "Dringlichkeitsreihung" für Bundesstraßen und die im Rahmen der ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG) zu finanzierenden Projekte sind daher im wesentlichen ein Katalog der Lobbywünsche.

Besonders einträglich ist das Milliardengeschäft über die ASFINAG.

Daran verdienen manche doppelt: Einige Großbanken, bei denen die Republik über die ASFINAG-Kredite aufnimmt, sind auch Besitzer der größten Baufirmen. Der CA-Chef Schmidt-Chiari ist auch Präsident der ÖGS. Mit fast 130 Mrd. ÖS (Kredite und Finanzierungskosten) hat die Republik bis heute Banken und Bauindustrie über die ASFINAG versteckt subventioniert. Auf unsere Kosten und auf Kosten der Umwelt. Jetzt will die Baulobby wieder Geld. Und Minister Schüssel verlangt prompt 13 Mrd. ÖS um Österreich einen lückenlosen Abgastepich zu beschenken...

Hintergrund-Aktivitäten der Baulobbies

Neben der offiziellen Vertretung von Bauindustrie, dem "Fachverband Bauindustrie" in der Bundeswirtschaftskammer, erheben sich vor allem die VIBÖ (Vereinigung industrieller Bauunternehmungen Österreichs) und die ÖGS (Österreichische Gesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen) für flächendeckendes Betonieren.

Die VIBÖ

ist eng verflochten mit dem "Fachverband" und zielt auf die Durchsetzung eines maximalen Bauvolumens (Straßen-, Kraftwerks-, Hochbau) ab. Sie gibt ihre Ziele folgendermaßen an:

- Konzeption einer neuen Energiepolitik (v.a. Wasserkraftwerke in den Oststaaten)

- Beschleunigung der Bauten rund um den "Neuen Verkehr": Zwischen 245 und 260 Mia ÖS sind nach ih-

rer Meinung nötig, um die Infrastruktur zu modernisieren.

Die VIBÖ ist die mächtigste "private" Baulobby. Gesetzesinitiativen der VIBÖ werden von der Kammer oder der Ministerialbürokratie akzeptiert, ebenso Gesetzesbegutachtungen (die Kammer hat ihr diesbezügliches Monopol freiwillig abgetreten). Sie unterhält laufend Kontakte zu Parlamentsausschüssen, indirekte Kontakte zu Regierungsmitgliedern am "Baugipfel", 1-2mal monatlich zum BMF, BMFWA, wöchentliche informelle Beamtenkontakte und ca 2mal im Monat werden ihrer auf Anfrage Informationen von öffentlichen Stellen bereitgestellt.

Friedrich Freudenreich (Wirtschaftsministerium, Sektionschef für Bundesstraßenbau) im Originalton

Nach seiner Auffassung wären "die in Osteuropa froh, wenn sie Zustände wie im Inntal hätten" (Greenpeace-Interview, 03.04.91). Betonwunden in der Landschaft, wie die S6-"Bröselbrücke" über Schottwien findet er "ästhetisch" (Inlandsreport). Sein Verkehrskonzept ist das "Bundesstraßengesetz" (Argumente, 09.01.91). Gleichzeitig ist Freudenreich Mitarbeiter einer Bürgerinitiative, die den Rückbau und die teilweise Verlagerung des von und zur Südauto- bahn flutenden Verkehrs aus der Wiener Paulanergasse in deren Nachbargassen fordert. ●

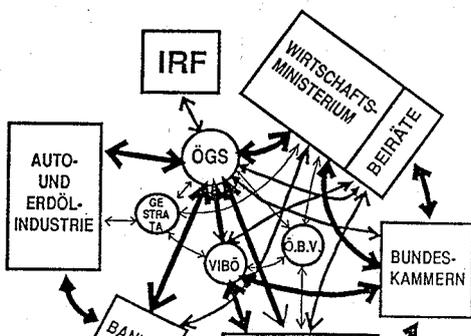
Die ÖGS

versammelt alle Freunde eines florierenden Straßenverkehrs: Im Präsidium sitzen Bauindustrielle wie Leopold Helbich (Pöschacher Werke, ÖVP, Aufsichtsrat Kurier) und Paul Pichler (Swietelsky Bau AG), Auto- und Mineralölindustrielle, Emil Schacherl von der OÖ Landesregierung, Friedrich Freudenreich (Sektionschef für Bundesstraßenbau im Wirtschaftsministerium), Walter Melnitzky (ÖAMTC) und Präsident des Obersten Gerichtshofes, Karl Just (ASFINAG und Tauern Autobahn AG) und ihr Präsident ist Guido Schmidt-Chiari, Generaldirektor der CA.

Die ÖGS versteht sich als eine Art Dachverband der österreichischen Straßenbaulobby und will "Werbehilfe" zur möglichst raschen Durchsetzung der Vollmotorisierung leisten.

Es werden enge Verbindungen mit quasi-behördlichen Organisationen, wie dem Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV), unterhalten, weil "die Verkehrssicherheit der wichtigste Faktor für die Propaganda ist, warum wir gute Straßen brauchen".

Die ÖGS verfügt, nicht zuletzt dank Sektionschef Freudenreich, über gute Kontak-



te zum Wirtschaftsministerium. Baulobbyisten, vor allem Vertreter der ÖGS, treffen sich "mehrmals monatlich" auf höchster Ebene mit Vertretern des Ministeriums und stellen "öfters pro Woche" Kontakte her.

Der ÖGS geht es um die Straße an sich. In ihrer Zeitung "Die Straße im Scheinwerfer" findet sich folgendes Credo: "Die Straße erschließt Lebensräume! Die Straße verbindet Lebensräume! Die Straße ist Lebensraum!"

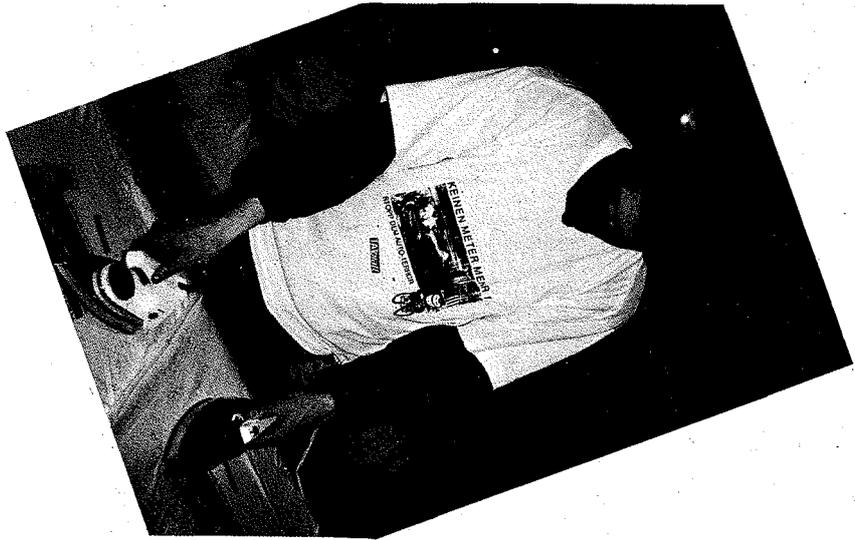
Die ÖGS ist Mitglied der IRF (International Road Federation), die international Straßenprojekte durchsetzen will. Sie wurde in den 50-er Jahren von US-amerikanischen Auto- und Ölkonzernen gegründet und will 20.000 km Autobahn in West- und Osteuropa gebaut sehen. Gemeinsam mit Shell, Total und Agip stellen sich die Herren vom IRF vor, daß europaweit in den nächsten beiden Jahrzehnten fast 500 Mrd ÖS jährlich in den Autobahnbau investiert werden. Unter den Wuschprojekten finden sich vor allem Autobahnen im ehemaligen Ostblock ...

Weitere Lobbyorganisationen sind der "Österreichische Betonverein" (Ö.B.V.) und die "Gesellschaft zur Pflege des Straßenbaus mit Teer und Asphalt" (GESTRATA). Im Wirtschaftsministerium treffen sich regelmäßig die Spitzen des österreichischen Straßenbaus im "Beirat für Straßenforschung".

Automobile Kolonisierung

In der für die Baufirmen STUAG und STRABAG erstellten Pilot-Studie "Verkehrsentwicklung und Mobilität in der Europa-Ostregion" offenbart die ÖGS ihr

SOMMER-MODE '91



dezent-elegant-entzückendes Sommerleiberl für die Chaotin und den Chaoten von Morgen

Weißer als Weiß, selbstwaschend, schweißsaugend, rheumaneutral, streifenfrei. In den Größen M (Bestellnummer 04637383-2), L (Bestellnummer 567488932-4), XL (Bestellnummer 53677498-2), XXL (Bestellnummer 10938273-6)

Einzelverkaufspreis S100,-; DM 15,-; SFR 15,-; Sesterzen XMII; Taler 368. Bei Abnahme von mindestens 100 Stück 0,3% Skonto, ab 500 Stück 0,1%!

Bezugsbedingungen: Einzahlung obgenannter Beträge auf das P.S.K.-Konto 7547 212 (Unabhängige Initiative Informationsvielfalt); Lieferung prompt aber unfrei (auf Wunsch auch anonym)

wahres Gesicht: Autobahnen in der Länge von 2.241 km in der "ersten Phase" und 1.835 km in der "zweiten Phase" sollen errichtet werden. Erwarteten Widerständen empfiehlt die ÖGS mit dem Argument zu begegnen, daß die neuen Straßen "österrei-

chische Routen entlasten" werden. Ernsthaftige Schwierigkeiten erwartet die ÖGS aber nicht, da all die Autobahnen ohnehin nur mit ausländischem Kapital errichtet werden können und sich so "allein auf diesem Weg ein gewisser Einfluß auf die dortige Bewußtseins- und Entscheidungsbildung" ergibt. Es müsse nur eine "sinnvolle Kooperation mit den Behörden" erreicht werden ...

Nach Auffassung der ÖGS besteht "der Kernteil der (Mobilitäts-)Problemlösung aus österreichischer Sicht ... in der kurz- und mittelfristigen Herstellung eines Autobahn-Grundnetzes innerhalb der beschriebenen zentral-osteuropäischen Region". Und: "Österreich ... ist Drehscheibe für alle zu erwartenden Verkehrsbewegungen in dieser Region. ... Es wird die Hauptlast des zu erwartenden zusätzlichen Verkehrsaufkommens auffangen und bewältigen müssen. Es verfügt zugleich über die größte Erfahrung im Zusammenhang mit dieser Problematik." •

2.2. Vorrangig müßten folgende Lücken geschlossen werden:	
Dresden - bis zur deutsch-tschech. Grenze	60,0 km
Deutsch-tschechoslowakische Grenze - Prag	90,0 km
Prag - C. Budejovice - tschechosl.-österr. Grenze	180,0 km
Bratislava - Anschluß an die A 4	30,0 km
A 4 Trasse in Österreich	30,0 km
A 2 in Österreich zwischen Griffen und Klagenfurt einschließlich Klagenfurt Umfahrung	40,0 km
A 9 in Österreich, Pyhrn-Strecke	130,0 km
Autobahn zwischen der österr.-ungar. Grenze und Győr	45,0 km
Czenstochowa - Breslau - Nachod (poln.-tschech. Grenze)	300,0 km
Nachod - Prag	140,0 km
Siofok (Balaton) - Varsádin	150,0 km
Strecke Győr - Szombathely - Varsádin	220,0 km
2.241,0 km	
Budapest - Szeged - Novi Sad	
Österr.-jugosl. Grenze - Maribor - Ptuj	300,0 km
Varsádin - Ptuj	40,0 km
Celje - Ljubljana	40,0 km
Razdrto - Triest	70,0 km
	35,0 km
Weiters ist der Vollausbau auf folgenden Strecken vorzusehen:	
Ljubljana - Zagreb	135,0 km
Ptuj - Zagreb	122,0 km
Belgrad - Novi Sad	84,0 km
2.241,0 km	
2.3. In weiterer Folge ist die Errichtung der nachstehenden Strecken vorzusehen:	
Tesin (tschech.-poln. Grenze) - Piastiany	175,0 km
Czenstochowa - Tesin	150,0 km
Czenstochowa - Krakau - poln.-tschech. Grenze	110,0 km
tschech.-poln. Grenze B. Bystrica - Parassapuzta (tschech.-ungar. Grenze)	400,0 km
Kiew - Usgorod	750,0 km
Usgorod - Gyöngyös (Autobahnanschluß Richtung Budapest)	250,0 km
1.835,0 km	

Literaturhinweis:
Greenpeace Österreich: Mit Vollgas in die Umweltkatastrophe

Stop dem Transitterror !



Die für den 25. Juni geplant gewesene Unterzeichnung des EWR- Vertrages und (unter anderem) der damit einhergehende menschen- und umweltverachtende Transitvertrag sind uns bisher erspart geblieben. Doch, wenn es nach dem Willen des "offiziellen Österreich" geht, nicht mehr lange: Beides soll noch in diesem Monat passieren.

Am 9. Juli wird der Nationalrat die per Initiativantrag eingebrachte ASFINAG-Novelle beschließen, die den "Lückenschuß" im Autobahnnetz garantiert. Genug Gründe also, um zu protestieren: Am 28. Juni gab es einen Transit-Aktionstag und auch Greenpeace wurde aktiv.

(TATblatt-Wien)

Zur Behandlung der Transit-Petition findet im Nationalrat keine Zeit: Der Petitionsausschuß beschloß mit dem Kommentar, die Transitfrage sei "im Augenblick nicht dringend aktuell", die Minister Schüssel und Streicher um ihre Stellungnahme zur Petition bis Mitte Oktober zu bitten.

Weit eiliger hat er's mit der Behandlung der ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG)-Novelle, die die Bereitstellung von weiteren außerbudgetären 12 Milliarden Schilling zusätzlich zum regulären Straßenbaubudget garantiert. Sie würde per Initiativantrag eingebracht, was den Vorteil hat, daß sie in keinem Gremium begutachtet werden muß, sondern gleich beschlossen werden kann. Was formell am 9 Juli passieren wird.

Im Klartext heißt das: Ausbau der a9-Pyhrautobahn, der "Umfahrungen" Klagenfurt, Zell/See und Lofer, Fertigstellung

der A4-Ostautobahn und der A23-Südosttangente.

Der Vollständigkeit halber sei noch vermerkt, daß auch für den Ausbau der Bahn 13 Milliarden Schilling vorgesehen sind. Doch, um sich tatsächlichen Werttätigkeiten vor Augen zu halten: Streicher wollte für die Bahn 31 Mia — er bekam 13, Schüssel wollte für die Autobahnen 13 Mia — er bekam 12. Es ist offensichtlich, worauf die Bundesregierung "baut".

Gegen die Unterzeichnung des EWR-Vertrages ohne eine für Mensch und Umwelt befriedigende Transit-Lösung richtete sich sowohl der österreichweite Transit-Aktionstag, als auch eine Greenpeace-Aktion: Greenpeace blockierte am 17. Juni drei Stunden lang die Brennerautobahn bei Innsbruck und die Gotthardautobahn in der Schweiz.

Am Brenner ketteten sich ca. 150 Menschen mit Handschellen, die sie mit Karabinern verbanden, aneinander und stülpten über die Unterarme noch Metallröhren, damit sie von der Polizei nicht getrennt werden konnten. Doch die versuchte das im transitgepligten Tirol gar nicht. Probleme gab es hingegen mit durchgedrehten Autofahrern: Zwei PKW und ein LKW versuchten, die Sperre zu durchbrechen und verletzten dabei mehrere Personen. Beim Versuch, den Verkehr auf die Brenner-Bundes umzuleiten, kam es auch dort zu einem Verkehrsinfarkt.

Gleichzeitig versperrten in der Schweiz ca. 40 Personen die Einfahrt des Gotthardtunnels mit einer Mauer aus Holz und einer Menschenkette davor.

Zum Aktionstag gabes in (fast) ganz Österreich Kundgebungen und (Teil-)Blockaden von örtlichen Initiativen. Details sind uns leider nicht bekannt (wenn ihr schon TATEN setzt, dann schickt uns doch bitte auch etwas darüber!!). ●

unten: unter einem Scheibenwischer gefunden

"Aktion Freies Parken für Freie Bürger"

Die hier als Faksimile abgebildete obskure "Anzeige einer Kundgebung" wurde uns zugespielt.

Wie wir erfahren haben, hat die Kundgebung trotz polizeilicher Untersagung stattgefunden und wurde — entgegen den Gewohnheiten — nicht gewaltsam aufgelöst. Welche Macht mag da wohl dahinterstecken?●

Aktion Freies Parken für Freie Bürger
p.A. Schwarzenbergplatz
1030 Wien

Aufruf

Liebe Autofahrerin, lieber Autofahrer!
Wir haben jetzt schon am Scharzenbergplatz zu wenig Parkplätze!
Am

Freitag, den 28. Juni 1991

veranstalten wir zwischen 7 und 19 Uhr eine Kundgebung für
„Freies Parken am Schwarzenbergplatz“.

Bitte kommen auch Sie mit Ihrem Kfz und unterstützen Sie unsere Forderung, daß jeder dort parken darf, wo er es für richtig hält.

Aktion FPfFB

Aktion Freies Parken für Freie Bürger
p.A. Leopold Ruzicka
Niederhofstr. 20
1120 Wien

Betr.: Anzeige einer Kundgebung

Ort: Schwarzenbergplatz und Umgebung

Zeit: Freitag, 28. Juni 1991, 7 - 19 Uhr

Zweck: Information der Öffentlichkeit über die völlig unzureichende Zahl von Falschparkplätzen durch möglichst provokante und umfassende Behinderungen des fließenden Kfz-, Straßenbahn-, Fußgänger- und Radverkehrs sowie ausgedehnte Verkehrsbehinderungen während der An- und Abfahrt der KundgebungsteilnehmerInnen.

Die Demonstration, deren Teilnehmerzahl vom Veranstalter nicht absehbar ist und im Prinzip nur durch die Zahl der zur Verfügung stehenden illegalen Parkplätze limitiert wird, findet bei jedem Wetter statt, und zwar mit Kraftfahrzeugen, die ab Kundgebungsbeginn vorschriftswidrig und/oder verkehrsbehindernd abgestellt werden.

Zielpunkte sind

- die Gehsteige im Kreuzungsbereich mit der Lothringerstraße,
- die Sperrflächen im Kreuzungsbereich mit den zwei Straßenzügen Lothringerstraße und Heumarkt - Brucknerstraße,
- der Bereich des allgemeinen Fahrverbots auf dem ehemaligen Gleiskörper der 2-er-Linie (Richtung Karlsplatz),
- der ehemalige Gleiskörper der 2-er-Linie (Richtung Stadtpark),
- weilers das Kreuzungsplateau Lisztstr. / Lothringerstr., wo möglichst viele Fahrzeuge außerhalb der Bodenmarkierungen und z.T. gegen die verordnete Fahrtrichtung abgestellt werden sollen,
- die Umgebung des Schwarzenbergdenkmals, die nur durch vorschriftswidriges Befahren des eigenen Gleiskörpers der Straßenbahn erreichbar ist,
- sowie der Bereich des Radwegs Ring-Rund, speziell vor dem Café Schwarzenberg.

Ein weiterer Schwerpunkt ist willkürliches Halten und Parken in zweiter Spur im gesamten Bereich der Kundgebung.

Es wird kein Ordnerdienst vorgesehen, vielmehr sollen die Kundgebungsteilnehmer selbst für möglichst umfassende Belästigungen und Behinderungen sorgen.

Die Kundgebung findet auch statt, wenn sie untersagt wird, daher erübrigt sich für den Veranstalter die Bekanntgabe einer Kontaktperson.

Kraftwerke im Trikont

Österreichs Geld geht über Leichen

Während die "Internationale Talsperrenkommission" (International Commission on Large Dams — ICOLD) in Wien tagte, fand ein von mehreren Umweltorganisationen geplanter Gegenkongress (International Coalition AGAINST Large Dams — ICALD) statt. Durch Kraftwerksprojekte verursachte ökologische und soziale Katastrophen sollten bekannt gemacht und kritisiert werden. Wir wollen hier beispielhaft vier Kraftwerksprojekte im Trikont mit österreichischer Beteiligung vorstellen.

(ICALD)

BRASIL IEN: Regenwald unter Wasser

Die Staudamm-Pläne der brasilianischen Regierung sehen zwischen 68 und 136 neue Großkraftwerke bis zum Jahr 2010 vor, einen beträchtlichen Teil davon in Regenwaldgebieten. Solche Projekte wurden und werden ohne Rücksicht auf Natur und die betroffenen Menschen — ursprüngliche Bevölkerung und KleinbäuerInnen — durchgezogen. Der Strom kommt vor allem einigen multinationalen Konzernen zugute, die damit zB große Aluminiumfabriken betreiben.

Das katastrophalste dieser Kraftwerke ist der erst kürzlich fertiggestellte Balbina-Damm, der eine Regenwaldfläche von mindestens 2.360 km² — etwa so groß wie Vorarlberg — überflutet.

Ein Drittel der Bevölkerung der Waimiri-Atroari-Stämme wurde vertrieben. Die Bäume wurden vor der Flutung nicht abgeholzt, sie verfaulen im Wasser: Dadurch werden große Mengen giftiger und stinkender Gase frei, sogar das Treibhaus-Gas Kohlendioxid. Weiters entstehen dabei Säuren, die das Fluß- (und Trink-)wasser vergiften und alle Fische im Unterlauf getötet haben.

An diesem Katastrophenprojekt war die österreichische Schalungstechnik-Firma DOKA beteiligt, ebenso, wie am Kraftwerk Itaipú in Südbrazilien, das die Vertreibung von 40.000 Menschen zur Folge hatte.

INDONESIEN Kraftwerk Cirata

In den 80er Jahren errichtete die staatliche Elektrizitätsgesellschaft PLN ein Wasserkraftwerk auf Jawa, das mit seinen negativen Folgen alle bisherigen Projekte in den Schatten stellte. Der Hauptfinanzier Weltbank hatte die Padjajaran-Universität mit Vorstudien beauftragt, die aber vom Militär im betroffenen Gebiet kurzerhand untersagt wurden.

Das Projektgebiet war schon zwei Jahre vor Baubeginn militärisches Sperrgebiet, aus dem die Bevölkerung — 60.000 Menschen — mit Drohungen und einzelnen "mysteriösen Morden" durch Todesschwadronen vertrieben wurde. Ein großer Teil der Bevölkerung wurde in Regenwaldgebiete umgesiedelt, wo sie jetzt den Wald niederbrennen, um neue Felder anzulegen. Im Staubecken sammeln sich ungeheure Abwassermengen.

Obwohl die indonesische Universität

schon vorher durch Untersuchungen festgestellt hatte, daß enorme Bodenspekulation, ökologische Zerstörungen und schwere Menschenrechtsverletzungen zu erwarten seien, finanzierte die Weltbank Cirata zu 75%. Den Rest bezahlten Industrieländer, deren Unternehmen an das Projekt zulieferten.

Auch Österreich zahlte einen Superkredit zu 3,5% Zinsen und mit 25 Jahren Laufzeit. Dadurch konnten VÖEST, ELIN und BBC (jetzt ABB), sowie die Verbund-Plan an dieser sozialen und ökologischen Katastrophe verdienen.

Dämme gegen das kurdische Volk: Das türkische GAP-Projekt

Das türkische GAP-Projekt (Güneydogu Anadolu Projesi) ist eines der größten "Entwicklungsprojekte" der Welt. Es umfaßt eine Fläche von mehr als 74.000 km². Das Gesamtprojekt besteht aus 21 Staudämmen und 17 hydroelektrischen Kraftwerken an Euphrat und Tigris. Die Kosten werden auf ca 20 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Zentraler Bestandteil des Projekts ist der Atatürk-Damm. Er ist der achtgrößte Damm der Welt, darin hätten mehr als 30 Cheops-Pyramiden Platz. Der Stausee wird 817 km² Land überfluten. Für den Atatürk-Damm wurden bereits 65.000 Kurdinnen und Kurden vertrieben. Von den damit zusammenhängenden Bewässerungsvorhaben werden nicht die KleinbäuerInnen, sondern lokale Großgrundbesitzer profitieren. Das Kraftwerk gibt der Türkei auch die Möglichkeit, Syrien und dem Irak die Wasserzufuhr zu sperren.

Die VÖEST lieferte, gemeinsam mit der bundesdeutschen Firma NOELL, sämtliche Stahlbaukomponenten. Für das Nachfolgekraftwerk Birecik ist eine Beteiligung der österreichi-

schen Unternehmen STRABAG und Verbund-Plan vorgesehen. Verbund-Plan soll das Kraftwerk sogar betreiben und den Strom an den türkischen Staat verkaufen.

THAILAND Der Pak-Mun-Damm

Am Mun-Fluß in Thailand soll mit Weltbank-Geld ein Damm errichtet werden, durch den die Vertreibung von tausenden Menschen (bis zu 20.000), die teilweise Zerstörung eines Nationalparks und die Vernichtung der lokalen Fischerei drohen.

Die österreichische Firma ELIN hat sich um die Lieferung der elektrischen Ausrüstung des Kraftwerks beworben und ist dabei in einer aussichtsreichen Position.

Heute rollen bereits die Bulldozer am Mun River, nachdem in Thailand jahrelang sämtliche Dammprojekte am massiven Widerstand der Bevölkerung gescheitert waren. Doch auch gegen Pak Mun gibt es Blockadeaktionen der Betroffenen. ●

LITERATURHINWEIS:

Frimmel/Haberl/Wiederstein: Katastrophen-Hilfe: Österreichische Kraftwerke in der Dritten Welt; Edition ÖH, Wien 1991; öS 185. —

**erfolgreiche
berichterstattung
MADE IN GULF**
wienzeile nr. 6

sonderausgabe

**texte die während des
golfkrieges oder in
unmittelbarem
zusammenhang geschrieben
worden sind**

**u.a.: philip agee (ex-cia
agent): the proper crisis**

**erhältlich im
medienzentrum der
technischen universität,
morawa, bh kolisch, bh
winter, bh südwind,
internat. zeitschriften
opernpassage u.a.**

Hungerstreik in palästinensischen Gefängnissen und Lagern

(Ägyptisches Nationalkomitee für die Unterstützung der palästinensischen Intifada/TATblatt-Wien)

Seit 21. Juni sind Gefangene und Häftlinge in palästinensischen Gefängnissen und Lagern im Hungerstreik. Der Streik begann im Nafha Lager und in den Gefängnissen von Ascala und Khalil und dehnte sich dann auf die Gefängnisse in Gaza und Jenin aus.

Die Streikenden wehren sich gegen die ständigen Transfers von einem Gefängnis in ein anderes und von einem Lager in ein anderes; und gegen die widerwärtigen Bedingungen im Ansar 3 Lager in der Negev

Wüste, wo Gefangene mit extremer Hitze im Sommer und beißender Kälte im Winter ohne Schutz oder angemessene Kleidung zurechtkommen müssen. Die Gefangenen im Hungerstreik fordern außerdem ein Ende von Einzelhaft und Folter und Verbesserungen von Essen und medizinischer Versorgung.

Insgesamt sind in Gefängnissen und Lagern in Palästina rund 17.000 Menschen, deren Haftbedingungen weit davon entfernt sind, in internationalen Übereinkünften festgelegte minimale Erfordernisse zu erfüllen.

Als Zeichen der Unterstützung für die Gefangenen im Streik versammelten sich zig Ehefrauen und Familien bei den ICRC (Internationales Rotes Kreuz) Büros in Gaza, Rafah und Khan Younes und traten selbst in Hungerstreik. Andere Personen solidarisierten sich und schlossen sich ihnen an.

Die Medien haben bislang weitestgehend zu dem Hungerstreik geschwiegen. Mittlerweile erreicht der Streik seine vierte Woche, und Gesundheit und Leben der Streikenden sind akut bedroht. ●

BRD:

Hungerstreik von 186 ausländischen U-Haft-Gefangenen in Hamburg

(clockwork)

Am 28. Juni wurde bekannt, daß sich 186 ausländische Gefangene im Hamburger Untersuchungsgefängnis im Hungerstreik befinden. Sie fordern eine Änderung der Untersuchungshaftpraxis. Ihre Forderungen im einzelnen sind:

- Schnelle Zurückführung bei den Gerichten
 - Mahnung an die RichterInnen, nicht als Werkzeug zu fungieren (gemeint ist damit die Praxis, daß nach zwei- bis dreijähriger Haftzeit ein Ausländer oder eine Ausländerin fast in jedem Fall verurteilt wird, es gibt ganz selten Freisprüche)
 - Verbesserung der U-Haft-Bedingungen
 - wöchentlicher Besuch
 - soziale Angebote (Betreuung, Freizeit,...)
 - Zusammenlegung gleichsprachiger Nationalitäten, wo das möglich ist
 - häufigeres Duschen
 - Angleichung an die Strafpraxis
- Am 28. Juni fand die erste Solidaritätskundgebung vor dem Untersuchungsgefängnis in Hamburg statt. ●

Anmerkung zu diesem Text: Grundsätzlich lehnen wir die Verwendung von Begriffen wie "AusländerIn" ab, weil sie eine Unterscheidung zwischen Menschen fest schreibt, die von den Herrschenden gemacht wird. Diesen Text aber haben wir nahezu unverändert aus der clockwork Nr 25 übernommen. Zum anderen ist in dem Fall diese Unterscheidung realer Hintergrund von unterschiedlichen Haftbedingungen, aber auch von getrenntem Widerstand.

Die Mittelschüler sitzen ganz hinten, vor Ihnen sitzen die Hofräte auf der Zuschauerbank, der Redner steht Vor dem Mikrofon, er redet von Regionen im Abseits, die Redakteure

Schauen die Micky Maus an, die Stenografin hat sich eine neue Frisur machen lassen Für die Debatte im Landtag, auf jedem Tisch steht ein Geschenk von der Landwirtschaftskammer: Eine Flasche Wein, Welschriesling, trocken.

Der Landeshauptmann winkt mit der Hand Sein Sekretär springt schon auf.

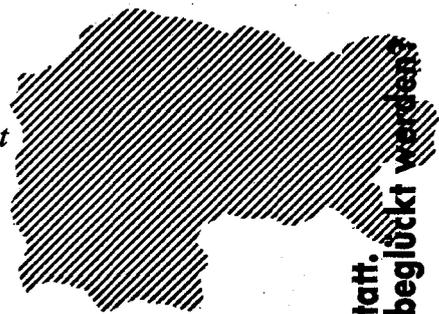
Boten gehen hin und her, es wird Fotografiert. An der hinteren Wand

Hängt ein Ölbild: Erzherzog Johann.

Auf Knopfdruck kann der Landeshauptmann Sein Rednerpult höher und Niedriger stellen. Alle Geben allen die Hand. Im Buffet Gibt es weiße Mischungen, Obstler

Und Bier. Die Sekretäre zahlen Alles. Vor dem Eingang steht Ein Polizist.

von Franz Stephan Parteder aus „Vandalen in der Märchengrottenbahn“



Dieses Gedicht hat Franz Stephan Parteder verfaßt Jetzt kandidiert er selber für einen Sitz im Landtag.

In der Steiermark finden am 22. September Landtagswahlen statt. Warum sollen die Tatblatt-LeserInnen nicht von Wahlwerbung beglückt werden?

KPD Steiermark

Schweiz:

Frauenstreiktag

Am 14. Juni 1981 wurde der "Gleichheitsgrundsatz" in die schweizerische Bundesverfassung aufgenommen. Demzufolge sind Mann und Frau in der Schweiz gleichberechtigt in Familie, Ausbildung und Arbeit. Doch, wie in allen anderen Ländern auch, nur auf dem Papier.

"Wenn Frau will, steht alles still", war das Motto des Frauenstreiktages, zu dem die Gewerkschaft aufgerufen hatte. Die autonomen Frauen riefen zum Boykott gegen Kapital, Staat und Machos auf. Am 14. Juni und nicht nur dann!

(megaphon, TATblatt-Wien)

Rechtlich gesehen ist es eigentlich unnötig, einen eigenen "Gleichberechtigungsartikel" zu schaffen: Daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sein sollten, ist ja schließlich ein Menschenrecht. Aber die Realität sieht nun einmal anders aus. Das Patriarchat entlarvt sein Gesicht.

In den letzten 10 Jahren wurden in der öffentlichen Gleichberechtigungsdebatte vor allem Themen wie Feuerwehr- und Militärdienstpflicht, Witwerrente und Pensio-

nierungsalter diskutiert — alles durchwegs Themen, wo Männer gegenüber Frauen benachteiligt sind.

Die Fakten

Nach wie vor aber
- verdienen Frauen ein Drittel weniger, als Männer
- sind die Sozialversicherungen weitgehend männerorientiert:
 Wenn eine Frau keiner bezahlten Arbeit

nachgeht, zahlt sie weder Sozial-, noch Pensionsversicherungsbeiträge. Das tut ihr Mann, auf seinen Namen. Bei einer eventuellen Scheidung — und heutzutage werden ein Drittel der Ehen geschieden — schaut die Frau durch die Finger. Jahrzehntlang im Haushalt gearbeitet, kann sie sich nun auf eine Mindestrente gefaßt machen, während ihr Ex-Gatte sich auf einen gemütlichen Lebensabend freuen kann.

- ist Hausarbeit noch immer Frauensache

Frauen arbeiten auch dann noch mehr, wenn äußerlich scheinbare Gerechtigkeit herrscht oder sogar ein Rollentausch stattfindet. Nach einer bundesdeutschen Untersuchung übernehmen Frauen, die 100% lohnarbeiten und mit einem Hausmann zusammenleben, immer noch ein Drittel der Hausarbeit.

Allerdings haben es Paare, die eine gerechte Arbeitsteilung anstreben, auch nicht leicht. Es fehlen sowohl Teilzeitstellen, wie auch außerfamiliäre Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder. Mit dem angedrohten "Karriereknick" hält sich die Wirtschaft die Männer bei der Stange.

- sind leitende Positionen noch immer von Männern besetzt

In den 259 größten Schweizer Unternehmen stehen 652 unterschreibsberechtigten Frauen 17.704 ebensolche Männer gegenüber. Hingegen sind Frauen in schlecht bezahlter und monotoner Arbeit überproportional vertreten. Bei Kündigungen werden zuerst Frauen entlassen, die ja den "Familienerhaltern" die Stelle wegnehmen.

- ist Lebensraum gleich Männerraum
(siehe dazu auch den Flexbrief in diesem TATblatt)

Männer sind grundsätzlich gewohnt, sich jederzeit und überall bewegen zu können. Frauen sind grundsätzlich gewohnt, jederzeit und überall auf der Hut zu sein. Frauen werden vergewaltigt und sexuell belästigt — überall.

Von Entlassungen, Lohn und Sozialabbau, steigenden Wohnungsmieten, Verarmung, sexistischer und rassistischer Gewalt sind in erster Linie Frauen betroffen.

Kein Streikrecht

Um diesen Widerspruch aufzuzeigen, sollte gestreikt werden. Würden alle Frauen streiken, käme es zu einem Chaos.

Doch damit ist es gar nicht so einfach, denn die schweizer Bundesverfassung kennt weder Streikrecht noch Streikverbot. Verboten ist es jedenfalls allen beim Bund

Ich gehe heute ins Kino — nicht ohne meine Euro-Ami-Brille

(ruhrgebietsinfo)

"Eine Frau kämpft um ihre Tochter." Mit dieser Schlagzeile macht der Film "Nicht ohne meine Tochter" Werbung — und Kasse. Betty Mahmoodys Anliegen scheint nur zu berechtigt: Sie wird im Iran als US-Amerikanerin von einem despotischen Ehemann gefangengehalten, der die gemeinsame Tochter einer strengen islamischen Erziehung unterwerfen will. Mit viel Mut und unter Einsatz ihres Lebens gelingt es ihr, mit Hilfe anderer nach zwei Jahren aus dieser Situation zu fliehen. So weit, so rührend.

Dies könnte die Geschichte einer Frau sein, die sich gegen die Unterdrückung durch ihren Mann und seine Machtmöglichkeiten wehrt, Sie ist es aber nicht. Denn das Buch will lehren, es sei die Geschichte der Tyrannei des Islam gegen die Zivilisation. Nicht männliche Gewalt sei Thema, sondern fanatischer islamischer Größenwahn. Die Frauenunterdrückung dient nur als Transportmittel rassistischer Ideologien.

Wir verwehren uns als Frauen gegen die Projektion der auch hier herrschenden Gewalt gegen Frauen auf eine andere Kultur. Mit dem Verweis auch auf andernorts bestehende Frauenunterdrückung Rassismus hier zu forcieren ist rassistische Propaganda und hat mit dem Kampf von Frauen gegen Männergewalt nichts zu tun, außer daß diese geschickte Verknüpfung den Verkaufserfolg garantiert.

Die Darstellung einer anderen Kultur als religiöser Massenwahn, dem die Menschen verfallen und deshalb umso fanatischer und irrational verteidigen, soll aus den Menschen dort eine unberechenbare Masse machen, eine Gefahr, die es aufzuhalten gilt. Das Timing von Buch und Film ist perfekt: Alle können sich jetzt im Kino angucken, warum es doch "besser" war, den Irak auszubomben, "da unten" für "Ordnung" zu sorgen, ja, daß noch viel "mehr" gatan werden müßte. Von wem ist auch klar — von weißen,

zivilisierten, hygienischen Menschen, die sich ihr Weltbild aus 500 Seiten Amerikalob trivialster und kitschigster Art, produziert über Fremdenhaß und Selbstgefälligkeit, zusammensetzen.

Ein Weltbild, das mit dem des FBI, innerhalb dessen Aussteigerprogrammes Frau Mahmood ihr Werk schrieb, und dem des Bastei-Verlages(!) übereinstimmt, Hauptsache die Ideologie wird "spannend" transportiert. Jeder sollte sich überlegen, was denn nun "packend" gefunden wird an einem Buch/Film, dessen spannung darauf beruht, daß andere als barbarisch, unberechenbar, intrigant und fanatisch diffamiert werden und das Happyend in arroganter Erleichterung darüber, daß man/frau weiß und zivilisiert in einem ausgekachelten Kreißsaal geboren wurde, liegt.

Der Film schafft klare Fronten und verfestigt Urteile, die dazu dienen, Menschen aus anderen Kulturen das Leben hier zur Hölle zu machen. Was übrigbleibt, ist bestenfalls Mitleid, überwiegend aber Rassismus und der Dünkel von Herrenmenschen. ●

Von der Diskussion um diesen Film, die in der BRD stattfand, ist nur sehr wenig nach Österreich herübergeschwappt. Zwar war im Tb-48 der Infoladenvenerler beigelegt, in dem eine Stellungnahme der Autonomen Iranischen Frauenbewegung im Ausland veröffentlicht wurde, sonst hat aber auch uns bisher nix dazu erreicht.

So wäre über eine allgemeine Verurteilung hinaus eine Auseinandersetzung mit den konkreten Klischees und Verfälschungen, mit denen Buch und Film arbeiten, interessant — daß der Film mehr noch als das Buch rund um das Kind konstruiert wird, daß Menschen im Iran weitgehend als absurd, unbegreifbar und persönlichkeitslos dargestellt werden, bis hin zu dem Moment, wo im ersten Augenblick nach "geglückter" Flucht in der Türkei(!) die Fahne von Amiland auftaucht.

Obwohl auch bisher mit Filmen wie "Indiana Jones" etc. rassistische Klischees verkauft wurden, stellt angesichts des Ausspiels von Frauen gegen Menschen in und aus dem Trikont und umgekehrt, der Umgangsweise mit kulturellen Klischees und der Funktion zur Legitimation des Großkrieges dieses Buch/dieser Film eine besondere Qualität dar.

beschäftigten und auch einige Kantone und Städte haben für ihr Personal ein Streikverbot. Bei den Privatangestellten gibt es entweder "absolute Friedenspflicht" oder es darf zu Gegenständen, die *nicht* im Gesamtarbeitsvertrag geregelt sind, gestreikt werden. Diese Situation ist zu einem Gutteil der Befriedungspolitik der Gewerkschaften zu verdanken, die sich damit zu Bündnispartnern der Unternehmer machen.

Unter diesen schlechten Voraussetzungen haben es einige Frauen dennoch nicht gescheut, zu streiken. Ob die Unternehmer,

die Ferienabzüge, Zwang zu Überstunden usw. angekündigt hatten, ihre Drohungen wahr gemacht haben, ist uns noch nicht bekannt.

Der Streik: lustvoll und kreativ

Die Frauen haben sich bewußt lila-pinkviolett angezogen. In Firmen wurden Transparente aufgehängt und Frauen haben sich getroffen, um zu reden, Theater zu spielen und Kaffee (den die Männer gekocht haben) getrunken. Hausfrauen wa-

ren dazu angehalten, nicht zu kochen, putzen oder einzukaufen, sondern auszugehen. Außerdem sollten sie Besen, Pfannen und andere Haushaltsgegenstände ins Fenster hängen. Bäume wurden mit lila Luftballons geschmückt und in den Städten waren Informationsstände aufgebaut.

Alles in allem sollte dieser Tag lustvoll und kreativ werden und die mehrfach unterdrückte Rolle der Frau sichtbar machen.

Frau bekommt richtig Lust, hier auch einmal so etwas zu machen. Was ist, Schwestern, macht ihr mit? ●

Im letzten Tb druckten wir ein Flugli von Frauen ab, die sich dagegen wehrten, daß zu einem Bandauftritt im Flex ein Striptease dazugehörte (nebst sexistischen Ankündigungsplakaten). Folgende Stellungnahme dazu erreichte uns vom Flex (bzw. den Flextypen):

“Und wieder sind die Frauen das Problem” (Zitat Frauenprotestflugi)

Unwahr in der Frauenflugidarstellung ist: 1) Inszeniert war am 31. 5. gar nichts — weder die Band, noch die Veranstalter ahnen den Lauf der Dinge.

2) Die Veranstalter forderten die Protestfrauen zum Gespräch mit den Problemfrauen auf, wollten nicht zu militanten Aktionen aufrufen.

Wahr ist: Die Protestfrauen wurden mit Gewalt daran gehindert, den Strom ein 4. Mal auszuschalten. Die daraus resultierenden Sicherheitsprobleme für alle konnte die Flexcrew nicht verantworten. Abgesehen davon lehnen wir Lichtabschalten — der totale schwarze Balken — also Zensur in diesem Fall ab.

3) Die Typen reagierten auf das Entkleiden der Frauen nicht übermäßig lustern. Auch ist der Flexraum von der Bühne her

abfallend, so daß man/frau meistens nur Köpfe sieht.

Im übrigen verweise ich auf den Grundsatz "... und der Kunst ihre Freiheit." Der frei gewählte künstlerische Ausdruck, im Rahmen eines Auftritts — und fällt dieser in den Augen der Zuschauer noch so peinlich bzw. verletzend, primitiv aus — muß geachtet werden. (Und hier ist nicht die Rede von politischer Agitation bzw. Gewaltverbrechen jeglicher Art und Weise bzw. kommerziellem Sex.)

Ein wichtiges Menschenrecht, nicht immer und überall, das bittschön nicht freiwillig abgegeben werden sollte.

In diesem Sinne distanziert sich die Flexcrew vom präpotenten Vorgehen der Protestfrauen. ●

Zur Flex-"Stellungnahme"

Als wir im letzten Tb schrieben, wir hofften auf Stellungnahmen von Leuten aus dem Flex, rechneten wir mit einem ernsthaften Kommentar zur Sache, nicht mit einem derartigen Verschnitt von Versatzstücken bürgerlich-patriarchaler Argumentation:

Bestritten wird in dem Flextext eigentlich gar nichts. Mit der gleichen Argumentation, mit der Pornographen ihre Produkte als "Meinungsäußerung" hinstellen, verkaufen die Flextypen ihren Sexismus als "Kunst".

Kunst ist die Striptease-Show im Flex wahrscheinlich ebenso wie das jüngst wie-

Sexismus Diskussion

ibisher unbetitelt!

Oho, oho! Was muß ich da lesen? Ich lass' mir ja gerade noch einreden, daß die Veranstalter vom "Lauf der Dinge" (sprich: sexistischem Auftreten der Band) nix gewußt haben, aber die Band selbst?! Die Frauen der Band haben sich wohl aus einer ganz spontanen Stimmung heraus ihrer Kleidung entledigt und die armen Typen wußten sich nicht zu helfen ...

Wie nett doch von den aufgeklärten Flex-Typen, daß sie den "Protestfrauen" ein Gespräch mit den "Problemfrauen" angeboten haben. Die Männer selbst geht die ganze Sache ja wohl nix an. Ob Frauen nackt oder angezogen auf der Bühne tanzen — für sie ist es gleichgültig, läßt sie völlig cool und ungerührt. Vielleicht ist es ihnen nicht einmal aufgefallen, daß sich die Frauen ausgezogen haben? Im Frauenflugi stellt sich die Situation allerdings etwas anders dar. Eines scheint ihr Typen jedenfalls zu übersehen: nicht die Frauen, die Männer stellen das Problem dar. Wären die Frauen unter

sich gewesen, wäre die Situation eine völlig andere gewesen!

Ein großes Lob an alle "Szene"-Männer: Laut Flex-Crew ist die Mehrheit von euch nicht "übermäßig" lustern. Es hält sich im ganz normalen, alltäglichen Rahmen. In etwa so, wie die netten Männer, die ihren Arbeitskolleginnen ganz gerne mal einen Klaps auf den Po geben — kleine Aufmerksamkeiten erhalten die Freundschaft!

"Der Kunst ihre Freiheit", "ein Menschenrecht" — Frauen gehören wohl selbst innerhalb der Szene noch nicht so recht zu den Menschen (welche hätte das gedacht), denn sonst hätten auch sie das Recht auf ihre persönliche Freiheit, auf Selbstbestimmung und Integrität. Und es kann mir keiner einreden, die seien nicht eingeschränkt und/oder gefährdet dadurch, wenn Frauen wieder einmal als reine Lustobjekte dargestellt werden.

Zensur in diesem Fall lehnt ihr ab. Da müssen wohl schon ernster zu nehmende

Dinge passieren. Politische. Nicht so lächerliche Fraueng'schlechterin ...

Danke, ihr Typen vom Flex, ihr macht es offensichtlich: die Situation in der Szene ist nicht viel anders, als außerhalb: Frauen, die um ihre Rechte kämpfen, sind "verrückte Weiber". Wahrscheinlich ist es bis zum zweiten Standardsatz von Männern angesichts emanzipatorischen Auftretens von Frauen auch nicht mehr weit: "Die g'hörn amoi alle anständig g'fickt, dann vergehna eana die Bledheiten".

Vielleicht wäre es klüger (diplomatischer) gewesen, trocken und rein sachlich auf den Flexbrief zu reagieren — allein, ich kann nicht. Mich kotzt es'an.

(Flex)Typen, ihr könnt mir gestohlen bleiben, Frauen, organisieren wir unsere eigenen Feste, Konzerte,!!!

Eine vom TATblatt (wutgeladen) ●

*dererrichtete Denkmal des Faschisten Tiso in der Slowakei oder die Werke des Bildhauers Josef Müllner in Wien, wozu der Siegfriedskopf in der Wiener Uni ebenso zählt wie eine Hitlerbüste in der Akademie der bildenden Künste, die nach 1945 abgetragen wurde. Wahrscheinlich ist auch der "Adolf-Hitler-Platz" in einem Hinterhof des zweiten Bezirkes Kunst. Aber wir werden diese Kunst, die ihrem Wesen nach dazu dient, Menschen zu unterdrücken, ebenso verurteilen und bekämpfen, wie jede andere Form von Unterdrückung.

Kritische Kunst hingegen muß sich dem Anspruch stellen, die Befreiung von Menschen zu fordern. Diesen Anspruch sehen wir beim Flexstriptease nirgendwo, im Gegenteil. Daher ist Zensur gerechtfertigt.

Auf jeden Fall hat solche "Kunst" in einem Veranstaltungsort wie dem Flex, das wenigstens nach bisheriger Einschätzung einen emanzipatorischen Anspruch stellt, nix zu suchen. Sofern derartige Veranstaltungen weiter im Flex stattfinden, wird es Sache der (betroffenen) Frauen sein, über die weitere Vorgangsweise zu entscheiden (z.B. Boykottaufwurf).

Die Argumente zum Konzert — nachzulesen im Frauenflugi auf Seite 22 in Tb minus 46 — sind nach wie vor aufrecht. Punkt 1) — "Ahnungslosigkeit" der Veranstalter — und Punkt 3) — "war ja eh alles nicht so schlimm" des Flextextes entlarven sich demgegenüber von selbst.

Interessant ist hingegen Punkt 2): wieder einmal sollen Frauen gegeneinander ausgespielt, sollen "Problem"frauen gegen "Protest"frauen gestellt werden (werden sogar "zum Gespräch miteinander aufgefordert" — wie nett!), während die Typen weiter ihr Ding durchziehen. Die "Sicherheitsprobleme", die für die gewaltsame Verhinderung des endgültigen Abschaltens vorgeschoben wurden, hätten auch verhindert werden können, indem sich die Flexleute der Situation gestellt hätten und den Auftritt beendet oder zum Beispiel mit einer Diskussion über Sexismus fortgesetzt hätten.

Wir finden den Text der Flex Typen eigentlich als eine Frechheit gegenüber dem — ziemlich konstruktiven — Frauenflugi, jedenfalls aber nicht als Antwort. In diesem Sinne distanziert sich das TATblatt von dem präpotenten Statement der Flex Typen. ●

1 paar Typen vom Tb

Literatur:

Catherine A. MacKinnon, Das kalte Herz, in Emma Sonderband 5 "PorNo", Hg. Alice Schwarzer, Köln 1988
 Andrea Dworkin, Ganz linker Friedhof, aaO. (selber Reader)
 Ulrike Davy und Emmerich Talos, Ein Denkmal mit Vergangenheit, im Standard vom 13. November 1990, über den Siegfriedskopfbildhauer Josef Müllner

BOYKOTIER!
 &
SABOTIER!
KARTENTELEFON!

BESUCHEN STATT TELEFONIEREN
 GEGEN DIE ERFASSUNG VON TELEFONDATEN!
 STOPPT I.S.D.N.!

GEGEN JEDEN ÜBERWACHUNGSSTAAT!

79 100 02285

Informationen zum Thema Wertkarten-Telefon

(entnommen aus Interim, wöchentliches Berlin-Info, Nr. 142/ 11.4.91)

Die Umwandlung von Münz- zu Kartentelefonen nimmt rapide zu. Es gibt immer weniger funktionierende Münzfernsprecher. An einigen Stellen gibt es ausschließlich nur Kartentelefone. Telefonzellen sind relativ einfach, und mit geringem Risiko erwischt zu werden, zu zerstören. Diese Aktionen können nicht nur von Gruppen, sondern auch locker von Einzelpersonen durchgeführt werden.

Wir denken, daß durch massenhafte Zerstörungen von Kartentelefonen die Post sich ab einem gewissen Punkt ihre Umstrukturierung nicht mehr "leisten" kann und damit zumindest für West-Berlin die Umstellung auf Kartentelefone verhindert werden könnte.

Unsererseits haben wir dazu einen kleinen Beitrag geleistet, indem wir in der Nacht vom 3.4. - 4.4. in Kreuzberg 41 Kartentelefone durch Verkleben der Tastatur und Verstopfen des Schlitzes unbrauchbar gemacht haben. Beiliegendes Flugblatt haben wir in jeder Telefonzelle hinterlassen:



*Sehr geehrte Telefonkartenbenutzer
 Sehr geehrte Telefonkartenbenutzerinnen!*

Dieser Kartenautomat ist zerstört worden. Leider handelt es sich hierbei nicht um einen Einzelfall; das Verstopfen oder Verkleben der Kartenapparate hat in der letzten Zeit beträchtlich zugenommen.

Diese Entwicklung wollen wir zum Anlaß nehmen, Sie über unsere weiteren Überlegungen in Bezug auf Telefonzellen zu informieren. Vorher möchten wir Ihnen jedoch darlegen, wie unsere ursprünglichen Pläne aussahen.

Durch die Entwicklung der Kartentelefone bot sich für uns eine ungeheure Chance. Wir versprochen uns davon u.a. finanzielle Vorteile. Die Planstellen zur Entleerung der Münzfernsprecher könnten gestrichen werden; wir erhofften uns

insgesamt geringere Wartungskosten. Außerdem konnten wir den Verkauf der Chipkarten von 12,- DM bzw. 50,- DM verbuchen, was uns in Millionenhöhe Gewinne einbrachte. Auch dachten wir, daß der Zeitpunkt ganz günstig wäre, um die Kartenapparate einzu-

führen.

Computerkarten regeln in der Zwischenzeit viele Bereiche unseres Alltags. Denken Sie nur an den maschinenlesbaren Personalausweis und Reisepaß und ab 1.7. an den neuen Sozialversicherungsausweis. — Karten öffnen Türen, sie sind der Schlüssel zum Geldautomaten und Kontoauszugsdrucker. Immer beliebter wird auch der Einkauf mit Computerkarte.

Gegner dieser Entwicklung behaupten zwar, daß durch die massive Verwendung von Computerkarten immer mehr Daten über das Verhalten der Menschen erfaßt und ausgewertet werden können, aber so ist das nun mal in der heutigen Zeit. Außerdem haben wir ja nichts zu verbergen — oder?

Nun aber wieder zurück zum Kartentelefon. Nach einer recht zögerlichen Akzeptanz in der Bevölkerung begannen wir, die Münzfernsprecher rigoros durch Kartenapparate auszuwechseln. Kaputte Münztelefone reparierten wir in der Regel erst gar nicht mehr.

Darüber erreichten wir, daß relativ viele Menschen sich die Chipkarten kaufen. Allerdings erreichten uns vermehrt Beschwerden über kaputte Kartentelefone; damit hatten wir nicht gerechnet. Die Technik der Kartentelefone ist kompliziert, hochempfindlich und in der Reparatur leider sehr aufwendig und daher teuer. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, die Kartenapparate nach und nach wieder durch die herkömmlichen Münzfernsprecher zu ersetzen.

Übrigens: die jetzige Form der Chipkarten, die Sie bei der Post kaufen konnten, sollte nur eine Zwischenphase sein. Unser Ziel war die Einführung der sogenannten personenbezogenen Telekarte. Damit hätten wir automatisch die anfallenden Gebühren registrieren können, aber auch die benutzte Telefonzelle, die gewählte Nummer sowie Zeitpunkt und Zeitdauer der Gespräche. — Dies heißt natürlich nicht, daß wir diese Daten für unlautere Zwecke mißbraucht hätten.

Wie auch immer — wir sehen uns auf Grund der massiven Zerstörungen gezwungen, diese Pläne zu begraben.

Sollten Sie noch nicht abtelefonierte Chipkarten besitzen, so können Sie diese noch bis zum 1.5.91 bei jedem Postamt in bar einlösen. Auf Wunsch erhalten Sie den Gegenwert auch in Groschen!

Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis

Mit freundlichen Grüßen

Telekom
 Deutsche Bundespost

stop europe 92

anti eg caravane september 91

trevi, schengener abkommen, binnenmarkt, weu, new world order,...fast allen linken in europa ist klar, daß sich hinter diesen begriffen nichts gutes verbirgt.

das projekt eg92 der herrschenden, das sie uns mit schlagworten wie "offene grenzen", "harmonisierung der bestehenden rechtsvorschriften" usw. als demokratischen, aufgeklärten fortschritt verkaufen wollen, ist nichts anderes als eine modernisierung, effektivitätssteigerung und ausweitung kapitalistischer strukturen: europa als konkurrenzfähige dritte weltmacht gegen japan und usa.

notwendige konsequenz im interesse der herrschenden ist es eine europaweite politische und militärische umstrukturierung durchzusetzen (neue ausländernengesetzgebung - flüchtlingspolitik; sicherheitsverteidigungspolitik, repression; eg-binnenmarkt, umweltpolitik, bio- und gentechnologie) bzw. umstrukturierung aller lebensbereiche:

1. ökonomische umstrukturierung auf high tech/völlige zerlegung und individualisierung des produktionsprozesses, d.h. "leere" arbeit — entfremdung total (teilzeit-abrufarbeit), freizeit als doppelte ausbeutung

2. durchsetzen der erforderlichen gesellschaftsstrukturen:

zerlegung und neustrukturierung nach den reinen kapitalinteressen (nach us-vorbild) von medien, gewerkschaften, unis, schulen

institutioneller faschismus auf neuer stufe, völlige zerlegung und zerstörung von identität und sozialen strukturen, totale individualisierung, kritik- und identitätslose konsumhaltung ist erwünscht

3. ausbau der gesellschaftlichen kontrollapparate in west-europa: neues sicherheitspolizeigesetz in österreich, neue geheimdienstgesetze, bullenzusammenarbeit - versuch, ein europäisches bundeskriminalamt zu schaffen, potenzierung der überwachung: neuer personalausweis, kameras, volkszählung usw.

eg 92 ist längst nicht so unangreifbar und ohne innere widersprüche, wie uns die herrschenden glauben machen wollen. hinter den kulissen findet ein tauziehen um vormalstellungen, nationalen interessen vs. eg-interessen, differenzen in der militärpolitik und um die integration osteuropäischer staaten statt.

viele gruppen in europäischen staaten, ob eg-mitglied oder (noch) nicht, haben sich kritisch mit dem "vereinten europa" beschäftigt und es ist zu ansätzen von widerstand im linken spektrum gekommen (häuserkampf..., antifa..., revolutionärer frauen lesben kampff..., regionale autonomiebewegung in euskadi und nordirland...)

in dieser situation ist es notwendig einen gemeinsamen kampff gegen eg 92 nicht nur national, sondern über die europäischen

grenzen hinaus zu organisieren und zu vernetzen.

durch die entwicklung unseres kampffes in europa und international schaffen wir den durchbruch das imperialistische system überall auf der welt in die krise zu stürzen und greifbar zu machen.

zum projekt anti-eg-caravane

eine möglichkeit der vernetzung und öffentlichkeitsarbeit sehen wir in der STOP-EG-CARAVANE, die durch 7 europäische länder führen soll. die idee zu diesem projekt entstand 1990 in einem internationalen zusammenhang und hat bereits konkrete formen angenommen.

eine möglichst grosse gruppe von aktivistInnen reist mit einem bus und ev. weiteren fahrzeugen durch verschiedene größere städte europas, deren lokale szene sich bereit erklärt hat, die karawane aufzunehmen. gemeinsam werden im rahmen von aktionstagen veranstaltungen, workshops, konzerte und ev. demos durchgeführt. die vorbereitungsgruppe erstellt zuvor einen mehrsprachigen reader mit inhaltlichen positionen und diskussionsgrundlagen sowie soli-plakate (auch in wien erhältlich zu einem solidaritätsbeitrag von 20.-)

inhaltlich arbeitet die veranstaltungsgruppe in drei großen themenbereichen:

1) eg-flüchtlingspolitik und der widerstand dagegen

2) repression und knast, fahndungsmethoden

3) politische, wirtschaftliche und militärische strukturen der eg (eine thematische erweiterung in den städten ist erwünscht: siehe vorläufiges programm unten, welches in wien stattfinden soll)

das weitere programm der caravane besteht aus:

multimediashow (widerstand aus dortmund)

performancegroup "nothing happens" zwei bands aus lyon und rotterdam

videos

anti-patriarchats-diskussion

alternativmedizinworkshop

t-shirt druck workshop

tatooshop

jongleurInnen

artistInnen

vorläufiges programm in wien

ist noch ein provisorium und hängt von eurer phantasie ab, wies werden kann

wir brauchen noch ganz viele, viele mitarbeiterInnen und ideen

montag 2.9. infostände irgendwo in wien

mittwoch 4.9. zu den themen umwelt, transit,

neutralität (veranstaltungsort noch nicht klar)

donnerstag 5.9. soziales, arbeitswelt im B.A.C.H., bachgasse

spaziergang zu den von der räumung bedrohten häusern in leobersdorf, die von menschen aus anderen ländern bewohnt werden, fest in leobersdorf

freitag 6.9. multikulturelles fest in der arena: musik, performance, kabaret, multimedia show, infostände, essen, trinken, spaß.....

samstag 7.9. vormittag vielleicht demo, nachmittag kinderfest im wielandpark, e.k.h. wielandgasse 2-4, abend abschlussdiskussion, kleines fest, was uns einfällt....

die karawane ist

am...	in...
15.8.-22.8.	leiden, den haag, rotterdam
24.8.-27.8.	dortmund
29.1.-1.9.	rhein-main area
4.9.-7.9.	vienna
10.9.-19.9.	milano
21.9.-24.9.	bern
26.9.-3.10.	lyon
5.10.-7.10.	barcelona
10.10.-15.10.	donostia, bilbao

während dieser tage wird es zwei ausstellungen zu eg und widerstandsformen geben, arbeitsgruppen zu den themen, programm der caravane wird noch eingeflochten, videos,...

veranstaltungen zu folgenden themen:

+ asyl und antifa, ein expo-spaziergang und expo-veranstaltung

+ antipatdiskussion

+ zum revolutionären frauen lesbenkampf (im frauenzentrum, währingerstr.59)

für die aktionswoche brauchen wir immer noch ganz viel unterstützung!!!! politische und kulturelle mitarbeit: solikonzerte von lokalen bands organisieren, solifeste, -disco etc., damit wir diese tage finanzieren können.

außerdem benötigen wir ganz viele spenden PSK-77013374!

es wird volkküchen geben

auch schlafplätze werden benötigt, meldet euch zahlreich!

plenium jeden dienstag um 19 uhr im ekh wielandg.2-4, im info-cafe (portiersloge)•

Betrifft: Betrifft



Achtung!
Ver(w)irrungsgefahr!

Kurdistan/Türkei: Gezielte Schüsse auf DemonstrantInnen

Bei der Beisetzung eines ermordeten Revolutionärs schoß die türkische Polizei gezielt in die Menge: 50 Tote, mehrere hundert Verletzte. Indessen sind sich die Oppositionsparteien mit der Regierung einig: die Türkei darf nicht gespalten werden. Demonstrationen und Streiks breiten sich aus.

Mustafa Akgün/TATblatt-Wien)

Rund 80.000 Personen nahmen am 10. Juli teil an der Beisetzung von Vedat Aydin, Vorsitzender der HEP¹ im Bezirk Diyarbakir und zwischen 4. und 6. Juli von Killern des türkischen "Gladio" Ableger ermordet. Aydin, der oftmals verhaftet wurde und neben seiner politischen Funktion auch aktiv in der Menschenrechtsorganisation IHD mitmischte, war den türkischen Sicherheitsbehörden schon lange ein Dorn im Auge. Am 4. Juli wurde er von zwei Personen in der Nacht von zu Hause abgeholt. Zwei Tage später wurde er erschossen und schwer mißhandelt hunderte Kilometer entfernt gefunden.

Daß die Leiche nicht versteckt wurde, soll vermutlich zur Einschüchterung des kurdischen Volkes dienen. Das auch als antikurdisches Gesetz bezeichnetes "Anti-Terror-Gesetz" sollte seine Wirkung zeigen und beweisen: Ankara ist bereit, alles aufs Spiel zu setzen.

Zum Massaker am 10. Juli

Spezialeinheiten der türkischen Armee schossen ohne Warnung gezielt auf friedliche DemonstrantInnen. Die Bilanz: rund 50 Tote, hunderte Verletzte. Auch Parlamentarier der HEP wurden verletzt. Sämtliche Abgeordneten der HEP wurden schwer verletzt und befinden sich im Krankenhaus. Die DemonstrantInnen leisteten mit Steinen und Stöcken zwei Tage lang Widerstand.

Opposition gleich Terrorismus

Lange Zeit hat die Türkei für ihre Menschenrechtsverletzungen in der Weltöffentlichkeit als Bollwerk des Westens (bzw. der NATO) gegen den Kommunismus Akzeptanz gefunden. Nach der Umwälzung heißt das neue Motto "Terrorismus". Der ideologische Fraß von Bush gegen Emanzipationsbestrebungen wurde zur Überlebensstrategie für das faschistische Regime in Ankara.

"Anti-Terror" heißt der neue Kreuzzug gegen Andersdenkende, in der Türkei aber vor allem gegen KurdInnen. Bauern, Arbeitende, Studierende werden als angebliche TerroristInnen täglich hingerichtet. Nach dem neuen Antiterrorgesetz ist jede Person und jede Organisation, die der Regierung droht oder sie unter Druck setzt, ein TerroristIn. GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen, die den Internationalen Gerichtshof anrufen wollen und damit die Regierung bedrohen, gelten nach dieser Rechtssprechung als TerroristInnen und werden exekutiert oder eingesperrt.



Tanzende Kurdinnen und Kurden beim Hungerstreik. Widerstand heißt nicht nur passives Leiden, heißt sich die Freude nicht nehmen lassen...

Beschwerden seitens der Bevölkerung werden über den Staatsanwalt abgewickelt. Die Anklage kann nur durch eine Prüfung im Innenministerium und örtliche Stellen — im allgemeinen die Polizei — erfolgen. Also muß der Gefolterte erst der Polizei beweisen, daß er von der Polizei gefoltert wurde.

Die Regierung erklärte in einer ersten Stellungnahme, daß die Betroffenen mit einem solches Vorgehen rechnen müßten (??), wenn sie die Türkei spalten wollten. Jeder solle sich bewußt sein, daß die Regierung nicht dulden würde, daß die Einheit der Türkei gefährdet wird. Darin ist sich auch die (parlamentarische) Opposition einig mit der Regierung. İnönü, Vorsitzender der SHP² und Demirel von der DYP³ erklärten ihre Loyalität mit dem Militär. Ecevit von der DSP⁴ geht noch weiter und wünscht eine Hinderung der kurdischen Bewegung im Irak, damit die kurdische Befreiung total gelähmt wird.

Mittlerweile breiten sich Boykott und Demonstrationen aus: In Cizre, Nusaybin, Silopi, Mardin, Urfa und in den türkischen Metropolen gehen tausende Menschen trotz Lebensbedrohung für Menschenrechte und gegen Staatsterrorismus auf die Straße. Ebenso gibt es Hungerstreiks in allen Städten der Türkei und Kurdistan und vielen größeren Städten in Europa.

Gleich nach dem Massaker in Diyarbakir startete die kurdische Guerilla PKK eine

Gegenoffensive gegen das türkische Militär. Zum erstenmal wurden dabei Militärlasernen in den Städten am Tag zur gleichen Zeit angegriffen. Nach der offiziellen Berichterstattung der Regierung wurden zahlreiche Soldaten, darunter auch Offiziere, getötet, die Guerilla konnte sich ohne Verluste zurückziehen.

Hungerstreik in Wien

Um sich mit ihren Landsleuten zu solidarisieren, befinden sich tausende Kurdinnen und Kurden in über hundert europäischen Städten im Hungerstreik. Auch in Wien sind 35, in Linz rund 30 KurdInnen seit dem 14. Juli im Hungerstreik, der als Dauerkundgebung am Karlsplatz öffentlich gemacht wird. Die Aktion soll fortgesetzt werden, solange ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Sie fordern:

- Das österreichische Parlament soll durch eine Resolution das Vorgehen des türkischen Staates verurteilen.

- Entsendung einer Delegation, um die Verbrechen des türkischen Staates in Kurdistan an Ort und Stelle eingehend zu überprüfen.

- Den sofortigen Stop aller wirtschaftlichen, militärischen und politischen Hilfen an die türkische Regierung.

- Die Freilassung der bei den letzten Ereignissen inhaftierten, sowie eine Untersuchung über den Verbleib hunderter Vermißter durch das österreichische Außen-

amt.

● Vorbringen der türkischen Terrorpolitik in Kurdistan vor die Menschenrechtskommission des Europäischen Rates durch die österreichische Regierung.

In Wien wurde der Hungerstreik am 26. Juni abgebrochen, weil die Forderungen (wenigstens teilweise) erfüllt oder ihre Erfüllung zugesagt wurde. In anderen Städten gehen die Aktionen jedoch weiter.

Kontaktadresse:

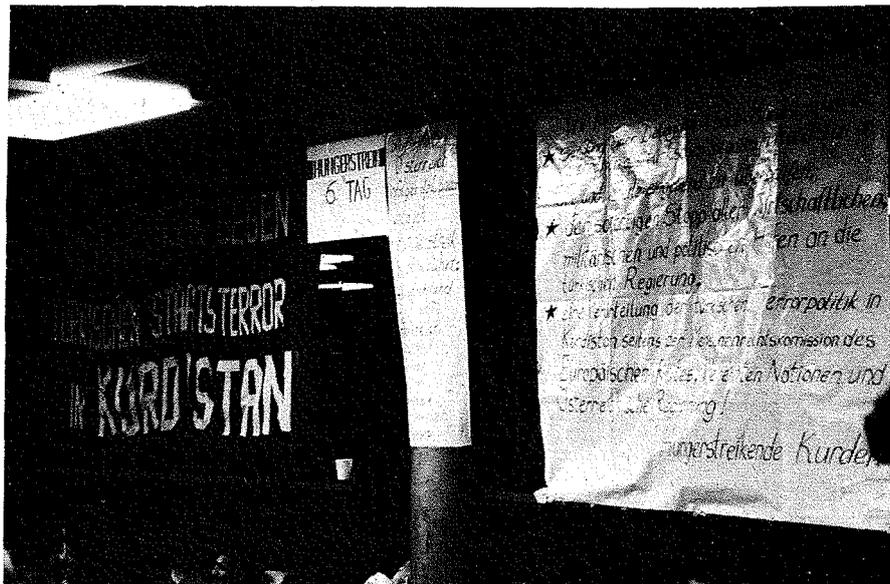
KTB

Linke Wienzeile 78

1060 Wien.

Telefon: 0222/587 42 68

- 1 Partei der Arbeit des Volkes
- 2 Sozialdemokratische Volkspartei
- 3 Partei des gerechten Weges
- 4 Demokratische Linkspartei



Dokumentation: Pressemitteilung des Kurdistan-Komitees in Österreich vom 10. Juli 1991

Beerdigung des von Todesschwadronen des türkischen Staates ermordeten HEP-Vorsitzenden von Amed/Diyarbakir wurde zu Massendemonstration gegen den türkischen Staatsterror 20 Tote und viele Verletzte durch Schüsse auf die Masse – Bomben aus Hubschraubern auf Busse

Heute, am 10. Juli 1991 wurde Vedat Aydin in Diyarbakir beerdigt. Vedat Aydin war am 4. Juli von vier als Polizisten verkleideten Männern unter dem Vorwand, eine Aussage aufnehmen zu wollen, aus seinem Haus verschleppt [worden]. Seine Entführer waren Mitglieder der Todesschwadronen des "Amtes für Spezialkrieg" der Türkischen Republik. Schon als seine Leiche gefunden wurde und sich herausstellte, daß Vedat Aydin grausam gefoltert und ermordet wurde, erhob sich in ganz Nordwest-Kurdistan (türkisch besetzter Teil unseres Landes) eine Welle des Protestes gegen diesen erneuten Akt des Staatsterrors.

Heute, am Tag der Beerdigung, die zur Massendemonstration gegen diesen Staatsterror wurde, antwortete das türkische Regime mit grenzenloser Steigerung ihres Terrors gegen die kurdischen Massen.

In Diyarbakir stand das Leben heute still. Alle Geschäfte beteiligten sich an der Rolladenschließaktion, die Atmosphäre war äußerst gespannt. Schon gestern Nacht ab 24.00 wurden alle Menschen, die nach 24.00 auf der Straße angetroffen wurden, verhaftet und erst heute morgen wieder freigelassen.

Ab 13.00 war die ganze Stadt mit Kommandoeinheiten und Panzern umzingelt, die Telefonleitungen kritischer Zeitungen unterbrochen und er herrschte Ausgangsverbot.

Aus allen Teilen des Landes kamen unendlich lange Fahrzeugkolonnen mit Menschen, die an der Beerdigung teilnehmen wollten, darunter auch der Generalsekretär der HEP¹ und Abgeordnete.

Um 16.00 wurde der Demonstrations-

zug von über 30.000 Menschen von Polizisten und Soldaten angegriffen und auseinander geschlagen. Zwischen Polizei/Militärkräften und etwa 10.000 Demonstranten entwickelte sich eine Straßenschlacht, die immer heftiger wurde. Es heißt auch, daß die Guerrilla unterstützend eingegriffen haben soll. Bis 16.30 wurden drei Tote und 30 Verletzte durch Schüsse von Zivilpolizisten bekannt. Abgeordnete von Diyarbakir waren am Nachmittag in einem Hotel eingekesselt.

Bei einem Verkehrsunfall auf dem Weg nach Diyarbakir zur Beerdigung kamen fünf Menschen ums Leben und mehrere wurden verletzt.

Ein aus 7.000 Fahrzeugen bestehender Konvoi wurde am Stadtrand von Diyarbakir von Polizeikräften angegriffen, die Menschen verteidigten sich mit Stöcken und Steinen. Der HEP-Generalsekretär Fehmi Isiklar hielt eine Rede, dann setzte sich der Zug Richtung Friedhof in Bewegung. Der Sarg Vedat Aydins war in eine PKK²-Fahne gehüllt und es wurden ständig Parolen gegen den faschistischen türkischen Staat und für den nationalen Befreiungskampf Kurdistans und die PKK gerufen.

Spezialteamkräfte und Zivilpolizisten eröffneten das Feuer auf die Demonstranten. Alle marschierten jedoch entschlossen weiter. Etwa 30.000 Menschen erreichten den Friedhof im Stadtteil Mardinkapi und begannen dort einen Sitzstreik. Die ganze Gegend um den Friedhof wurde umzingelt und die staatlichen Sicherheitskräfte verwehrten der Presse und Abgeordneten den Zugang.

10.000 Menschen, die aus Mardin ge-

kommen waren, wurden bereits vor der Stadt aufgehalten. Auch in Batman, Ergani und Diyarbakir [?] fanden Protestaktionen wie Rolladenschließung statt. Später wurde dann der Bus des HEP-Generalsekretärs Fehmi Isiklar und der Abgeordneten mit von Hubschraubern abgeworfenen Bomben angegriffen. Dabei wurden der HEP-Generalsekretär Fehmi Isiklar und die Abgeordneten Ibrahim Aksoy, Ahmet Türk, Adnan Ekmen und vom HEP-ZK Ibrahim Incedursun, Sirri Sakik verletzt und ins Krankenhaus eingeliefert. Incedursun hat schwere Schußverletzungen und Fehmi Isiklar wurde durch Knüttelschläge und Fußtritte schwer verletzt, auch seine Lage ist bedrohlich.

Am späteren Nachmittag befanden sich mehrere hunderttausend Demonstranten in und an den Zufahrten von Diyarbakir.

Soeben erreicht uns die Nachricht, daß es inzwischen 20 Tote gibt und viele Journalisten der kurdischen Zeitung *Yeni Ülke*³ und Mitglieder der Menschenrechtsvereine und Rechtsanwälte schwer verletzt worden sind und [es] von vielen keine Spur gibt.

Der HEP-Abgeordnete der Provinz Kars, Mahmut Alinak, erklärte telefonisch von Demir Hotel: "Wir wurden Zeugen davon, daß der Staat offiziell den Krieg eröffnet hat. Es wurde ohne jeden Grund auf die Menschen geschossen, wer immer zu treffen war. Viele Menschen sind tot oder verletzt." ●

10. Juli 1991, 21.45 MEZ

¹ Partei der Arbeit des Volkes

² Arbeiterpartei Kurdistans, Guerrillaorganisation

³ Neue Heimat

Betrifft: TATblatt

Spät aber doch!

Eigentlich hätte dieses TATblatt ja schon viel früher erscheinen sollen, nämlich am 2. Juli, aber da ist leider allerhand dazwischen gekommen. Das letzte TATblatt, die Minus-46-Nummer, die am 18. Juni herausgekommen ist, war zwar versehentlich um ein Monat vorausdatiert, aber das hat auch nicht unbedingt eine tatsächlich erscheinende Nummer ersetzt.

Wie ist es aber nun zu der großen Pause gekommen? Nunja, begonnen hat es damit, daß es drucktechnische Schwierigkeiten gegeben hat (die Entwicklungsmaschine war kaputt). Daraufhin wurde der Produktionstermin verschoben (Da wir die Druckerei nur mitbenützen, ist eine solche Terminverschiebung gar nicht mal so unkompliziert). Beim Ersatztermin ging die Maschine aber wieder nicht, und dieses Spielchen wiederholte sich dann gleich ein paar Mal. Gelegentlich gelang es aber dennoch die eine oder andere Druckplatte fertigzustellen. Allerdings wurden zahlreiche Zeitungsinhalte durch die ewigen Verschieberein immer unaktueller, neue Artikel kamen dazu, usw. usf. Also mußte die des Druckens harrende Zeitung immer wieder umgestellt werden, und das, aus Sparsamkeitsgründen, unter möglichst vollständiger Verwendung der bereits fertiggestellten Druckplatten. Alles in allem kein leichtes Unterfangen. Aus diesen Schwierigkeiten rührt es nun auch her, daß die Seitenaneinanderreihung in dieser Ausgabe ein gewisses chaotisches Stadium erreicht hat, was uns zwar nicht unbedingt recht, dafür aber billig ist. (Wie hoch das Chaosstadium sein wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ganz abzuschätzen. Das wird sich wohl erst in der Druckerei herausstellen. Im Moment weiß eigentlich keiner mehr so richtig was die und der andere tut.)

Auf alle Fälle finden sich in diesem TATblatt gleich mehrere voneinander unabhängige "Betrifft TATblatt", die Kolumne, die ja bekanntlich immer so eine Art nachgereichtes Editorial darstellen soll. Diese "Betriffts" sind in dieser Ausgabe während der verschiedenen Produktionsphasen entstanden und konnten aus den oben genannten produktionstechnischen Gründen nicht oder nur mangelhaft korrigiert oder ersetzt werden.

Dieses, nun von gerade von die gelesene "Betrifft: TATblatt" ist das einzige gültige "Betrifft: TATblatt" in dieser Ausgabe! Allfällige weitere "Betrifft: TATblatt" sind daher als gegenstandslos zu betrachten!

(Welche oder welcher BETRIFFT nachmacht oder nachgemachte oder verfälschte BETRIFFT sich verschafft und in Umlauf bringt, wird mit BETRIFFT nicht unter zwei Jahren bestraft!)

Was noch zu sagen bliebe: Wir haben für diesen Sommer eine Sommerpause geplant, die wir nun verspätet aber doch auch machen wollen. Das nächste TATblatt wird daher erst Anfang September erscheinen. Eine für die Mitte der Sommerpause geplant gewesene Sommernummer wird allerdings entfallen, da im Zuge der Druckverzögerungen die Sommernummer mittlerweile schon vor der nun vorliegenden letzten regulären Nummer erschienen wäre, und so irgendwie sinnlos geworden wäre. Dafür ist diese Ausgabe nun viel stärker als sonst (soll heißen: sie hat mehr Seiten).

Was in dieser Nummer so alles fehlt, ist in all dem Chaos nun schwer einzuschätzen. Es wird aber ganz bestimmt einiges sein. Nur ganz beispielsweise gibt's nix zum BürgerInnenkrieg in Slowenien, Kroatien und/oder Jugoslawien, und auch nix über die österreichische Rolle dabei. Wir haben uns dazu gewissermaßen überfordert gefühlt. Eine "Im-Zweifelsfalle-gegen-das-Militär"-Lösung erschien uns als politische Analyse doch etwas zu dürrig.

Nun aber zu den schönen Dingen des Lebens: Zum Kampf gegen das Kapital, der innerhalb des TATblatts wieder ganz besonders erfolgreich verlaufen ist. Um aber einerseits das TATblatt weiterhin herausgeben und andererseits die Produktionsbedingungen verbessern zu können (man und frau denke bloß

an die technisch bedingten Verzögerungen bei der vorliegenden Ausgabe), haben wir uns entschlossen, doch wieder Geld zu brauchen.

Wir wollen nun endlich Wasser in unser Büro einleiten, eine seit Jahrzehnten projektierte Dunkelkammer verwirklichen und auf eine betriebs-sichere und selbst-

Kaum zu glauben:
ständige (autonome) Montage-technik umsteigen. Drüberhin aus wollen wir zwar nicht unbedingt, müssen dafür aber umso mehr, die eine oder andere Prozeßkosten begleichen (das vom Ahri-man-Verlag angestrengte Verfahren läuft noch).

Als anzupeilender Geldrahmen, den wir zu bekommen trachten, haben wir uns so etwa 100 000 Öschis vorgestellt. Das klingt im ersten Moment ziemlich viel, ist es im zweiten Moment leider auch noch, kann aber durchaus zusammengebracht werden. Die Frage ist bloß: wie? Und da haben wir wieder einmal an euch gedacht!

Nun ist da die Sache eine solche, daß wir uns aber nicht sehr im Klaren darüber sind, wie

nicht tun. Alle sollen sich nach Möglichkeit, nach Lust und nach Laune an der Zeitung beteiligen. Und die, die Geld haben, sollen sich auch der Verantwortung bewußt sein, die sie haben, wenn sie mittels Zahlen oder Nicht-Zahlen die Entscheidung über Existenz oder Nicht-

Das TATblatt braucht Geld!

Große Spendenkampagne eben angelaufen!

Spenden daher auch Sie massigst auf unser Spendenkonto:

P.S.K. 7547 212 (lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt)

Existenz dieser Zeitung mitreffen.

In Zukunft wollen wir auf jeden Fall alles daransetzen, wieder mehr Geld hereinzubekommen. Außer diesem Spendenaufruf haben wir dazu an eine verstärkte Verkaufsoffensive (hüstel, räusper, ähem) gedacht. Und an eine empfindliche Herabsetzung der Schmerzgrenze bei bezahlten Anzeigen. Bisher waren wir da ja ziemlich wählerisch. Das wollen wir nicht mehr so sein. Dazu wollen wir wiederholt darstellen, daß wir uns finanziell gezwungen sehen, Scheiß-Insertate im TATblatt aufzunehmen (so wie die eine oder der andere in der Schar der TATblatt-MacherInnen und LeserInnen sich ja auch gezwungen sieht, in irgendwelchen

Wie schon an anderer Stelle in diesem Betrifft erwähnt, wollen wir kein Konsumartikel sein. Da aber nunmal alles relativ ist, und wenn schon, dann ordentlich, präsentieren wir nun brandneu und exklusiv:

Der Autonome Warenkorb



AWK 1: 1 TATblatt-Abo für 20 Ausgaben + 1 TATblatt-Leiberl "Stopp dem Autoterror" + 1 TATblatt-Werbeplakat + die historische Minus-101-Nummer, das erste TATblatt von immer und überhaupt!

jetzt nur kurze Zeit um sagenhafte **S 499,-**

AWK 2: 1 TATblatt-Abo für 10 Ausgaben + 1 Bauanleitung für PiratInnensender vom Autonomen Stadtfernsehn/Stadtradio + 1 TATblatt-Werbeplakat + die klassische Minus-101-Nummer des TATblatts

ebenfalls nur kurze Zeit um nicht minder sagenhafte **S 499,-**

Der Super-AWK 3: 1 TATblatt-Abo für 20 Ausgaben + 1 TATblatt-Leiberl "Stopp dem Autoterror" + 1 Bauanleitung für PiratInnensender + 3 TATblatt-Werbeplakate + die einzigartige TATblatt-Minus-101-Nummer

zum Vorteilspreis von nur **S 999,-**

(alle Angebote ohne Gewähr! Die einzelnen Warenkorb-Bestandteile sind freilich auch einzeln erhältlich! TATblatt-Abos für 10 Ausgaben um S 96,-, für 20 Ausgaben um S 190,-, Leiberl um S 100,- plus Porto; Plakate nach Vereinbarung und die Minus-101-Nummer um S 20,- plus Porto. Bestellungen möglichst mittels beiliegendem Erlagschein! Die Senderbroschüre mit doppeltem Kuvert bestellen, wo im inneren Kuvert S 170,- und deine Adresse sein sollte!)

wichtig euch das TATblatt eigentlich ist (klingt jetzt irgendwie ungehobelt). Aber die Preise der Zeitungen und Abos sind ja an und für sich am unteren Limit angesiedelt, daß sich möglichst viele das TATblatt leisten können. Für außer-tourliche Ausgaben fällt da kein Geld ab. Daß wir selbst nur in reiner Selbstausbeutung arbeiten und keinen Groschen für die Zeitungsarbeit bekommen, dürfte sich mittlerweile auch schon herumgesprochen haben. Der Normalfall ist vielmehr, daß die, die die Arbeit verrichten, auch noch das eigene Geld in das Projekt hineinstecken. Das ist für solche Projekte, wie dem TATblatt zwar üblich, aber keineswegs unbedingt leiward. Wir wollen kein Konsumartikel sein. Wir wollen, daß das TATblatt ein Kommunikationsmedium ist, bei welchem sich alle beteiligen. Wir wollen die Grenze zwischen Produzierenden und Konsumierenden aufheben, und ebenso auch die Grenze zwischen denen, die das Geld reinbuttern, und jenen, die das

Scheißfirmen und Schweinekarren zu arbeiten, um Geld zum Leben zu bekommen), auch wenn wir sie absolut verachtenswert finden, und uns alles andere als wohl dabei fühlen. Sexistische, rassistische und faschistische Werbung wird freilich weiterhin abgelehnt, aber wie schwammig so eine Aussage sein kann, könnt ihr euch bestimmt auch vorstellen.

Nundenn: Das Ziel ist 100 000,- bis Jahresende und eine Abosteigerung um 400 Abos. Ansonsten ist mit einer allgemeinen Preiserhöhung zu rechnen! Wir werden laufend über die aktuelle Entwicklung dieses Fünf-Monats-Planes berichten und freuen uns schon zutiefst auf die Übererfüllung des Plansolls.

In diesem Sinne wünschen wir euch allen noch einen schönen Sommer,

Liebe, Kraft und Sonnenschein!
Einer vom TATblatt-Kollektiv

englands erste kolonie (3.teil)

tiocfaidh ar la: unser tag wird kommen. (3.teil)**1) geschichte des widerstandes****A) 1171-1962 in kürze**

1171 errichtete heinrich II mit zustimmung der kirche und der alt-irischen stammesfürsten die "lordschaft von irland". der widerstand gegen die englischen und schottischen siedler, sowie gegen die rassistischen anti-irischen gesetze (z.b.: 1366: "rasen"schranke zwischen irischen und anglo-normannischen menschen) ist in der 800 jahre langen besetzung nie erloschen.

1534 rebellierten die kat. iren und irinnen "unter" dem grafen von kildare erfolglos gegen die fremdherrschaft, 1579 "unter" dem grafen von munster.

england kontrollierte mittlerweile 3 der 4 provinzen irlands-nur ulster war noch eine widerständige gälische provinz.

1595 standen die irInnen im norden erneut auf, wurden aber trotz anfänglicher erfolge 1601 besiegt. als folge der niederlage mußten 100.000 de gälInnen ihr land verlassen, ihre sprache, religion, bräuche und tradition wurde ihnen genommen, und um den widerstand endgültig zu brechen, setzte die plantation (besiedelungspolitik) ein.

1641 rebellierten die irischen landarbeiterInnen und bäuerInnen -zuerst nur in ulster- um ihr land zurückzu"erobern". sie riefen ein nationales parlament ein, proklamierten die unabhängigkeit, die freiheit der religionsausübung und das bürgerrecht für katholik(Innen?)en. 1649 marschierte die englische armee unter cromwell in irland ein, zerschlug den aufstand und massakrierten 1/4 der bevölkerung. 100.000de wurden nach west-indien in die sklaverei verkauft.

im 17. und 18.jhdt wurde die ökonomische entwicklung irlands von G.B. systematisch zurückgehalten und zerstört.

1685 bestieg der katholische james II den englischen thron, und leitete einen umwandlungsprozess in irland ein (rückgabe des landes an irInnen,...). 1688 stürzte william von oranien james II, der daraufhin nach irland flüchtete. hier, in irland, wurde auch der innerenglische streit ausgetragen, wo 1690 william james II. besiegt wurde.

wenn die irischen bäuerInnen und arbeiterInnen gegen die krone aufstanden, kämpften sie auch automatisch gegen die katholische hierarchie.

1798 war nur mehr 5% irlands in katholisch/irischem besitz.

um 1760 schweiften katholische bauernbanden in der gegend umher, und attackierten landbesitzer und ihre helfershelfer.

seit 1720 gibt es belege für combinations (vorläuferin der gewerkschaften).

1791 gründete der protestantische anwalt wolfe tone unter einfluß der französischen revolution die "united irishmen" (gewerkschaft), die die errichtung einer republik anstrebten, und eine interkonfessionel-

le allianz waren. england säte daraufhin sektiererische gefühle zwischen den "united irishmen" und dem "orange order", um die protestantische vorherrschaft und damit ihren einfluß zu sichern. tone meinte, daß nur "männer ohne besitz" für die führung in frage kämen, da diese nichts verlieren könnten.

1798 wurde der aufstand der "united irishmen", die inzwischen geheim organisiert waren, verraten und niedergeschlagen. daraufhin wurde irland teil des "united kingdom of great britain".

1845-51 kam es zur erdäpfelfäulnis, aber england importierte weiterhin getreide aus irland. dadurch verhungerten 3 millionen irInnen, oder mußten fliehen — die meisten in die usa. deshalb entstand der spruch "gott brachte die fäulnis, england die hungersnot".



in den usa entstand 1858 der "bund der fenier" (irish republican brotherhood-IRB) die egalitären und revolutionären gedanken der "united irishmen" weitertrugen. 1867 scheiterte ein aufstand der fenier.

1870 wurde die "home rule league" gegründet, die ein eigenes, aber von england abhängiges irisches parlament forderte. 1874 wurden 60 vertreter ins britische unterhaus gewählt, 1884 dehnte eine reform das wahlrecht aus; die wählenden verdreifachten sich-die zahl der abgeordneten stieg auf 86. nach den wahlen 1885 wurde 1886 der gesetzesantrag auf "selbstbestimmung" von G.B. abgelehnt.

im 18.jahrhdt entstanden die gewerkschaften, die wenig verbindung mit den republikanischen fenier hatten. 2 ereignisse waren für beide bewegungen aber wichtig: 1894 wurde der irische gewerkschaftsverband gegründet, und 1896 kam james conolly in dublin an, und gründete die ISRP (irische sozialistische und republikanische partei - nicht zu verwechseln mit der IRSP/INLA-siehe unten).er vertrat die erichtung einer arbeiterrepublik.

1905 wurde von arthur griffith (journalist) die "sinn féin" (wir selbst) gegründet, die anfangs in der IRB aufging.

1909 gründete larkin (gewerkschafter) die ITGWU (gewerkschaft der transport-u. fabrikarbeiterInnen), conolly (siehe 1896) wurde ihr führender ideologe.

streiks

1907 streikten 100.000 katholische und protestantische arbeiterInnen gemeinsam in belfast, und forderten höhere löhne und das recht auf organisierung. der streik wurde von den englischen führern der hafengewerkschaft gebrochen.

die 1912 eingebrachte irische "selbstbestimmung" wurde erneut auf eis gelegt.

die vertreterinnen der irischen suffragetenbewegung (int. radikale Frauenbewegung) waren die ersten, die in einen hungerstreik traten. 1913 gründeten sie die gewerkschaft irische arbeiterinnen.

1913 versuchten einheimische irische bosse die neugegründete handlungsgewerkschaften zu zerschlagen, indem sie die unternehmen in dublin vereinigten und die tramfahrer(Innen?) ausgrenzten. als reaktion gingen 50.000 (die hälfte) der städtischen arbeiterInnen in den ausstand. sie wurden von den britischen arbeiterInnen unterstützt. nach 6 monaten brach der streik zusammen, weil nationalistische bosse, sinn féin führer, die katholische kirche und die home rule partei mit den unionistischen führern kollaborierte, um den streik zu brechen und um es sich mit den führenden leuten "nicht zu verscherzen".

conolly gründete die "irish citizen army" = "irische bürgerwehr" 1913, um die streikposten vor angreifenden polizisten zu schützen, und kämpften (bewaffnet) für sozialismus und irische unabhängigkeit. gleichzeitig wurden in südirland die "irish volunteers" = irische freiwillige von mac neill (sinn féin angehöriger) gegründet, um die loyalistische UVF zu bekämpfen. der IRB reorganisierte sich rein militärisch und schließt sich 1914 den volunteers an, die im sommer schon 180.000 leute zählten. auch die citizen army nimmt die zusammenarbeit mit den volunteers auf.

osteraufstand 1916

die IRB beschloßen einen aufstand ohne die citizen army und die volunteers zu informieren. die versprochene deutsche waffenlieferung von reichskanzler bethmann hollweg scheiterte. obwohl mac neill die mobilisierung zu verhindern versuchte, besetzten 150 bewaffnete männer und frauen am 24. april 1916 das hauptpostamt in dublin, und erklärten irland für eine unabhängige und souveräne republik. die isoliertheit der aktion, die auf dublin beschränkt war, schaffte das schnelle ende des aufstandes. nach einer woche gab es 2.600 verwundete und 450 tote soldaten. die briten rächten sich, indem sie 3.500 republikanerInnen verhafteten, und die hälfte in england internierten. binnen 14 tagen wurden die führer des aufstandes grausam ermordet. das führte zu einer stärkung der republikanischen bewegung, und das vertrauen zu england war völlig zerstört.

1918 fanden unterhauswahlen in irland statt, bei denen die radikal gewordene sinn

féin gewinnt. im jänner 1919 trat das "dail eireann" (= abgeordnetenhaus) in dublin zusammen, und verkündete die unabhängigkeit.

1919: die IRA wird von sinn féin gegründet, die einen guerillakrieg gegen die englische regierung führt.

dezember 1920 verabschiedet das englische parlament die teilung irlands: während die "nord-irischen" protestanten das gesetz befürworteten, lehnte es die republikanische bevölkerung ab.

10.7.1921 wird ein waffenstillstandsabkommen unterzeichnet.

6.12.'21: 5 sinn féin delegierte unterzeichneten die teilung irlands. die 6 counties bleiben britisch (s-irland wird zum freistaat, bleibt aber im commonwealth (=zusammenschluß größter teile des britischen empires)).

1921-1923:befreiungskrieg

7.1.'22: das irische parlament nahm den vertrag der teilung irlands 64:57 an. 11 von 18 IRA-divisionen teile der IRA bekämpften die teilung weiterhin. um den widerstand zu brechen wurden willkürlich 728 katholikInnen 2 1/2 jahre interniert.

1922: die "special powers act" (=ermächtigungsgesetze: sondervollmächte für militär und polizei) wurden in den 6 counties erlassen. london stellte der irischen regierung ein ultimatum, gegen die IRA vorzugehen, was sie auch machte, indem sie das von der IRA besetzte dubliner gerichtsgelände mit kanonen beschoß. nach 5 tagen wurde der widerstand gebrochen, der auf dem land fortgeführt wurde.

27.8.'22: 77 republikaner wurden durch neuerlassene kriegsgesetze hingerichtet.

mai '23: waffenstillstandsabkommen wurde erzwungen - die IRA mußte in den untergrund, weil es keine amnestie gab.

1924 bestätigt die grenzkommision die teilung. der ministerpräsident des freistaates wurde von einem großen teil der bevölkerung kritisiert.

'24-'66 in kürze:

'32-'35: streiks und unruhen in den 6 counties, die von protestantischen und katholischen arbeitslosen und arbeiterInnen gemeinsam getragen wurde. durch politische konfessionelle hetze wurde diese solidarität zerstört.

fine gael (=stamm der gälén) wurde 33 gegründet, und 700 von ihnen kämpften auf der seite francos (spanien).

'35: die jährlich bzw./od./je nach gebrauch alle 5 jahre erneuerten ausnahmegesetze werden dauerhaft.

'36: ermordete die IRA den englischen vizeadmiral henry boyle sommerville und wurde für illegal erklärt.

'37: schaffte die südirische regierung den "unabhängigen" staat eire und erhob anspruch auf die 6 counties.

'38-'45: führte die IRA eine kleine bombenkampagne in den 6 counties-solange wurde auf der ganzen irischen insel ohne gerichtsverfahren interniert.

'49: die süd-irische regierung ruft die republik irland aus. das hatte keine auswirkungen auf die beziehungen zu G.B.

'55: irland trat der UN (vereinte nationen) bei, aber nicht der NATO, unter berufung auf die neutralität.

'56-'62: die IRA führte eine kampagne gegen die teilung irlands durch (border campaign).

B) 1966 bis heute

1966 in derry, nach einem gedenkmarsch an den osteraufstand 1916, formierte sich eine 7-köpfige gruppe von jugendlichen zur YRA (young republican association). sie sprachen über gerrymandering (einteilung der wahlkreise zugunsten der protestantInnen), eine stimme pro haushalt (hausbesitzerInnen hatten mehrere), und die special powers act, aber die nationalistInnen zeigten kein interesse oder lachten sie aus. die menschen nutzten auch nicht die offiziellen beschwerdekanäle gegen diskriminierungsklagen waren ohnehin sinnlos. in ihrer ersten aktion widersetzten sie sich den rauswurf einer familie, indem sie das haus verbarrikiadierten. sie hatten erfolg-die familie bekam eine andere wohnung nach 6 wochen zugewiesen. die menschen sahen, daß widerstand möglich war, und immer mehr riefen die YRA zu hilfe, die ihre unterstützung von der eigeninitiative der betroffenen abhängig machten. für die katholische öffentlichkeit waren sie die einzigen, die sich wehrten. die direkten aktionen der YRA fanden anklang bei den noch damals existierenden jungsozialistInnen der labour partei.

so entstand ende 67 die DHAC (derry housing action committee). sie stellten posten vor häusern der spekulanten auf, schützten wohnungsbesetzende familien vor gerichtsvollziehern, und strengten stadtratsitzungen. sie erkannten bald die bedeutung der medien, und so verging bald keine woche mehr, in der sie nicht auf diskriminierung und wohnungsnot aufmerksam machten.

1967 gründete sich auch die NICRA (northern ireland civil right committee), ein zusammenschluß aus liberalen, sozialdemokratischen und linken organisationen. sie organisierten für den 5.10.68 eine demo durch derry. die apprentice boys (siehe teil 1) suchten sich die selbe route für den selben tag aus. der n-irische innenminister verbot daraufhin beide demos. die moderate und konservative führung der NICRA zögerte. die YRA und DHAC wagten die konfrontation, aber niemand rechnete mit den mißhandlungen der 500 demonstrantInnen-eine stattliche zahl für die damalige zeit-vor laufender kamera. derrys arztInnen zählten 77 schwerverletzte- die welt war über die brutalität entsetzt und die wut der katholikInnen von derry regte sich.

bürgerrechtsmarsch von

belfast nach derry

für den 1.1.'69 organisierten die belfaster mitglieder der linken studi-organisation PD = people's democracy, einen marsch. von 80 menschen die loszogen kamen nur 30 an. sie wurden immer wieder von mit schlagstöcken und eisenstangenbewaffneten loyalisten und hilfspolizisten in zivil angegriffen,



bogside, derry 1969

die ian paisley aufgehetzt hatte. die polizei knüppelte natürlich auch kräftig mit. die demonstrantInnen forderten gleiche vergabe von wohnungen, keine diskriminierung auf dem arbeitsmarkt, gleiches wahlrecht und aufhebung der ausnahmegesetze.

die schlacht um die bogside

am 4.1.69, um 2 uhr nachts, stürmten polizisten das katholische viertel "bogside" in derry: sie zerschmissen fensterscheiben, traten türen ein und prügelten sich durch wohnungen. die nationalistInnen hatten sich zuvor gegen den PD-Marsch ausgesprochen, jetzt formierten sie sich zu "citizen army", errichteten barrikaden und hißten die irische trikolore. die bürgerInneninitiative entwickelte sich schnell zu einer bewegung, die die nationale frage stellte.

im april '69 erschlug die polizei, einen katholiken bei einer razzia — der erste tote des bis jetzt andauernden konflikts.

free derry — free belfast

am 12. august marschiert der oranien order durch "ihr" derry direkt entlang der bogside, und die RUC sicherte den marsch. ein paar bogside demonstrantInnen wurden schnell in ihr viertel zurückgetrieben. dann hagelte es molliés gegen die RUC, und barrikaden wurden errichtet. die RUC setzte tränengas und gummigeschosse ein, wurde aber von den petrol bombs schleudernden jugendlichen gestoppt. die örtliche molkerei beklagte nach drei tagen den verlust von 43.000 flaschen.

"free derry" war geboren, in dem sich für die nächsten drei jahre keine uniformierten blicken lassen konnten, und in dem die IRA — die bis dahin de facto nicht existierte (an den mauern tauchte der spruch: "ira = i run away" auf) — sich wiederbelebte.

am 14. august '69 setzte gb labour pre-

mier harald wilson das militär ein, zum ersten mal seit jahrzehnten. viele katholikInnen glaubten, daß die armee zu ihrem schutz da wäre — ein irrtum, wie sich bald herausstellte. die army übernahm die aufgabe der RUC, die ungerechtigkeit blieb. als reaktion daraufhin wurden nun unbewaffnete soldaten angegriffen. zuerst wurden steine, dann nagel- und benzinbomben geworfen, und manche nahmen dann ein gewehr in die hand.

in belfast griffen loyalisten wenige tage nach der schlacht um die bogside in derry katholische straßenzüge an und brannten 150 häuser nieder.

im september bestätigte eine regierungskommission, daß die klagen, welche die nationalistInnen zuvor gegen das immer gewalttätiger werdende vorgehen der b-specials eingebracht hatten, gerechtfertigt seien. die b-specials wurden aufgelöst und durch die UDR ersetzt.

im juni '70, als loyalisten die katholischen straßenzüge "short strand", welche inner-

bedrängten katholischen/ nationalistischen bevölkerung, der nordirische staat ist nicht reformierbar, was heißt: für eine wiedervereinigung, vermeidung ziviler opfer um jeden preis.

am 8. märz '71 beginnt die bewaffnete auseinandersetzung der beiden ira's, die jedoch kurz später mit einem waffentstillstand endete.

am 6. feber '71 erschöß die pira den ersten soldaten bei einem schußwechsel in belfast, wo auch 4 leute der pira getötet wurden. am 9. august '71 kam es zur "operation demetrius" und zur internierung (siehe teil 1).

als protest gegen die internierung wurde ein miet- und gebührenstreik organisiert, der von ca. 40.000 haushalten unterstützt wurde.

im oktober kam es zur nichtbezahlung von TV, radio, führungsschein, maut- und pachtgebühren, strom und gas. daraufhin wurden die "schulden" direkt von der sozialhilfe abgezogen.

grenzen und errichtete stahl- und stacheldrahtbarrikaden. als unterstützung kamen paratroopers (1. batallion der fallschirmspringer). etwa 100 jugendliche bewarfen die cs-gas, wasserwerfer und gummigeschoße einsetzenden truppen mit steinen. nach 16.00 uhr, als der aufruhr vorbei war und viele gingen, weil sie die reden schon dutzende male hörten, schossen die paratroopers auf alles, was sich bewegte. 14 männer starben, den meisten wurde in den rücken geschossen, vor allem jungen männern, die etwa den damaligen stereotypen eines irafreiwilligen entsprachen. die briten erklärten, daß sie von der ira angegriffen wurden — daran war kein wort wahr, wie eine britische untersuchungskommission herausfand — die ira hatte bewußt auf jede intervention verzichtet. ende '72 wurde der kommandant des batallions zum ritter geschlagen.

schon vor dem bloody sunday sprachen viele in derry über die ira als "people's army" und "the provos are the people, and the people are the provos". nach der schlacht um die bogside wuchs die zahl derer, die gewehre in die hand nahmen, rapide an, und nach dem bloody sunday standen viele jugendliche vor den republikanischen büros schlange, um sich in die sinn féin einschreiben zu lassen.

spaltung der nationalistInnen

bis zum bloody sunday war die opposition vereinigt. danach spaltete sich der mittelstand, klerus und alle, die etwas zu verlieren hatten, ab und entwickelten "konstitutionelle" widerstandsformen, die mit den ungeduldigen jugendlichen auf der straße nichts mehr zu tun haben wollten. (gründung der SDLP, siehe 4.teil, nach der sommerpause)!!!!

bloody friday

am 21. juli '72 unterdrückten die unsicherheitskräfte bewußt die vorwarnung einer belfast ira-brigade, die 22 autobomben plazierte. die bomben verwüsteten in einer stunde die innenstadt; neun menschen starben, 130 wurden verletzt. eine verheerende niederlage für die ira. die ira hatte zwar dem schatzkanzler ein loch ums



halb loyalistischem gebiet liegen, überfielen, trat die PIRA (siehe spaltung der IRA) zum ersten mal bewaffnet in aktion, und eine handvoll verteidigte das viertel in einem nächtlichen feuergefecht. im juli wurde über das katholische west-belfast eine ausgangssperre verhängt, und dreitausend soldaten suchten in den nationalistischen ghettos nach waffen und erschossen fünf katholik(inn?)en.

spaltung der ira

die ira spaltete sich im november 1970 durch die rapide entwicklung der bürgerInnenrechtsbewegung in

a) official ira: klassische sozialistische strategie; etablierung einer demokratie in nordirland, gemeinsamer klassenkampf der katholischen und protestantischen arbeiterInnenklasse, überzeugung der südирischen arbeiterInnenschaft, tritt für die zweistaatentheorie ein (die thoerie stammt von conor guise o'brian, theoretiker der irischen labour partei, und behauptet, daß die kulturellen/politischen/religiösen unterschiede eine wiedervereinigung von nord- u. südирland ausschließen.).

b) pira: republikanische traditionalistInnen, für die militärische verteidigung der

bis jetzt hatten sich nur wenige zur pira gemeldet; ab september '71 flammte der widerstand wieder auf, an dem alle nationalistInnen beteiligt waren. "free derry" ließ jetzt auch keine steuerbeamten mehr hinein, verweigerte steuerzahlung bei gleichzeitigem erhalt der sozialhilfe und verweigerte mietzahlungen; die zugänge zu den vierteln wurden verbarrikadiert. die pira sprengte die halbe william street und die einkaufsstraße im stadtzentrum von derry.

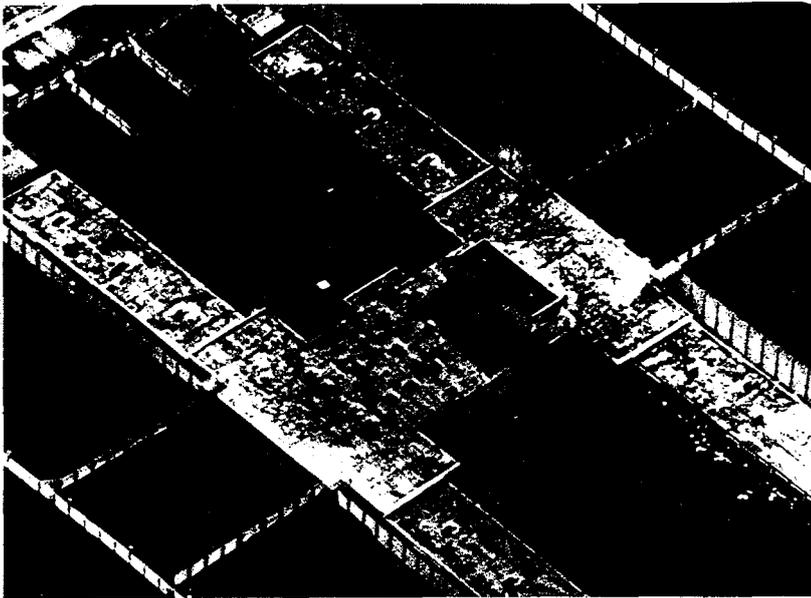
bloody sunday

ende '71 wurden alle demos verboten. am 30. jänner '72 demonstrierten trotzdem ein großteil von derry's nationalistischer bevölkerung gegen die internierungspolitik. die armee wollte die demo auf die nationalistischen ghettos be-

Es gibt T-Shirts mit diesem Motiv, eigenhändig vom Autor des Nordirland Artikels bedruckt...

Bestellungen über's Tb, Adresse siehe Rückseite. á 80 Öschis

**Verein
Bürger
beobachten
das
Fernsehen**



andere ins budget geknallt, aber langfristig nichts bewirkt.

operation motorman

die "sicherheits"kräfte nutzten die provozierte verwirrung der ghettobewohnerInnen über ihre ira — ob ihnen zivile menschenleben nichts mehr wert seien — und begannen mit der operation motorman. mit panzern, schaufelbaggern und 5.000 soldaten griffen sie am 31. juli free derry und belfast an und besetzten inmitten der viertel, öffentliche gebäude. diese bauten sie zu forts aus, um der nationalistischen bevölkerung nie mehr die chance zu geben, sie aus-

zusperren. die ira wurde vor dieser operation gewarnt und konnte sich währenddessen zurückziehen. bei den kommunalwahlen am 30. mai ging die sdip als zweitstärkste fraktion nach der oup hervor.

hungerstreik

1976: kieran nügent, der erste IRA gefangene dem der "special category status" nicht zuerkannt wurde, weigerte sich, die hefkleidung zu tragen. sein einziges kleidungsstück war eine decke. ("blanket protest").

1978 trat er in einen schmutzstreik(dirt strike), indem er sich nicht wäscht und seine

exkremente an die wand schmierte. fast alle IRA gefangenen folgten dem beispiel.

okt/nov '80: 7 IRA & INLA gefangene traten in long kesh bei belfast in einen hungerstreik, um den "special status" als politische gefangene zu erhalten. nachdem der nordirlandminister reformen versprach, wurde er am 18.12.80 beendet. die reformen blieben aus.

1.3.81: bobby sands, "commanding officer" der inhaftierten, trat in den hungerstreik. stufenweise wurde der hungerstreik auf andere IRA & INLA gefangene ausgedehnt, welche die unterstützung vom 1979 gegründeten "national H-block comitee" erhielten (benannt nach der form der hütten in long kesh).viele promis setzten sich für die gefangenen ein.

bei einer nachwahl wurde bobby sands am 24. hungerstreiktag zum unterhausabgeordneten gewählt. daraufhin änderte G.B. das wahlrecht: gefangene dürfen seither nicht mehr kandidieren.

am 5.5.81 starb bobby sands. 100.000de bekundeten ihre solidarität auf dem begräbnis.

2 weitere gefangene im hungerstreik wurden ins parlament von eire gewählt. 9 gefangene starben noch.

nach 216 tagen wurde der hungerstreik beendet. danach führte der nordirlandminister hafterleichterung ein.

am 23.sept 83 brachen 38 gefangene aus dem maze gefängnis bei belfast aus; 19 wurden in den nächsten 2 tagen verhaftet, einige später. ●

Verkehrschaos in Favoriten

Tausende strömten am Freitag den 07.06.91 gegen 20 Uhr dem Ernst Kirchweyerhaus zu. Schon Stunden vorher mußte die Polizei die Zufahrtsstraßen sperren und über den Verkehrsfunk des Radios ergingen 5minütliche Meldungen, den 10ten Hieb großräumig zu umfahren. DER SCHIER UNBESCHREIBBARE ERFOLG einer TATBLATT/AKIN — Soliveranstaltung zur Abdeckung diverser, in der Zwischenzeit natürlich längstens in Vergessenheit geratenen Anwalts- und Gerichtskosten brachte einen ÜBERWÄLTIGENDEN GEWINN. Demgemäß gab's eine ausserordentliche Sitzung aller Verantwortlichen, mit der Themenstellung: Was machen wir mit dem vielen Geld? Es wurden Stimmen laut, die für eine buntere, farbigere Gestaltung der beiden zyklisch erscheinenden Blätter plädierten, andere wollten eine forcierte Werbung und Vertrieb über die üblichen Handelskanäle (wie Trafiken, Buchhandlungen, Verkehrskreuzungskolporteurs). Schließlich gab's aber doch ein Votum für den einzigen, dieser stattgefundenen Treuschafsbekundung Rechnung tragenden Gedanken, nämlich eine Wertanlage mit Gewinnausschüttung für ALLE dieser treuen GenossInnen. Die Redaktion bittet daher Ihre LeserInnenschaften sich möglichst bald, persönlich oder schriftlich zu melden, damit all die nötigen Schritte ordnungsgemäß abgehandelt werden können, und NIEMAND zu kurz kommt. Ja, die Katholen hatten wohl schon visionär gesehen recht, als sie einen ihrer Leitsprüche plakatierten oder propagierten, der da lautet: Wer Gutes tut, dem wird Gutes widerfahren.

Soviel zur subjektiven Wahrheit, zu deren Überprüfung wohl die allerallerwenigsten sich die Basis geschaffen hatten. Eigentlich und eine gewisse Perversion meinerseits vorausgesetzt, teile ich mit, daß jene, die dem Schneider mal so richtig einen Dämpfer wünschten, sich nun vergnügt und vielleicht, da's ja in diesen Kreisen nicht ganz so toll ist, bei derartigem angetroffen zu werden, also vielleicht hinter der Küchentüre die Hände reiben dürfen. Durchaus mit gruppendynamischem Effekt, also gegenseitig oder auch einsam nur die linge mit der Rächten. Insgesamt zeichne ich Kosten von ca. 8000,- Öschis und hereingekommen sind, dank ZUSÄTZLICHER Spenden, ca. 4600,- der selben Währung. Müßig mir wohlgemeinte Ratschläge zukommen zu lassen, alles bereits gegessen. Der Ort war nicht der richtige, der Tag war ganz unglücklich gewählt (1 Jahresfest der Radldemo — lt. Bobby wären da ja etliche dann noch erschienen, aber schmecks). Ehe ich eine durchaus aus Frust geborene sogenannte Kardinalsfrage stelle, nochmals ein Wörterl zum Ort. Kein anderer als dieser verdient eine so oder ähnlich geartete Veranstaltung und deren Besuch, wobei also durchaus auf das Geschmacksdiktat des/der Einzelnen von ihm/ihr selbst Rücksicht genommen werden wird müssen (nicht alle lieben Kreissägenmusik im Sound eines übersteuerten Gettoblasters). Zugegeben gibt's nur wenige Menschen beiderlei Geschlechts dort, die Lust aus ihrem Tun abzuleiten sich selbst gelehrt haben. Und damit wäre auch alles gesagt. Die anderen, die "Jungpunks" müssen erst dahinterkommen und von aussen im Stich gelassen ist dieser steinige Weg wahr-

scheinlich ein unüberwindlicher. Ergo dauert es wohl noch ein wenig und bedarf Geduld, bis "unseren" ästhetischen Ansprüchen "genüge getan" ist. Wie aber schon in anderen Artikeln von mir beschrieben, hungert das Haus nach dieser "Solidarität" von "Aussen". Schlußpunkt, Frage: Wen interessiert eigentlich die AKIN wirklich? Oder das TATBLATT? Sind wir alle von der Selbstverständlichkeit gewisser Einrichtungen schon so überzeugt, eigentlich von diesem "langen ruhigen Fluß" schon so eingelullt, daß eh alles ...

WOLFGang (Christian Schneider)

PS: Keine Sorge, Ihr UNken da draussen vor diversen Türen, es wird keine Schneider-Soliveranstaltung geben, um diverse Schulden auszugleichen, und eines weiß ich auch: Die Differenz zwischen Soll und Haben hätt'ich besser gleich spendet.

P.P.S: 48 Zahlende (geneigte Schätzung WCS)

Du weißt nicht, was du im Sommer tun sollst? Mach doch politischen Urlaub — in Italien!

(A.)

Der vielschichtige und ereignisvolle Kongreß in Venedig — den wir hier nicht resumieren können — erwies zumindest eines: Daß die Zeit, speziell die in den Arbeitsgruppen, zu kurz war, und daß viele das Bedürfnis hatten, der Kongreß und seine innige internationale Verquicktheit "mögen weitergehen". Und tatsächlich, in gewisser Weise geht er, theoretisch-praktisch, auf den drei nunmehr feststehenden Anti-Nato-Sommercamps weiter, die jeweils eine spezifische Thematik haben. Vom 5. bis zum 14. Juli dauert das Lager beim US-Camp *Darby* in der *Toscana*, in der Nähe von *Livorno* (es hat also bei Erscheinen dieses Organs bereits begonnen; der ursprünglich später angesetzte Termin wurde vorverlegt!). Ziel ist die Auflösung dieser größten Militär- und Todesbasis der Nordamerikaner in Italien. Das zweite *Summer Camp* findet auf *Capo Rizzuto*, etwa auf der Höhe von *Cosenza*, in *Kalabrien*, weit südlich von Neapel, respektive *Tarént* (*tárantó*), statt und hat unter anderem zum Ziel, den Einzug der F-16 aus Spanien zu verhindern — es dauert vom 27. Juli bis zum 7. August. Und schließlich gibt's ein drittes Aktionslager auf der Insel *Maddalena* bei *Sardinien*: Auf Sardinien hatte die *Gladio* ein geheimes und unzugängliches Ausbildungszentrum für faschistische Killer; es wurde aufgelöst, jetzt führt eine "Panorama-Autobahn darüber hinweg. Dieses letzte Lager dauert vom 25. August bis zum 1. September — der Beginn wurde verschoben! *Genauere Beschreibung und Anfahrtswege im Anschluß an diesen Artikel.*

Camp Darby, Ein Zentrum Für Internationalen Völkermord. Im folgenden soll *Camp Darby*, das Camp, bei dem das Erste Lager stattfinden wird, umrissen (und umzingelt) werden.

Es liegt ganz in der Nähe von *Livorno*, dem Kriegshafen Italiens par excellence, von dem aus unter anderem auch die bei *Innsbruck* und an mehreren Orten in Norditalien blockierten Panzer an den Golf verschifft wurden (und nicht von *Brindisi* aus, wie ursprünglich vermeldet). Das riesige militärische Areal liegt mitten in einem Nationalpark — ein Pinienwald reicht von *Pisa* bis nach *Livorno* — und beansprucht mitten in diesem Gebiet an die 2.000 ha! 3.500 Militärpersonen sind dort beschäftigt (nach anderen Quellen 8000), das italienische Zivilpersonal umfaßt 600 Stück (für Menschen ist "Stück" wohl ebenso inadäquat wie "Mann", d"Sezzer). Die Enklave — zum großen Teil mit unterirdischen Depots und Bunkern bestückt — dient als logistischer Stützpunkt für die Aktionen der amerikanischen Militärmaschinerie südlich des Po: Sie ist Nachschub- und Abflugbasis für den Mittelmeerraum, den Nahen Osten und Afrika. Genaue Zahlen der dort gelagerten

Waffen und Munition sind nicht bekannt, da sie unter das Militärische Geheimnis fallen. Aber man weiß, daß in den 70-er Jahren dort Dutzende von Atombunkern gebaut wurden, die jeweils 150 Meter lang und 15 bis 20 Meter breit sind. Die Wände: 90 cm dick und aus Stahlbeton. Die Bunker ragen 4 Meter über den Boden hinaus, der Rest ist unterirdisch.

Und wer (bewußt die maskuline Form gewählt, *R.*) dort ein Arbeitsverhältnis eingehen will, der muß folgende Formel unterschreiben: "Ich verpflichte mich hiermit feierlich, keinem Angehörigen von solchen politischen Parteien Unterstützung angedeihen zu lassen, die eine subversive Politik gegen die Vereinigten Staaten betreiben, oder die sich auf das Streikrecht gegen die italienische Regierung, wie auch gegen die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika berufen."

Geschichte und Funktion. Die Basis entstand 1951 als Versorgungsstützpunkt für die US-Truppen in *Osterreich* und *Süddeutschland*. Im selben Jahr fand eine Scheinabstimmung in der Stadtversammlung von *Pisa* statt, der allerdings bereits ein *Geheimabkommen* vorangegangen war, welches übrigens auf italienischer Seite, seitens des Verteidigungsministeriums, von einem gewissen *Pacciardi* unterzeichnet wurde, der später in einen autoritär/faschistischen Putschversuch verwickelt war. (Die connection hat System, wie wir im folgenden sehen werden!) Die Basis wurde im darauffolgenden Jahr eröffnet, sie wurde den Nordamerikanern von den Italienern geschenkt, der Vertrag läuft bis zum Jahre 2030!

Von diesem Ort des Todes und der Verwesung starteten die B 52 Bomber, um *Vietnam* zu verwüsten; von hier kam der Nachschub für die nicaraguanischen Contras; und während des Golfkrieges wurde — nach den Worten der konservativen Tageszeitung *La Nazione* — "der Großteil der Waffen und der Munition von ebendieser Basis abgeflogen." Tagtäglich ging der Nachschub an Waffen und Munition hier weg.

Die Zusammenarbeit der Amerikaner mit den italienischen Neofaschisten. Zu zwei Zeitpunkten, 1974 und 1980, wurde aufgedeckt, daß innerhalb der US-Basis militärische Ausbildungslager für die italienischen Neofaschisten bestanden. Im Jahre 1974 fand man in der Wohnung eines Faschisten aus dem *Véneto* Dokumente, die dies bezeugten; 6 Jahre später bei einem toskanischen Faschisten weitere Unterlagen. Aus all dem geht hervor, daß in diesem Lager ein Seminar mit dem Titel "Waffengebrauch und Technik der Nachforschung" stattgefunden hatte, das von *Gianni Bandoli*, einem Spitzenmann der venetischen Faschisten und Mitglied des *Ordine Nuovo* ("Neue Ordnung") geleitet wurde. *Bandoli* wieder-

um war Mitarbeiter eines derjenigen führenden Militärs, die am Staatsstreich des Fürsten *Borghese* beteiligt waren — *Amos Spiazzi*. Dieser *Spiazzi* war auch Verbindungsmann zwischen der Loge P2, die in *Tirrenia*, einem Ort an der Küste ganz bei *Livorno*, ihren Stützpunkt hatte. Die P2 wollte vor etwa einem Jahrzehnt in Italien durch gewalttätige Überfälle auf die Institutionen und Deportierungen/Internierungen von Intellektuellen und Politikern staatsstreichmäßig sämtliche Reste der parlamentarischen Demokratie vernichten, und dieser (haargenau auch im Sinne der italienischen Verfassung) subversiven Organisation gehör(t)en Aberdutzende von Politikern der regierenden Parteien an. Also beispielsweise *Andreotti*, aber auch der Verbrecher und Geschäftsmann *Gelli*, der bis heute unbehelligt in Italien leben darf. Eine besondere Organisationsstruktur für die amerikanischen Offiziere stellte die Freimaurerloge "Franklin" dar, ebenfalls in *Tirrenia* beheimatet; dort war auch ein gewisser *Giunchiglia* wohnhaft, welcher mit der Anwerbung von Killern für die P2 beschäftigt war. Was bedeuten für uns diese abstrakten Namen konkret? Sie bedeuten, daß eine Organisation, die von Putschisten, die "mitten in Europa" in Zusammenarbeit mit neofaschistischen Killern und Politikern, eine rechte Diktatur errichten wollten, vom amerikanischen Heer und italienischen Staat mitfinanziert wurden. Die Verbindung zwischen US-Militärs, Faschisten und Geheimbünden ist sogar von der bürgerlichen Rechtssphäre recherchiert und aufgedeckt worden: die ersten Publikationen des venezianischen Richters *Casson* stammen aus dem Jahre 1974, sind also 17 Jahre alt. Aber die US-Base blieb vollkommen unangetastet.

Zusatz. Zur speziellen Desinformationsstrategie. Die Linken — *Lotta Continua*, *Autonomia Operaia* ("Der Andauernde Kampf"), die "Arbeiterautonomie" — die wichtigsten und lebendigsten Massenorganisationen der 70er Jahre), haben mit ihrer massiven Gegeninformationspolitik bereits zu Beginn der 70er Jahre all dies publik gemacht. Vom allergrößten Teil der bürgerlichen und linksliberalen Presse wurden damals die Sachen unterschlagen oder verdreht und den Linken in die Schuhe geschoben, aber wer lesen wollte, kannte ich schon damals aus. Daß dies jetzt — seit dem vergangenen Oktober — in der gesamten bürgerlichen Presse — als große Neuigkeit hinausposaunt wird, nach jahrzehntelangem Schweigen, das ist — und dies ist die Einschätzung des Großteils der unabhängigen Linken: der Linksradikalen, Autonomen, Anarchisten, teils auch der linken Kommunisten der *Rifondazione Comunista*, sowie der *Democrazia Proletaria*; der Terminus "Unabhängige Linke" (*Sinistra Indipenden-*

te) hat in Italien eine andere Bedeutung als im Deutschen, nämlich unabhängige Personenlisten, die auf parlamentarischer Ebene mit linksreformistischen Parteien koalieren — als ein Manöver anzusehen, mit dem die Angelegenheit als *historisch* und *längst vergangenes* Verbrechen von der Gegenwart wirksam weggerückt und abgekoppelt werden soll — in der Form eines großen und betäubenden Medienspektakels. Es soll eine retrospektive moralische Entrüstung geschaffen werden, mit längerfristig entpolitisierenden Folgewirkungen. Aus dieser sehr subtilen Desinformationsstrategie resultieren heftige Polemiken seitens der Linken gegen bereits abstumpfende Wirkungen der (für ö. Verhältnisse natürlich riesigen und beeindruckenden) Enthüllungsmaschinerie, von deren Resultaten kaum ein Quentchen in unsere österreichischen CIA-Blätter gelangt ist.

Coltano. Der Ort liegt ganz in der Nähe des Camps. Dort befindet sich der wichtigste Nachrichtennotenpunkt der US-Killer in Italien. Unter anderem liegt dort das *AUTODIN*: eine Zentrale des Satellitennachrichtensystems. In Europa gibt es insgesamt 3 AUTODIN-Zentren, Coltano ist insofern von Bedeutung, als über diese Zentrale der Befehl für einen nuklearen Angriff läuft. (Was die nukleare Gefahr für den Nahen und Mittleren Osten bedeutet, hat unter anderem auch die *Unità* (die ehemalige Parteizeitung der ehemaligen Kommunistischen Partei) in etlichen gut recherchierten Artikeln (eigener oder außerredaktioneller Mitarbeiter) dokumentiert. Und um die Worte eines der von mir verwendeten Dokumentationen der Antagonistischen Linken zu verwenden: "Die Akzeptanz der Massenvernichtung als Eroberungsinstrument liegt klar auf der Hand." R.)

San Piero a Grado. Eine Einrichtung für Vernichtungsforschung liegt etwa einen Kilometer vom Camp entfernt in *San Piero a Grado*. Sie heißt *CRESAM* und beansprucht 500 ha für sich. Sie entstand im Jahre 1955 — damals hieß sie *CAMEN* — als nukleare Forschungseinrichtung in Zusammenarbeit mit der italienischen Kriegsmarine, genauer gesagt der *Marineakademie von Livorno*. Befehlshaber der *CAMEN* war Admiral *Vittorio Forgione*, ein Mitarbeiter des rechtsradikalen Umstürzlers Gelli, des — neben Cossiga — brutalsten und gewiftesten Machtmenschen dieses unglücklichen Landes. Cossiga ganz legal, Gelli ganz illegal — beide an der Macht,

bezahlte Anzeige

untangiert. Auch der Stellvertretende Befehlshaber — wie auch sonst ein großer Teil des militärischen Personals — waren mit der P2 im Bandl.

Die Aufgaben dieser honorigen Einrichtung (von den Linken wird sie schlichtweg "der nukleare Arm der P2" genannt): Ursprünglich sollte für die Marine ein atomangetriebener U-Bootmotor entwickelt werden. In den 70-er-Jahren wurde das Projekt zurückgestellt, und der Reaktor der *CAMEN* kam in den Dienst der italienischen Atomindustrie; schließlich erweiterten sich die Forschungsbereiche in den 80er Jahren im Rahmen der *US -Star-War-Industrie* (optische Elektronik, elektromagnetische Interferenzen, Materialdiagnostik, was ist das?), und *Fiat* gelang es, die größten Stücke des Kuchens zu schnappen.

Lohnarbeit im Kriegshafen in Livorno.

Es wird von leichtfertigen Autonomen von anderen Städten Italiens den Autonomen in und in der Nähe von Livorno öfters vorgeworfen, es gebe ja dort im Hafen keine direkten Aktionen zusammen mit den Proletariern — und dies ist ja, wie aus zahlreichen Dokumentationen der Autonomen erhellt, eine der Hauptlinien ihrer Politik: nicht ohne Zusammenhang mit der lohnabhängigen Basis der unmittelbaren Umgebung Politik zu machen. Das galt — ein besonders anschauliches Beispiel — für die Proteste für die Schließung der italienischen AKWs vor einigen Jahren, und gegen die ersatzlose Freisetzung der dort Arbeitenden. Man erreichte — daran beteiligten sich Autonome, aber auch andere Gruppierungen — durch Massenmobilisierungen, daß der größte Teil der dort Arbeitenden in anderen Industriezweigen untergebracht wurde. So konnten die ArbeiterInnen ihre Existenzangst beschwichtigen und am Kampf gegen die Vernichtungsindustrie beteiligen.

Aber wesentlich schwieriger ist die Situation im Hafen von Livorno. Erstmals kam vor zwei Jahren ein Gesetzesdekret heraus, das, im Sinne kapitalistischer Rationalisierung — 3 massive Veränderungen zum Ziele hatte. a) Die (in allen Häfen existierende) *CLP (Compagnia dei Lavoratori Portuali)*, Vereinigung der Hafenarbeiter, meist der (ehemaligen) *PC*, jetzt *PDS* nahestehend, die überall eine sehr große Macht und einen sehr großen Einfluß besaß, sollte zurückgedrängt werden, Auftrags- und Personalpolitik sollte nun nicht mehr mit ihr verhandelt, sondern mit den Hafenfirmen selbst. b) Es werden massive Lohnkürzungen vor-

genommen. Das läuft auf monatliche Nettoverluste von umgerechnet 6000 bis 7000 öS heraus. Anm.: (Die Löhne sind allerdings sehr hoch, siehe unten) c) Es werden zahlreiche Frühpensionierungen vorgenommen, und in nächster Zukunft werden im Hafen etwa 500 Leute abgebaut.

Man muß dazu sagen, daß die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren in Livorno extrem stark gestiegen ist und beinahe "süditalienische Ausmaße" erreicht hat. Zusätzlich ist die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Seehäfen beinhart und brutal. Im März dieses Jahres stand die Drohung über dem Hafen von Livorno, daß 27.000 Jahrescontainer des Triestiner Lloyd nach La Spezia abwandern sollten. Das würde nun wiederum einen Umsatzverlust von umgerechnet 300 Millionen S bedeuten. Um konkurrenzfähig bleiben zu können, übt die örtliche Unternehmerschaft außerdem Druck auf die Behörden aus, verstärkt Autobahnen zu bauen (gegen die nun wieder die Umweltschützer mit zahlreichen Besetzungen protestiert haben): es handelt sich insbesondere um die Strecke *Civitavecchia-Livorno*, und um die Verbindung von Florenz zum Hafen.

Die ArbeiterInnen haben Angst vor Entlassungen, und das waren sie nicht gewohnt. Sind sie doch lohnmäßig (etwa 20.000 S umgerechnet) wahre Arbeiteraristokraten. Außerdem ist die Politik der *CLP* in Livorno, einer Stadt, die seit je von der *PC* geführt wurde — jetzt ist allerdings eine Dreierkoalition zwischen *PDS*, Sozialistischer und Republikanischer Partei am Ruder — stets ganz besonders die einer bloßen korporativen Interessensvertretung gewesen, und darin haben sie sich stets von den wesentlich stärker auf gewerkschaftlich-politischen Kampf gerichteten Organisationen anderer Häfen unterschieden. Es wurde außerdem — auch den ArbeiterInnen des Hafens von Livorno — in einer Art linker Tradition immer ganz besonders die Stärke, ja ein Mythos einer durch ihre Organisation ermöglichten Selbständigkeit, Handlungssouveränität, Autonomie angedichtet. Das trifft nun überhaupt nicht für das dortige Hafenproletariat zu. Ich zitiere aus dem Originaldokument: "Ums ganz ehrlich zu sagen, Waffen haben die Livorneser seit jeher verladen: nach Südafrika, nach Israel, ins Chile-Pinochets, alle US-Kriege wurden beliefert."

Einige Genossen, die im Hafen arbeiten, haben während des Golfkriegs, zusammen

Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

papierTIGER

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

mit Organisationen der Antikriegsbewegung, eine Waffenblockade versucht, aber da haben sie auf Granit gebissen. Wenn man nämlich Waffen verläßt, dann bekommt man ein Vielfaches an Prämie ausbezahlt, als wenn man etwa Bananen verläßt. *An manchen Tagen wurde für die Verladungen von militärischen Gütern Prämien bis zu 300.000 Lire gezahlt!* Du bist verschuldet, wirst vielleicht in Bälde hinausgeschmissen, und grad mit dem Geld wärst du wieder fast aus dem Schneider. Die Arbeiter werden gekauft; aber auch in diesem Zusammenhang sagen die Autonomen ganz explizit: die Hauptverantwortlichen sind die mit der DC verbundenen Firmen, ist die Chefetage der CLP, ist die Kommunalregierung, das Kapital, die Kriegswirtschaft.

Die Funktion dere ehemaligen Kommunistischen Partei, der jetzigen PDS. Am 22. Februar fand ein Generalstreik, der von der unabhängigen Linken im o. g. Sinn, also hauptsächlich den Autonomen und den Basiskomitees veranstaltet wurde und an dem in ganz Italien etwa 200.000 Menschen teilnahmen. Er wurde gegen die Gewerkschaften durchgesetzt, denn die waren dagegen. Die *CGIL (Confederazione Generale del Lavoro, die PC-nahe Gewerkschaft)*, sprach aus dem Mund eines ihrer leitenden Sekretäre, eines Herrn *Del Turco*: "Die Arbeiter müssen ihren Beitrag leisten, um die internationale Polizeiaktion am Golf zu unterstützen." Schließlich war es auch die PC-nahe *CLP*, der seit geraumer Zeit die Verladung der Kriegsgüter anvertraut wurde. Die PC unterstützte auch die UNO-Resolutionen. Als während des Golfkrieges einige Hafentarbeiter zaghaft von Gewissensverweigerung zu reden begannen, da brüllte *Sergio Landi* von der Provinzialorganisation der PC in der Lokalzeitung *Tirreno*: "Das ist ein politischer Fehler! (Anm. d. Red.: Die stalinistische Terminologie haben die Kapitalistenknechte noch nicht abgelegt).. Das sind Tendenzen, die dem irakischen Diktator, der nunmehr von der ganzen Welt isoliert ist, eine sichere Schützenhilfe leisten!" Und weiters der "Kommunist" *Sergio Landi*: "Ich habe keine Zweifel daran, daß alles, was dazu dient, die internationale Streitmacht, die unter der Ägide der Vereinten Nationen am Golf operiert, zu unterstützen, nicht behindert werden darf, wollen wir Saddam nicht unerwartete Vorteile verschaffen."

Immerhin haben die Arbeiter am 15. Feber 91 einen 5-stündigen Proteststreik gegen die Kriegsfunktion des Hafens veranstaltet. Am 16. protestierten SchülerInnen und Studentinnen am Hafenkai gegen US-Kriegsausfahrten. Einige Hafentarbeiter kündigten öffentlich an, sie würden den Mehrverdienst der *LOC (Lega degli Obiettori di Coscienza, Bund der Gewissensverweigerer)* zur Verfügung stellen. Transport- und Hafentarbeiter faßten eine Resolution ab, mit der zur Blockade der Züge und Schiffe *aufgerufen* wurde. Mehrere Blockaden verschiedener Panzerausfahrten fanden übrigens in und um Livorno statt.

Aktionen bei Camp Derby im vergangenen Sommer. Die selbstverwalteten Centri Sociali der Toscana haben das Camp organisiert. (Adressen s.u.). Dabei wurde gleich ein leerstehendes unbenutztes Erholungszentrum besetzt. Besetzt wurde der für die Yankees reservierte Strand. Dann das Militärforschungszentrum CRESAM. Vor dem Radarzentrum in Coltano wurde demonstriert. Daran beteiligte sich auch die *FGCI (Federazione Giovanile dei Comunisti Italiani, Jungkommunisten, etwas progressiver als die — nunmehr gänzlich vernichtete Mutterpartei)* aus Pisa und Livorno. Die Kundgebungen und Aktionen fanden breiten und ausführlichen Widerhall in der lokalen Presse. Auf einem *Unità*-Fest wurde eine öffentliche Diskussion durchgesetzt. Dies soll in diesem Sommer auf allen *Unità*-Festen der Umgebung fortgesetzt werden. Bei einer Demo ging die Polizei allerdings mit Tränengas vor: 6 wurden verwundet, 4 landeten im Spital.

Italien ist der viertgrößte Kriegswaffenexporteur der Welt. 450 Atomsprengköpfe lagern derzeit auf italienischem Territorium. Auf das Konto der *Gladio* gingen in den letzten 20 Jahren etwa 700 Tote. 20 Jahre lang haben die italienischen GenossInnen die Lager organisiert — eine intensive Internationalisierung der Lager ist dringend angezeigt. Macht politischen Urlaub in Italien.

Materialien: *Comunicazione Antagonista*, Monatsschrift der Autonomen aus Florenz. Herausgegeben vom Centro di Documentazione Antagonista (Dokumentations- und Informationszentrum), via di Mezzo, 50121 Firenze, Tel. 24 18 81.

"Yankee go home — smantellare Camp Derby". Broschüre, o. J., selber Hrsg.

Adressen von Centri Sociali in der Region:
Pisa, CSA (Centro Sociale Autogestito = selbstverwaltet) Macchia Nera (Schwarzer Fleck), Piazza di San Michele agli Scalzi
Empoli, CSA Intifada, ponte Elsa, tel.: 0571-931021

Lucca, Centro di Iniziativa e Controinformazione Sociale, via S. Andrea 3

Livorno, CSA Godzilla, via dei Molini 29.

Die heurigen Antinatolager:

In allen Lagern sind GenossInnen, die übersetzen können und die grundsätzlich bereit sind, allen anwesenden NichtitalienerInnen eine spezifische Einführung in die Problematik zu geben. Man braucht keine Teilnahmegebühren zu zahlen. Es wird in allen Lagern gekocht, zu Selbstkostenpreisen. Überall gibt es guten Wein, aber ganz besonders in Sardinien. Dort ist es sehr unhöflich, wenn man/frau einen angeboten Wein ausschlägt.

Anfahrtswege:

Camp Derby (5. bis 14. Juli). Das Camp liegt in der Ortschaft *Calambrone*, ganz in der Nähe von *Tirrenia*. Die beiden Ortschaften liegen an der Küste, und sind etwa 10 km von Livorno entfernt.

Capo Rizzuto (27. Juli bis 7. August). Ein Teil des Camps wird — vom 27. bis zum 1. — *nicht in Capo Rizzuto*, sondern in *Taranto*, im Centro Sociale in der via Civitavecchia abgehalten. Dann gehts nach Capo Rizzuto. Wie kommt man hin? Von Cosenza gehts mit dem Zug nach Crotone und von dort mit dem Autobus nach Capo Rizzuto. Das Lager findet in der Nähe *des Ortes* Capo Rizzuto statt, der genaue Standort steht noch nicht fest, aber es wird leicht faßlich ausgeschrieben sein.

Maddalena, 25. August bis 1. September. Mit dem *traghetto* (der Fähre) entweder von Genua, oder von Livorno oder von Civitavecchia nach Sardinien. Dort kommt man in *Palau* an. Mit einem anderen *traghetto* geht's dann auf die *Isola della Maddalena*. Die Insel ist sehr klein, und dort ist's wieder ausgeschildert. ●

Friede am Golf?

Kuwaits Jagd auf "KollaborateurInnen"

Seit dem Rückzug der irakischen Truppen aus dem Kuwait am 26. Februar 1991 wurden mehr als 200 Personen, mehrheitlich PalästinenserInnen, verhaftet und unter Anklage der Kollaboration mit dem Feind gestellt. Erste Todesurteile wurden bereits verhängt.

(TATblatt-Wien)

Seit 19. März werden, beinahe unbekannt von der Weltöffentlichkeit, Urteile nach dem Kriegsrecht gefällt. Obwohl die Verteidigung argumentiert, die Geständnisse würden von der Polizei durch Folter erpreßt und laut Generalstaatsanwalt in sieben bis acht Fällen bereits Untersuchungen eingeleitet wurden, wird weiter verurteilt. Berufungen sind nach dem Kriegsrecht nicht zulässig.

Für 24 Angeklagte wurde die Todesstrafe gefordert, weil sie für die Zeitung "Al Nida" gearbeitet haben, der einzigen Zeitung, die während der irakischen Besetzung Kuwaits erscheinen durfte. Belastet wurden die Angeklagten von einem nicht genannten "geheimen Informanten".

Bereits verhängt wurde das Todesurteil über den staatenlosen Naki al Schammari, der beschuldigt wurde, Mitglied der "Iraki-

schen Volksarmee" gewesen zu sein. Er gab an, unter dem Druck irakischer Morddrohungen und zum Schutze seiner Familie der "Volksarmee" beigetreten zu sein. Er wird gehängt werden.

Malik n Issa ist ein palästinensischer Ölarbeiter, der seit 30 Jahren in Kuwait lebt. Er ist von den irakischen Truppen 7 mal arrestiert worden. Ihm droht jetzt die Deportation in den Irak. Vorgeworfen wird ihm, sich illegal im Land aufzuhalten. Seine Beschäftigungsbewilligung war während der irakischen Besetzung abgelaufen. Seiner Frau und den 4 Kindern werden Ausreisewisas verweigert. Ebenso wird ihm eine Ausreise zu seinen zwei Brüdern in die USA nicht genehmigt.

Der Golfkrieg findet weiterhin statt: Im Irak gegen das kurdische Volk, im Kuwait gegen jedwede unliebsame Personen. ●

Nazi-Terror in Dresden

Ein kurzer Abriss über Nazi-Aktivitäten in Dresden

(Medienzentrum)

Dresden scheint sich in letzter Zeit zunehmend zu einem neuen Zentrum neofaschistischer Organisationen und des damit einhergehenden Terrors zu entwickeln.

Ob die Faschos nach ihren Erfahrungen in Berlin und anderswo (wo ihnen massive Gegenwehr entgegengesetzt wurde) nach Dresden kamen, weil eine sich entwickelnde Alternativszene friedliche Koexistenz und Antimilitarismus predigt, oder ob noch andere Dinge ausschlaggebend waren, das sei dahingestellt. Tatsache ist, daß sich seit geraumer Zeit Nazi-Größen in Dresden regelmäßige Stell-dich-eins geben. Ein genehmigter(!) Aufmarsch von 500 Neonazis am 20.10.1990 vor der Semper-Oper war scheinbar Signal für weitere rege Aktivitäten. Ein Lied davon singen können fast alle neu entstandenen Kultureinrichtungen in der Äußeren Neustadt (Stadtteil von Dresden, auch Anton genannt).

Ursprünglich wollten die Leute in der Neustadt eine herrschaftsfreie Zone. Keine Waffen, keine Polizei, dafür ihre eigene Kultur. Daraus geworden ist ein Stadtteil, in dem die Beisfenster mit Metallplatten vernagelt sind, in dem jedes Cafe eine Standleitung zur Polizei hat und in dem die Angst umgeht. Nun wurden Rufe nach verstärkter Polizeipräsenz in der Neustadt laut. Demos wurden nur mehr in Polizeikesseln abgehalten. (Was dabei rauskommt sei hier kurz am Beispiel einer Demo "für mehr Toleranz und gegen AusländerInnenfeindlichkeit" am 31.1.91 festgehalten. Die DemonstrantInnen schlossen mit der Polizei eine "Si-

cherheits-Partnerschaft" und lieferten sämtliche mitgebrachte Waffen im "La Metropa" ab. Dieses wurde daraufhin von Kieberger gestürmt und das "Waffenarsenal" konfisziert. Tags darauf stand in der Zeitung, daß die Polizei ein "Waffenlager von Linksradiakalen" ausgehoben hätte!!).

Das fast völlige Fehlen einer militanten linken Szene öffnete den Nazis sämtliche Türen. Wochenlanger fortgesetzter Terror war die Folge. Statt einer "Bunten Republik

Neustadt" gibt es eine "Bullen Republik Neustadt". Neofaschistische Gruppen sind stärker und besser organisiert denn je. Ein weiteres Beispiel dafür, wohin der Glaube an eine friedliche Koexistenz mit Faschos führt. Weiteren Zulauf wird die Neonazi-Szene durch die steigenden sozialen Probleme in der BRDigen DDR erhalten. Wenn im Sommer die Kurzarbeitsregelungen auslaufen, ist in diesem Gebiet eine Arbeitslosenrate von 50 Prozent (!) zu erwarten.



In Dresden am 20. Oktober 1990: Christian Worch, Michael Kühnen, Gottfried Küssel, vorne von links(?) nach rechts

Organisationen und Personen in Dresden

NDP und Junge Nationaldemokraten: Aktivitäten seit Jänner '90. Läßt Propagandamaterial durch militante Skin-Gruppen verteilen.

DVU: Ebenfalls seit Frühjahr '90 aktiv. Ca. 200 Mitglieder. Enge Zusammenarbeit mit NDP

Republikaner: zur Gründerzeit im Juni '90 ca. 130 Mitglieder. Gegen einige führende Mitglieder tauchten später Stasi-Vorwürfe auf.

FAP: von Kühnen-Leuten dominiert, über Ortsverband der DA organisiert

DA (Deutsche Alternative): Gründung November '89, Anmeldung unter NA(Nationale Alternative) im Februar '90. Funkkommunikationszentrale in Dresden (Cotta).

Partei Vorstand: Ray Träger (Ortsverband Dresden) und Carsten Wolter (Ortsverband Berlin). Ebenfalls Aktivisten: Heiko Hasselbach-Pfannschmidt, Frank Lutz, Andre Riechert, Franko Meyer, Ma-

rio Neumann, Heiko Baumert, Alexander Tietze, Carsten Sandow.

In bzw. mit der DA arbeiten: FAP, VAPO (FAP Ableger Österreich, z.B. Gottfried Küssel), Nationalistische Front, NDP, JN, Nationale Liste, DVU,...

VdSW (Verband der Sächsischen Werwölfe), JS (Jung-Sturm), SS-O (Schutz-Staffel-Ost), NWD (Nationaler Widerstand Deutschlands): Dresdner Gründungen. Mitglieder aus der militanten Skinhead- und Faschoszene.

Führer: Rainer Sonntag, Dirk Vogel. Rainer Sonntag's rechte Hand: Michael Vietze. Ebenfalls Mitglieder: Frank Kaden, Peter Wollenberg, Mike Hänzke, Jana Göbel ("Frauenschaftsführerin"), Sven Eichler, Sven Schleife, Dirk Schildhauer. Harter Kern ca. 150 Personen.

Wehrsportgruppe ans-Joachim Peiper: erst kürzlich gegründet. An der Gründung beteiligt waren Rainer Sonntag und möglicherweise der berühmte Wehrsport-Hoffmann, der sich zum Zeitpunkt der Gründung in Dresden aufgehalten haben soll. Hoffmanns verbotene "Wehrsportgruppe" wird mit mehreren Anschlä-

gen und Morden in Verbindung gebracht. Es ist zu befürchten, daß die Wehrsportgruppe Peiper eine gesamt-national und konspirativ operierende Eliteeinheit werden soll, die eben die Aufgaben der Hoffmann-Gruppe übernehmen wird: Anschläge, Banküberfälle, Mord.

Zur Person Rainer Sonntag: Sonntag war 1987 aus der DDR in die BRD gekommen, schloß sich dort der Kühnen-Organisation "Nationale Sammlung" an und kandidierte bei Kommunalwahlen. Wie er überhaupt in die BRD gelangt ist, darüber besteht Unklarheit. Er selbst behauptete, "freigekauft" worden zu sein, das Innenministerium bestreitet dies. Möglicherweise wurde er auch von der DDR wegen einer Straftat abgeschoben, dies ist jedoch ebenfalls unbekannt. Nach der Wende kehrte er nach Dresden zurück und organisierte die dortige Skinhead- und Faschoszene. ●

Quellen: taz, contraste (Monatszeitung für Selbstverwaltung, Postfach 104520 – Heidelberg 1, liegt im Medienzentrum auf), sowie Lokalausgabe durch Redaktionsmitglieder des Medienzentrums im Juni '91

“Es war schon immer das Geschäft der Reaktion, alle armen Schweine aufeinanderzuhetzen, um dann gegen ‘Extremismus’ zu argumentieren. Deutsche gegen Juden, AusländerInnen und ZigeunerInnen, gegen die Linken, aber auf keinen Fall gegen das Kapital und die für die soziale Misere Verantwortlichen. Dieses Deutschland braucht seine Nazis wie der Fixer seine Spritze. Sie helfen, die Unzufriedenheit in ein Obrigkeits- und Führerdenken zu kanalisieren, welches für die Option einer militärischen Großmachtspolitik unerlässlich ist. Sie zerstören die Solidarität der Benachteiligten.”

Während die Leute in der Neustadt ihren Projekten nachgingen und hofften, der Terror würde mit Hilfe der Polizei oder am besten von selbst aufhören, entstanden immer stärkere Fascho-Organisationen, ausgebildet von Leuten wie Michael Kühnen (endlich abgekratzt), Gottfried Küssel (Austroexport), Rainer Sonntag (auch abgekratzt) etc. Daß es sehr viele verschiedene Nazi-Organisationen gibt, darf über deren gemeinsame Ziele und Vorgehensweise nicht hinwegtäuschen. Fast alle Organisationen sind untereinander durch Doppel- und Dreifachmitgliedschaften vernetzt.

Eine kurze Chronologie des Naziterrors in der Neustadt (nicht vollständig, nur November '90-Dezember '90):

18.11.90: ein Molli fliegt in der “BRONXX” durch's Fenster, zündet aber nicht.

21.11.90: sämtliche Scheiben der “BRONXX” gehen zu Bruch.

23.12.90: in der Nacht völlige Zerstörung und Plünderung der Einrichtung der “BRONXX”, der Inhaber wird zusammengeschlagen. Im “TIVOLI” wird ein jugendlicher zusammengeschlagen.

25.12.90: in der Nacht wird in der “PLAN-WIRTSCHAFT” eingebrochen.

27.12.90: im TIVOLI sämtliche Fensterscheiben + Möbel zerschlagen, zwei Frauen



Von Faschos zerstörtes Café BRONXX

blutig geschlagen.

31.12.90: “Cafe 100” von Faschos angegriffen. Der Inhaber muß mit schweren Kopfverletzungen stationär behandelt werden. Es wurden zwar die Kieberger alarmiert, doch der Streifenwagen fuhr wieder weg, als klar wurde, daß die Faschos zahlenmäßig weit überlegen waren. Brandlegung in der “BRONXX”, das Lokal brennt völlig aus.

Zwischendurch immer wieder Angriffe auf Beislbesucher, Schutzgeld-Erpressungsversuche, ...

Seit kurzem kann die Neustadt etwas “aufatmen”. Eine neue Parole wurde in der Fascho-Szene ausgegeben. Gegen “Prostitution, Drogen und Kriminalität” heißt es nun. Auf einer genehmigten Demo im März '91 hatten die Neonazis unter der Führung von Rainer Sonntag erstmals Spruchbänder wie “Dresden wird kein Bordell” mit. Seit dem 1.6.91 ist sicher, daß diese Sprüche ernst gemeint waren. Bei dem Versuch, mit

ca. 50 seiner “Untergebenen” ein Bordell zu stürmen, wurde Rainer Sonntag, vermutlich von einem Zuhälter, erschossen. Die Faschos in Dresden laufen nun mit Armbinden mit der Aufschrift “Blutrache für Rainer Sonntag” durch die Stadt. Als erstes Opfer wurde am 3.6. ein 30jähriger Arbeiter von Skins aus der Straßenbahn geworfen, als er sich gegen ihre Pöbeleien zur Wehr setzte. (Schon im April war ein Afrikaner auf die gleiche Art ermordet worden!).

Eine neue Welle des Fascho-Terrors rollt auf Dresden zu. Die Polizei übt sich in Ratlosigkeit und Wegsehen. Während zuständige Politiker (z.B. Biedenkopf) die bestehende Gefahr von rechts verharmlosen, die Medien den Faschos Beifall klatschen oder im besten Fall gar nichts schreiben, verfallen immer mehr, vor allem (aber bei weitem nicht nur) Kinder und Jugendliche, einem deutschen Wahn. ●

Das Begräbnis des Rainer Sonntag

Dresden erlebte das bisher größte Treffen von Neonazis in Ostdeutschland

(Medienzentrum)

Der alten Dame rauben Wut und Angst fast die Stimme. Mit unsicheren Schritten, doch entschlossen drohenden Fäusten läuft sie den aufmaschierenden Neonazis entgegen. “Ich schäme mich, eine Dresdnerin zu sein, ich schäme mich”, ruft sie. Die Trommler an der Spitze des Zuges bleiben unbeeindruckt im Takt, nachdem die Stiefel übers Pflaster knallen. Ein kahlgeschorener Jugendlicher mit Ordnerbinde um den Arm schiebt die alte Dame zurück in die Menge der Passanten und Journalisten. Kaum eine Minute hat er gedauert, der einzige Widerstand gegen den Propagandazug der Neonazis am Sonnabend in Dresden. Das Aufgebot von rund 1500 Rechtsradikalen gilt ihrem Ende Mai erschossenen Gesinnungs-

genossen Rainer Sonntag.

“Deutschland den Deutschen, Ausländer raus”, dröhnte es aus über 1000 Kehlen. Und “Wir kriegen euch alle...”. Neonazis mit Ordnerbinden geben Passanten Befehle: “Tretet sie zurück! Das ist eine Anweisung”. Zu einer Kette zusammen gehakt, räumen sie brutal die Straße von Passanten, schmieren auf die Straße und an Wänden mit schwarzer Farbe “RACHE”. Keine Polizei greift ein. Die Rechtsradikalen genießen es, die Ordnungsmacht zu sein.

“Gestorben für ein sauberes Dresden”, ist auf der Kranzschleife zu lesen. Der Neonazi wird hochstilisiert zum Märtyrer, der sein Leben ließ im Kampf gegen Prostitution und “ein ausländerfreies Deutsch-

land”. “Rainer Sonntag ist tot, aber Deutschland lebt”, brüllt Heinz Reisz am Grab des Ermordeten. Der 57jährige Chef der “Nationalen Front” in Hessen gibt sich alle Mühe bei den Besuchern des Begräbnisses für die rechte Stimmung zu sorgen. Kaum 300 Rechtsradikale sind anwesend. Man hatte mit mehr gerechnet. Die Journalisten sind in Überzahl und somit wirkt die Schar der glatzköpfigen Heranwachsenden eher harmlos, nur wenn sie für die Kameras am Grab mit dem “Hitlergruß” posieren, erleben sie einen kurzen Höhepunkt. Wenig später ziehen die Trauergemeinde, Journalisten und Polizisten wieder ab. Zurück bleiben ein paar Skinheads, die das Grab zuschaukeln. Plötzlich tauchen am Hintereingang des Friedhofes fünf Neona-

zis auf. Unter ihnen Gottfried Küssel aus Österreich, gegen den in Deutschland ein Haftbefehl vorliegt. Unbehelligt von der Polizei nimmt Küssel am Grab breitbeinig Aufstellung, die Arme verschränkt. Die Skins haben den hohen Besuch längst erkannt. Sie schaufeln nun schneller und zackiger. Der Fahnen-träger nimmt Haltung an und hält die Reichskriegsflagge mit ausgestrecktem Arm. Ein Mann bringt das Grab seiner Frau in Ordnung, das beim Begräbnis von den Neonazis total zertrampelt wurde. Als er dabei dem Grab Rainer Sonntags zu nahe kommt, gibt Küssel seiner Truppe einen wortlosen Wink. "Mach, daß du wegkommst!", brüllt ein Mädchen. "Willst wohl mal 'nen deutschen Stiefel spüren." Erschrocken läuft der Mann zum Friedhofs-ausgang. Küssel zelebriert seinen Abschied am Grab: Knallt die Hacken zusammen, daß die Erde staubt. Dann streckt er die Hand zum "Hitlergruß". Ungehindert, wie er gekommen war, verschwindet der steckbrieflich Gesuchte durch den Hintereingang. ●



Dresden: Insgesamt 2.000 Faschos beim Begräbnis von Rainer Sonntag am 15. Juni.

Prager Polizei sieht Skinhead-Terror zu Geplante Provokationen?

(Slavina und Adam Novak, Die LINKE Nr. 11/91)

Vor drei Wochen wurden in Prag zwei SchülerInnen von der Polizei festgenommen, die an einer Kundgebung gegen die tschechoslowakische Landesausstellung teilnahmen. An der Demonstration, zu der die AnarchistInnen aufgerufen hatten, beteiligten sich an die hundert SchülerInnen und Lehrlinge. Sie lehnen die kostspielige Zurschaustellung der "neuen Tschechoslowakei", die nichts als Fassade ist, ab. Sie kritisieren, daß mit der Ausstellung für die Politik der Restauration des Kapitalismus Propaganda betrieben und der pathetische Versuch gemacht wird, damit ausländisches Kapital in die Tschechoslowakei zu locken. Nachdem sich die OrganisatorInnen der Ausstellung durch die turbulente Demonstration gestört fühlten, riefen sie die Polizei. Diese griff scharf durch und verletzte einige TeilnehmerInnen.

Am 30. Mai riefen dieselben AnarchistInnengruppen daraufhin erneut zu einer Kundgebung gegen die Ausstellung auf, die sich zugleich auch gegen das brutale Vorgehen der Polizei richtete und die Einstellung der Verfahren gegen die beiden verhafteten DemonstrantInnen forderte. Um der Polizei keinen Vorwand zum Eingreifen zu geben, wurde darauf hingewiesen, keinerlei Waffen mitzunehmen. Die beabsichtigte friedliche Kundgebung kam nicht zustande. Sie wurde von einer Gruppe von 150 Skinheads überfallen, die mit Bierflaschen, Stöcken und anderen Gegenständen auf die KundgebungsteilnehmerIn

nen losgingen. Diese wichen angsterfüllt und in Panik zurück, zahlreiche DemonstrantInnen wurden verletzt.

Die Polizei, die bei den Demonstrationen der AnarchistInnen stets anwesend ist, griff diesmal erst mit Verzögerung ein und nahm stattdessen einige der AnarchistInnen fest. Der Vizebürgermeister von Prag, Jiri Exner, meinte dazu sogar: "Hätte ich so einen Vorfall vor zwei Jahren erlebt, hätte ich daraus geschlossen, daß die Skinheads von der Polizei engagiert worden sind." Das Verhalten der Polizei bestätigt den Eindruck, da sie seit einigen Monaten verstärkt anarchistische Gruppen überwacht, während sie nichts unternimmt, um rassistische, gegen Homosexuelle oder Linke gerichtete Aggressionen zu unterbinden. Die Skinheads können ungestört die größtenteils politisch unerfahrenen Jugendlichen angreifen. Damit soll das Entstehen jeglicher linken Bewegung, die sich nicht damit begnügt, in zurückgezogenen Zirkeln zu diskutieren, im Keim erstickt werden.

Die Skinheads setzen sich ebenfalls aus Jugendlichen, darunter einigen Mädchen, zusammen. Sie tragen amerikanische Militäruniformen, verwenden faschistische Zeichen und schwenken die deutsche Fahne mit der Aufschrift "Deutschland über alles". Sie wollen die Straßen Prags von "all diesem Gesindel reinigen", worunter sie Sinti und Roma, die angeblich arbeitsunwilligen Arbeitslosen, Linke, Homosexuelle und KP-Apparatschiks verstehen.

Es ist zu hoffen, daß die jungen AnarchistInnen möglichst schnell aus den neuerlichen Gewalttätigkeiten lernen und Formen der Selbstverteidigung und des Schutzes von DemonstrationsteilnehmerInnen entwickeln. Darüberhinaus wäre es wichtig, daß die linken Gruppen das Recht der AnarchistInnen und damit letztlich ihr eigenes Recht verteidigen, gegen den wachsenden Rechtsradikalismus und die brutalen Polizeieinsätze zu protestieren. ●

Österreich:

Faschistisches Volksbegehren

"Wir sind eine überparteiliche Initiative, die den Bestand unserer Bevölkerung erhalten und sie vor Überfremdung schützen will. Alle, die so denken wie wir, rufen wir auf, das überparteiliche Volksbegehren 'Österreicher für Österreich' zu unterstützen." Diese erschreckenden Sätze kann mensch mit Zitaten von G. Nennung und I. Eibl-Eibesfeld auf der Unterstützungserklärung lesen. (Eibl-Eibesfeld kann durchaus eine rassistische Grundhaltung nachgesagt werden). Ziel der Initiatoren ist ein Verfassungsgesetz nach folgenden Kriterien:

1) Die historische Zusammensetzung der österreichischen Bevölkerung ist zu erhalten. (anm.tip. sind das alle Blondenden Blauäugigen??)

2) Die Familienförderung ist auf die Erhaltung der einheimischen Bevölkerung auszurichten. (anm.tip. eh klar — ausländische Familien brauchen eh kein Geld für Essen

und Bildung der Kinder — oder??)

3) Ausländer aus kulturfernen Bereichen erhalten eine zeitlich begrenzte Aufenthalts-erlaubnis. Österreich ist kein Einwanderungsland. (anm.tip. kulturfern — ist damit auch Deutschland gemeint ??)

4) Nach internationalem Flüchtlingsrecht wird politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten für die Dauer ihrer Verfolgung Asyl gewährt. (anm.Tip. Wie gut nur, daß Matzka, Löschnak und seine "Freunde" das Ende der Verfolgung bestimmen können)."

Weiter"argumentiert" wird mit den üblichen ausländerInnenfeindlichen Parolen: "Die bei uns praktizierte Masseneinwanderung behindert die Modernisierung und drückt das Lohnniveau vieler unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger." — "Einwanderung bedeutet, wie Prof. Eibl-Eibesfeld sagt, nichts anderes als verdeckte Landnahme." Dieses Volksbegehren wird von der "Alli-

anz für Österreichs Zukunft" und dem "Karl-Vogelsang-Bund" (hat nichts mit dem ÖVP-nahen Vogelsang Bund zu tun!) initiiert. Hinter der Allianz steht scheinbar eine Familie, die Familie Birnleitner. An Elisabeth Birnleitner, 4676 Aisterheim 1 soll mensch die Unterstützungserklärungen schicken und Heinrich Birnleitner, 1180 Wien, Sempergasse 58 erklärt sich für den Text der Unterstützungserklärung verantwortlich. Über den Karl-Vogelsang Bund ist zur Zeit nichts außer einem Postfach bekannt.

Hier bedient sich eine rassistische, nationalistische, intolerante und schlicht stupide Gruppe eines Volksbegehrens, welches es nicht nur zu verhindern, sondern wohl auch zu bekämpfen gilt. ●

Zu diesem Volksbegehren gäbe es noch mehr zu sagen. Einer konkreteren Kritik stand jedoch Stress und Hack'n im Wege. Tut leid.

Nazi-Vorfälle in der "DDR"

(Medienzentrum)

Im ostsächsischen Pirna überfiel am 31.5. eine Gruppe von 30 Neonazis, darunter 5 Frauen, ein Ausländerwohnheim. Nach Polizeiangaben stürmten sie das Heim, in dem Asylbewerber aus Rumänien leben. Sie riefen Parolen wie "Heil Hitler" und "Ausländer raus". Mit Ziegeln und Schottersteinen warfen sie mehr als ein Dutzend Fensterscheiben ein. Personen kamen nicht zu Schaden.

In Schwerin waren in drei aufeinanderfolgenden Nächten die 30 ausländischen Bewohner eines Heims für Asylbewerber von Neonazis mit Steinen und Knüppeln angegriffen worden, ohne dass die Polizei einschritt. Die Bewohner wurden in Notunterkünfte verlegt, sollen aber in das Heim zurückkehren. Die Schweriner Polizei

räumte Fehler ein, klagte aber gleichzeitig über zu wenig Personal sowie mangelnde Ausstattung.

In Neubrandenburg haben in der Nacht zum 2.6. bewaffnete Rechtsradikale ein besetztes Haus und ein Ausländerwohnheim überfallen. Nachdem die Polizei die Krawalle aufgelöst hatte, zerstreuten sich die Angreifer und sammelten sich vor dem Ausländerwohnheim, wo sie bis zum Eintreffen der Polizei bereits die Türen eingetreten und die Fenster eingeschlagen hatten.

Anschließend flüchteten sie in eine Diskothek, wohin ihnen die Polizei "aus taktischen Gründen" nicht folgte. Sieben Verdächtige wurden vorläufig festgenommen. ●

Quellen: dpa/AP/AFP/Süddeutsche Zeitung vom 3. und 4.6.91

Entwaffnet die Psychiater

Wir fordern das KOMM 24 zurück

(KAI)

Die Psychiatrie wird ihren Ruf gerecht. Als staatlich gelenktes Unterdrückungsinstrument wird versucht, jeden Widerstand im Keim zu ersticken.

Die Gruppe K.A.I., die seit elf Jahren das Kommunikationszentrum KOMM 24 im Pavillon 24 in der Psychiatrie am Steinhof betrieb,

wurde am 10.6.91 zum zweiten Male aus der Anstalt entfernt.

Offizielle Begründung dafür war ein Malfest, das wir vor ein paar Wochen veranstalteten. Im Rahmen dieses Festes wurden die Wände des Komm 24 bemalt, was die Verwaltungsdirektion und VertreterInnen des Vereines PRO MENTE INFIRMIS (der offiziell als Trägerin des Cafes fungiert) die Gelegenheit gab, einen schon lange geplanten Schritt zu tun, nämlich die K.A.I. aus dem KOMM24 zu werfen. Der wirkliche Grund, warum sie uns so schnell loswerden wollten, war aber die Medikamentenberatung, die wir seit Mai einmal wöchentlich im Cafe anbieten. Wir wollten Psychiatriegefangene nichtärztliche Informationen über Wirkung von Psychopharmaka durch ehemalige Betroffene geben. Bei entsprechendem Interesse boten wir Unterstützung beim Absetzen der in der Psychiatrie tagtäglich verwendeten, mörderischen Präparate an.

Die Art und Weise, wie dieser Rauschmiß passierte, läßt darauf schließen, daß schon lange versucht wurde die K.A.I. zu spalten. Es ist ihnen gelungen! Einige, die früher mit uns arbeiteten, haben das KOMM 24 zum angepaßten Psychiatriecafe umgewandelt. Sie wurden an ihrer schwächsten Stelle, nämlich der simplen Existenzangst, geködert.

Am Mittwoch, den 26.6.1991, erwarteten wir nach einem zuvor auf Flugblättern an-

gekündigten Widerstandsfest die revolutionären Massen aus allen Winkeln Wiens auf dem Steinhof, welche aber zu unserer Verwunderung leider nicht erschienen.

Zusammen mit ca. 15 SympatisantInnen und dem grünen Parlamentsabgeordneten Manfred Srb betreten wir gegen 16.30h das KOMM 24. Dort versuchten wir die anwesenden Leute über unseren Rauschmiß und die Gründe unserer Aktion (Besetzung bis 21h) zu informieren und ließen eine Unterschriftenliste zirkulieren.

Einer unserer ehemaligen Mitarbeiter fühlte sich geradezu verpflichtet, sofort telefonisch die Vertreterin der PRO MENTE zu benachrichtigen, die dann noch vor 17.30h (Sperrstunde) erschien, um das Lokal "ordnungsgemäß" zu schließen. Da wir nicht gingen,

"mußte" sie die Polizei rufen, was ihr später "fürchterlich leid tat".

Kurz nach 17.30h kamen zwei saloppe Polizeibeamte. Sie waren etwas konsterniert über den unerwarteten Einsatz. Mehrere Male machten sie uns darauf aufmerksam, daß es für uns von Vorteil sei, das Lokal sofort zu verlassen, weil sie sich sonst zu einer Amtshandlung gezwungen fühlen würden.

Nach der wiederholten Ablehnung ihrer Forderung erklärten sie der Vertreterin der PRO MENTE, daß für eine Amtshandlung (Rauswurf) die gesetzlich fundierte Grundlage (Anzeige von Seite der Anstaltsleitung) fehle. Nach etwa einer Viertelstunde verließen die Beamten ziemlich ratlos das Lokal.

Bis 21h veranstalteten wir ein K.A.I.-Plenum, in dem wir über die weitere Vorgangsweise unserer Arbeit innerhalb der Anstalt berieten. Manfred Srb will in der nächsten Woche eine parlamentarische Anfrage an den Gesundheitsminister bezüglich der Vorgangsweise der Psychiatrie vortra-

Rechtsradikale überfallen Lesben-Schwulen-Fest

(Medienzentrum)

Etwa 70 Rechtsradikale haben in Berlin in der Nacht zum Sonntag, dem 26.5., ein lesbisch-schwules Frühlingfest im Stadtteil Mahlsdorf überfallen. Die Attacke fand gegen 23.30 Uhr statt und forderte mehrere Verletzte. Zwei Frauen erlitten Augenverletzungen, eine junge Frau mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die nach Angaben von Augenzeugen sehr jungen Täter gingen mit Gaspistolen, Feuerwerkskörpern brutal gegen die Partygäste vor. Auch wurden Autos beschädigt und Scheiben des auf dem Gelände befindlichen "Gründerzeitmuseums Mahlsdorf" eingeworfen. Auf einer benachbarten Sammelstelle wurden 1.000 Tonnen Altpapier in Brand gesetzt. Zur Zeit des Überfalles befanden sich von den 500 Gästen noch 100 auf dem Gelände. Die Polizei nahm niemanden fest. ●

gen. Wir bemühen uns derzeit um einen Termin für ein Gespräch mit der "kollegialen" Anstaltsleitung.

Ein Jahr, nachdem die K.A.I. zum erstenmal aus fadenscheinigen Gründen aus dem KOMM 24 entfernt wurde, sollen wir nun zum endgültigen Abgang genötigt werden. So einfach werden wir es den Psychiatriehängseln aber nicht machen und werden unser Möglichstes tun, um uns wieder ein Standbein direkt in der Unterdrückungsanstalt zu verschaffen.

Die Psychiatrie ist nur ein heimtückisches Instrument der Herrschenden zur Niederhaltung von Widerstand. Die Verbindung mit Polizei, Justiz, Industrie und Kapital ist offensichtlich. Sie beginnt da, wo Menschen, die nicht die von der Gesellschaft geforderte Leistung bringen wollen oder können, abgeschoben, denunziert, verhaftet, ausgegrenzt werden und endet auf den Schlachtbänken der PsychiaterInnen und GefängniswärterInnen.

Nach ihrer Entfernung aus dem KOMM 24 am Steinhof fordert die Gruppe K.A.I. von der Psychiatrie:

- die Offenbarung der Gründe für den Rauschmiß der Gruppe K.A.I. und eine öffentliche Stellungnahme
- die Anerkennung einer Parteienstellung der Gruppe K.A.I. gegenüber der Psychiatrie am Steinhof
- eine kritische, grundsätzliche und unabhängige Überprüfung der Psychiatrie und ihrer Notwendigkeit
- die Öffnung von Freiräumen in der Psychiatrie am Steinhof für unabhängige, kritische Gruppen im Sinne der Meinungsfreiheit

Die Gruppe K.A.I. trifft sich jeden Mittwoch um 19 Uhr 30 in der CHUZPE und sucht noch Mitarbeiterinnen.

1090 Wien, Marktgasse 21-23, Tel.: 34-

Eine scharfe Kritik an der MLPÖ ist berechtigt, ebenso Bedenken, Inserate von solchen politischen Organisationen zu veröffentlichen, bei denen es sehr fraglich ist, ob sie etwas dazu beitragen, antihierarchische, antikapitalistische, antipatriarchalische und antirassistische Lebensformen herbeizuführen. Wenn die MLPÖ Marx und Stalin in einem Atemzug nennen, dann wirkt das genau so verblödend, wie etwa Hitler und Sozialismus gleichzusetzen. Das ist aber haargenau die Argumentation des TATblattkollektivs in der M.Nr.46, wenn sie schreibt: "Und wenn Marx, Engels... etwas bewiesen haben, dann das eine :Daß es eben NICHT reicht, ein paar tausend Kapitalisten abzuknallen und dann das ganze System unter einem anderen Kommando weiterlaufen zu lassen."

Damit hat das TATblatt-Kollektiv bewiesen, daß es zu den von ihnen hochgelobten 95% gehört, welches klassische Theoretiker noch nie von innen gesehen haben, sondern höchstens die ins Gegenteil verzerrten und gefälschten Auslegungen der Werke derselben. Außerdem hat das TATblatt-Kollektiv das fast unglaubliche dokumentiert, nämlich daß sie imstande ist, das dogmatisch sehr niedrige politische Niveau der MLPÖ noch zu unterbieten.

C.K.

PS: Bevor ich diesen Artikel des TATblatt-Kollektivs (und nicht etwa die eines einzelnen irren Schreiberlings) gelesen habe, wollte ich Euch, so wie im Jänner 1991, wiederum S. 5000.— als Spende überweisen, um mitzuhelfen, das Überleben des TATblattes zu sichern. Warum ich davon nun absehe, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung.

Alles gegen MLPÖ

Vor vielen Jahren habe ich "Antidüring" gelesen, ich fand das Buch interessant und besonders interessant die Tatsache, daß dieses Buch entstand als eine schriftliche Auseinandersetzung mit Dürings politischer Auffassung.

Warum sollte das Tb eine schriftliche Auseinandersetzung mit linken Theoretikern scheuen ?

Warum soll sich eine Partei nicht auf Grundlagen stützen ?

Warum sollte man ihnen nicht zubilligen, daß Tb sie nach langen Diskussionen und Überlegungen zu diesen Grundlagen gekommen sind ?

Was sollte daran falsch sein, wenn sie andere junge Menschen von ihren Theorien überzeugen wollen ?

Das TATblatt ist keine Linke. Richtig ist, daß Tb "antihierarchisch, antikapitalistisch, antipatriarchal, antirassistisch" ist.

Es ist gut, sehr gut, daß es eine Zeitung gibt, in der diese Meinungen mutig abgedruckt werden. Aber das macht noch lange keine Linke aus. Ich werde weiterhin auch als Linke aufmerksam das Tb lesen.

K.W.

Blätter, Blätter, Blätter — B. trifft TATblatt

Also, diese ist die letzte Nummer vor einer (wieder mal) Sommerpause. Die soll uns Gelegenheit geben, ein bißchen das Blatt vor dem Kopf wegzubekommen und uns freizuspielen für neue Ideen und eigene Aktivitäten.

Die erste reguläre Nummer erscheint erst wieder am 10. September, wenn nix dazwischenkommt, danach gehts wieder in vierzehntägigen Abständen weiter. Dazwischenkommen im anderen Sinn kann auch noch ein Sommer-Tb Anfang August, von dem noch nicht klar ist ob es produziert wird. Falls aber zwischen durch die Revolution ausbrechen sollte oder ähnliches, werden wir Euch natürlich mit einer Sondernummer heimsuchen.

Diese Nummer und die Arbeit an dieser Nummer war geprägt von einer Diskussion, die wir uns (teilweise unabhängig) selbst eingehandelt haben: Stalinismus und MLPÖ.

Wir haben jedenfalls einen Fehler gemacht, als wir in der letzten Nummer mit dem Satz schlossen: "Und darum werden wir in Zukunft nichts mehr von der MLPÖ abzdrukken." Auch in Zukunft wird die Entscheidung inhaltlich begründet werden müssen., wenn Text von der MLPÖ abgelehnt werden. Die Stellungnahme in der letzten Nummer war definitiv *nicht* als Boykottaufruf gemeint, auch wenn sie teilweise so verstanden wurde.

Und das war nicht die einzige Stelle, an der unsere Stellungnahme mißverständlich war. Ebenso wollten wir nicht einer grundsätzlichen "Klassikerfeindlichkeit" das Wort reden, sondern den dogmatischen Politikkonzepten "eines für alle" die persönlichen (politischen) Erfahrungen, Ideen und Interessen der Menschen gegenüberzustellen, auch wenn sie "politisch ungebildet" sind. So jedenfalls habe ich diese Passage verstanden und dann erschrocken festgestellt, daß mensch sie auch anders lesen kann.

Trotzdem verwundert mich, auf welchem Niveau sich die Reaktionen auf die

se Veröffentlichungen bewegen. Da werden nicht falsche Darstellungen des Tb's erklärt oder widerlegt, sondern das böse TATblatt konstruiert, das sich auf die Seite der Rechten stellt, indem es ein Tabu angreift, an das nicht gerührt werden darf.

Auch wenn wir uns damit wieder einen Zensurvorwurf einhandeln, haben wir aus den einlangenden Kommentaren ausgewählt; nicht zuletzt, um eine rationale Diskussion möglich zu machen, auch

wenn Emotionen berechtigt sind. Gebracht wurden: Texte, die wir als konstruktiven Beitrag zur laufenden Diskussion ansehen; Zusendungen, die — egal, ob konstruktiv oder nicht — für einen Teil der eingelangen Texte charakteristisch sind und diese gemeinsame Position prägnant wiedergeben. Alle Zusendungen zur MLPÖ/TATblatt-Kontroverse können bei uns eingesehen bzw. gelesen werden. Ganz in der Nähe ist auch ein Kopierladen.

Umgekehrt frag ich mich nämlich auch, wo denn der Rest unserer LeserInnen verblieben ist. Ob schon alle in der dumpfen Masse versunken sind, die jetzt den Zug nach Süden antritt, um zwischen Rohöl, Algen und Granaten im Sand gebraten zu werden? (Immerhin, sie haben schon was gelernt von den Lemmingen!)

*Einer (NICHT alle) vom TATblatt
(nämlich das Layout)*

— mittlerweile ist noch was dazu gekommen, das dieses TATblatt von anderen unterscheidet: nämlich die ziemliche Verzögerung, mit der es rauskommt. Die ist zurückzuführen zum einen darauf, daß halt viel weniger Leut dabei mitgearbeitet haben, zum anderen auf sogenannte strukturelle Probleme. Nämlich als wir in die Sezzerei kamen und das Tb verfilmen wollten, mußten wir mit Erschrecken feststellen, daß Teile der technischen Anlage dort sozusagen hinüber waren. Und so weiter ... (echt!)●



was fehlt?

Es fehlt:

■ unsere aktuelle *Unfassbar*, von der wir ganz genau wissen, wer sie hat. Diese Person wird demnächst mit Konsequenzen zu rechnen haben.

■ HandverkäuferInnen, TsamlegerInnen, Schreibleige, überhaupt ZeitungsproduzierInnen.

■ Nach wie vor der Artikel zu Dogu Perincek, der türkischen SP und den Vorfällen beim AAI Anfang April. Das Flug, auf dem die Anschuldigung der Kollaboration erhoben und zur Veranstaltung mobilisiert wird, ist nach wie vor das einzige, worauf sich ein Artikel stützen könnte. Daher können wir den Vorwurf so nicht

aufrecht erhalten.

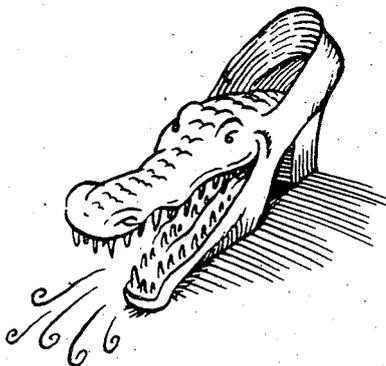
■ was über die Entwicklung in Jugoslawien. Ein Beitrag über Waffenlieferungen aus Österreich dahin ging sich leider nicht aus.

■ eine Hintergrundinfo über Straßenbau und wer wie davon profitiert, und über Kraftwerke im ~~Tal~~kont. Hat die Diskette gefressen, und zum Abtippen war's schon zu spät.

(doch noch geschafft)

■ unseren MonteurInnen in der Sezzerei manchmal die Orientierung: Das Titelfoto der letzten Nummer war nämlich seitenverkehrt.

**Die meisten schönen
Schuhe sind nette
kleine Folterkammern.**



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA

Gut sitzen. Liegen

Wing. Lange Gasse 24, Tel. 4083626
Hummelortgasse 26, Tel. 5121967

Die MLPÖ-Broschüre kenne ich leider nicht, die Beispiele, die Sie auf den Seiten 20 und 21 zitieren, halte ich weder für inhaltlose Parolen, noch finde ich sie zum Kotzen. 1950 streikte ich nicht, ich war nicht berufstätig. Mein Mann streikte auch nicht, er war staatenlos und gar nicht sehr linksorientiert oder linksinteressiert, weil Staatenlose damals niemanden hatten, der sie unterstützte (sicher geht es den Staatenlosen heute auch nicht besser). Mein Vater, meine Mutter und viele meiner Bekannten streikten, und ich finde es höchst interessant, darüber

Briefe Meinungen

Diskussion (insbesondere Stalinismus)

theoretische Abwandlungen zu lesen, die mir informativ und überzeugend erscheinen; jedenfalls habe ich bisher nichts Besseres zu diesem Thema gefunden. Ich freue mich, daß ihre Zeitung darüber berichtet, es tut mir nur sehr leid, daß der Artikel mit so abwertenden Bemerkungen dargeboten wird. Ich habe mit Freunden darüber diskutiert und auch sie waren froh darüber, nach so vielen Jahren eine einleuchtende Analyse der ehemaligen Situation zu erfahren. Diese meine Freunde sind weder links, noch lesen sie das TATblatt schon gar nicht haben sie eine Ahnung von der MLPÖ. Wahrscheinlich ist es gerade die politische Ahnungslosigkeit, die sie in die Lage versetzt, Gefallen an dem Artikel zu finden.

GERTI B.

Was Alois weiß, aber nicht sagt....

Zeitung für EG-Kritik, 6x jährlich im Abo um ÖS 70.-

Bestell Dir Dein gratis EKG-Probexemplar bei:

Kritisches EG-Informationsbüro, EG-Opposition

Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Tel. 53 51 106

EUROPA KARDIO GRAMM



Termine

Salzburg

Antifa-gegen Nazis-Plenum
jeden **Mi., 18.00**, im Potjem-
kin (Elisabethstr.11)

Niederösterreich

**1. Internationales Kinder &
Jugendtheaterfestival**
"SZENE BUNTE WÄHNE"

05.-30. Septemb

er, Auffüh-
rungsorte:
St. Pölten,
Krems, Horn,
Zwettl, Baden
und Mödling.
"Leider gibt es
noch immer oft
die Meinung,
daß Theater
und Kultur kei-
ne Verbindung
zu Kinder und
Jugendliche
habe. Das Fe-
stival "SZENE
BUNTE WÄH-
NE" möchte mit
über 25 Pro-
duktionen von
anerkannten
und renomier-
ten in- und ausländischen
Theatergruppen zeigen,
daß gerade die Ausdrucks-
form des Theaters einen
wichtigen Stellenwert für
Kinder und Jugendliche
hat. Die Wichtigkeit des
Kinder- und Jugendthea-
ters wird oft unterschätzt -
diese Theater-Szene mit ih-
rem Publikum ist jene die
die Kultur, die Kunst und
das Theater von morgen
bestimmen wird."!!! GE-
NAUES PROGRAMM BIT-
TE ANFORDERN!:
0222/53110-3521.

Wien

- EG-Karawane kommt!!**
jeden **Di., 19.00**, im Ernst-
KirchweigerHaus (10, Wie-
landg. 2-4), Vorbereitungs-
treffen für die "Karawane"
näheres im Tb-Innern
EG-GegnerInnen rührt
euch!!
- Homosexuelle Initiative**
Wien
ab sofort wird in der HOSI (2,

Novarag. 40) jeden 1.Sa. im
Monat anstelle des Disco-
Abends ein besonderes Un-
terhaltungsprogramm gebo-
ten. Damit wollen wir den Sa.
auch für die Nicht-Disco-Bes-
ucherInnen interessanter
machen (und hoffen, daß uns
die Disco-BesucherInnen
trotzdem treu bleiben). WEI-
TERS WEITERS das war die
Lesbisch/Schwule Festwo-
che '91, zu lesen in der heißen
Nummer! der LAMBDA Nach-
richten.



Veranstaltungsprogramm:

August August August

Fr.02., 20.00, Frauentanza-
abend, "Meet the stand-
ards".

Sa.03., 20.00, DAS GROSSE
hosi-SOMMERFEST, Wir
träumen von Sonne, Sand
und Meer!!!!

Di.06., 20.30, Spie-
leabend, Gesell-
schaftsspiele
neu entdeckt.

Mi.07., 19.00, Les-
bengruppe, Ple-
num und Bericht
von der IGLYO-
Konferenz.

Sa.10., 14.00,
GRILLFEST BEI
BADEN (nur für
Frauen), Grill-
platz bei Hotel
Sacher, Burgrui-
ne Rauhenstein
(bei Regen neuer
Termin:
17.08., 14.00)!!!!

Di.20., 20.00, Café
Rosé, Kaffee und
Kuchen zu Jazz-

Musik****

Mi.21., 19.00, Lesbengruppe-
Plenum.

Mi.28., 19.00, Lesbengruppe-
Praterspaziergang, Treff●:
HOSI.

ZUM ZUHÖR'N

Piratenradiooo

jeden Mi., 20.00, auf der WEL-
LE 103,3MHZ, free your
ears & listen to — this.

SOWIE

von So.-Fr. täglich neue Infor-
mationen, ANNA (ANdere
NACHrichten), Telefonzeit-
ung der Hochschüler-
schaft an der Techni-
schen Universität
Wien, TEL: 58801-
5801, ihr erreicht uns
zw.14.00 u. 18.00 im
Medienzentrum, TEL:
58801-5800!!!!

**SCHON UNTER-
SCHRIEBEN-hallo**
leute, Unterstützung
ist ANGESAGT

Für ein Österreich OH-
NE HEER. "Ich bin für
die ersatzlose Ab-
schaffung des österrei-
chischen Bundeshee-
res und für eine aktive,
gewaltfreie Friedens-
und Neutralitätspolitik.
Darüber fordere ich ei-
ne Volksabstimmung."

Unterschriftenlisten erhältlich
bei: Initiative "Für ein Ö. ohne
H.-OÖ", Kapuzinerstr.49,4020
Linz, ODER Arge Zivildienst
Wien, 1,Schotteng.3a/1/59.

Volksbegehren gegen die
neue WOHNUNGSNOT. "Sie
haben schon eine Wohnung?"

Und die können sie sich auch
leisten? Und das auch so -
sicher? Sind sie da wirklich
ganz sicher? Lesen sie in ih-
rem eigenen Interesse lieber
weiter! Und wenn sie eine
Wohnung suchen, dann erst
recht...". Unterstützungser-
klärungen erhältlich bei: Über-
parteiliche Aktion "Volksbe-
gehren gegen die neue Woh-
nungsnot", 6,Payerg.14.

Eviva Nicaragua

jeden 1.Di. im Monat, 18.00,
Info-abend (5,Kohlgr.27)
&&& Anfang September
geht eine Brigade nach Ni-
caragua, Interessierte mel-
den: Amerlinghaus
(7,Stiftg.8), Tel:43 88
39(Rudi)!!!!

RAF in Wien!!!!

jeden Fr., 16.00, Radfahre-
nAmFreitag, Treff●: Rat los
hausplatz, mit oder ohne
Rad (hechel,hechel)...

Antipsychiatriebeisil-akt
ion selbsthilfe

Chuzpe (9,Marktgr.21-23
jeden Mo., 18.00, VOLX-Voll-
wertessen um 15 Öschis
und Kultur.

jeden Di., 17.00, Gruppe
"Asyl" (beschäftigt sich mit
Obdachlosigkeit, Wohn-
raumproblemen) &&&
19.00, antipsychiatrische
Veranstaltungsreihe.

jeden 2.Freitag, Frauennach-
mittag.

jeden Do., 17.00-19.00 und
Fr., 19.00-21.00,
VOLXZÄHLUNGSBÜRO
UND -TELEFON (34 50
524).



Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,.....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastellfeldgasse 34/16

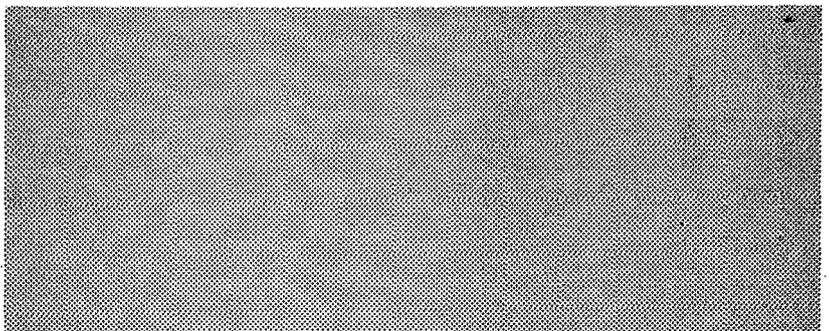
TATblatt-Linz: Kontakt: 4020 Linz; ILL; Pfarrgasse 1/I. Stock

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Achtung! Neue
TATblatt
Telefonnummer!
56 80 78
Abhören verboten!

...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Puthausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● unser Laden (Apostelgasse 17) ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegegasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** ● EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingassé 6) ● Autonome Selbsthilfe (Markt-gasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verità (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3)

Redaktionelle Beiträge sind als solche gezeichnet. Nicht als redaktionell gezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der jeweiligen Schreiber und Schreiberinnen wieder! Selbstverständlich distanzieren wir uns von allen, in nicht redaktionellen Beiträgen aufgestellten Behauptungen und vertretenen Meinungen....